

Preußische Allgemeine

Nr. 49 · 4. Dezember 2020

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,90 €

Auferstehung aus Ruinen?

In Königsberg soll das „Haus der Räte“ abgerissen werden. Damit beginnt die Debatte um die Neugestaltung der Stadtmitte – und den Wiederaufbau des Stadtschlusses **Seite 3**



Geschichte 50 Jahre Warschauer Vertrag **Seite 11**



Klimawandel Warum es auch kälter werden könnte **Seite 12**

AUFGESCHNAPPT

Fernfahrer im Irrgarten der Corona-Regeln

Immer neue, unerwünschte Nebenwirkungen der Corona-Maßnahmen treten zutage, mit denen die Verantwortlichen offenbar nicht gerechnet hatten. Nunmehr ist es das Transportgewerbe, das Alarm schlägt. Da jedes Bundesland seine eigenen Vorschriften hinsichtlich Hygiene und Quarantäne erlassen hat, irren Deutschlands Fernfahrer durch ein Sammelsurium unterschiedlicher, teils unerfüllbarer Richtlinien.

So klagt ein Verbandsvertreter gegenüber einer Zeitung, zwar dürfe ein Lkw-Transport im Rostocker Hafen am Sonntag losgehen und auch am selben Sonntag im nordrhein-westfälischen Duisburg ankommen. Nur sei es ihm verboten, das dazwischen liegende Niedersachsen zu durchfahren. Grund: Mecklenburg-Vorpommern und NRW haben das Sonntagsfahrverbot wegen Corona aufgehoben, Niedersachsen aber nicht.

Auch sei es erlaubt, 72 Stunden durchs Ausland zu fahren, ohne dass der Fahrer anschließend in Deutschland in Quarantäne müsse. Diese Begrenzung sei auf Touren beispielsweise von Mitteldeutschland nach Südfrankreich und zurück aber gar nicht einzuhalten.

Über ähnliche Probleme berichtet auch die Binnenschifffahrt. Der gesamte Logistiksektor fürchtet Störungen bei der Güterbelieferung in Deutschland und zudem vermeidbare Firmenpleiten in der Branche. Für etliche Betriebe sei der Regelwirrwarr existenzbedrohend. **H.H.**

POLITIK

Meuthen gewinnt die Schlacht von Kalkar

Der AfD-Vorsitzende kritisiert den rechten Flügel und kann seine Macht im Vorstand ausbauen

VON ROBERT MÜHLBAUER

Am Wochenende hat die AfD in Kalkar am Niederrhein einen turbulenten Parteitag hinter sich gebracht. Beschlossen wurde ein Kompromisskonzept zur Rentenpolitik, doch das verkam dann eher zur Randnotiz. Am Sonntag tobte in der Halle im „Wunderland“-Freizeitpark eine Redeschlacht, bei der sich der rechte Teil der Partei heftig über den Vorsitzenden Jörg Meuthen erregte. Dieser hatte zuvor den Parteitag mit einer Wutrede gegen Fehlverhalten und Provokateure vom rechten Rand überrascht. Meuthen warnte davor, mit „unseriösen“ Leuten aus der Bewegung der Corona-„Querdenker“ zu kooperieren. Daraufhin warfen ihm Vertreter der östlichen Landesverbände eine „Kriegserklärung“ vor. Der Thüringer Abgeordnete Jürgen Pohl, ein Vertrauter von Björn Höcke, rief: „Herr Doktor Meuthen, ihre Zeit in der AfD ist vorbei.“ Rückendeckung erhielt Meuthen vom NRW-Landesvorsitzenden Rüdiger Lucassen und vom Berliner Europaabgeordneten Nikolaus Fest.

Aus dem verbalen Schlagabtausch ging Meuthen zwar als Sieger hervor – allerdings präsentierte sich die Partei tiefer gespalten denn je. Der Co-Vorsitzende Tino Chrupalla blieb in Kalkar eher blass. Ein eindeutiger Erfolg für Parteichef Meuthen waren die Vorstandswahlen: Bei allen drei neu zu besetzenden Posten

setzten sich gemäßigte Kandidaten durch, die zu Meuthens Lager zählen, allen voran die hessische Bundestagsabgeordnete Joana Cotar. Die Kandidaten des Rechtsaußen-Flügels um Höcke, der sich formell aufgelöst hat, unterlagen in allen drei Wahlen, wenn auch knapp. Im Bundesvorstand hat Meuthen nun zehn der vierzehn Mitglieder auf seiner Seite.

Ein Posten im Bundesvorstand war frei, seit die AfD den früheren brandenburgischen Landesvorsitzenden Andreas Kalbitz ausgeschlossen hatte. Der frühere Fallschirmjäger galt als bundesweiter Strippenzieher und Organisator des „Flügels“ und war dort formell die Nummer zwei hinter Höcke. Dieser hielt sich in Kalkar im Hintergrund. Er trat kein einziges Mal selbst ans Saalmikrophon. „Höcke traut sich selbst nicht, er schickt seine Zinnsoldaten vor“, kommentierte dies ein westdeutscher Landesvize.

Einen Defacto-Misstrauensantrag gegen Meuthen hatte der Freiburger Rechtsaußen Dubravco Mandic eingebracht, der vor Jahren damit auffiel, dass er zwischen AfD und NPD keine inhaltlichen Unterschiede sehen wollte. Mandic gilt als Meuthen-Intimfeind, nun warf er ihm „spalterisches Gebaren“ vor. Jüngst wurde der Rechtsanwalt von einem Gericht wegen Nötigung zu 7200 Euro Geldstrafe verurteilt; der baden-württembergische Landesvorstand hat Mandic in einer vorläufigen Entscheidung mit einer zweijähri-

gen Ämter Sperre belegt. Das hinderte ihn nicht, nun zum Großangriff gegen Meuthen zu blasen. Letztlich scheiterte dieser.

Weniger als ein Jahr vor der Bundestagswahl hätte ein „Spalter“-Antrag den Parteivorsitzenden extrem beschädigt und die Partei in schweres Fahrwasser gebracht. Ohnehin droht ihr 2021 Ungemach. Es zeichnet sich ab, dass die Landesinnenminister darauf dringen werden, dass der Bundesverfassungsschutz die AfD als „rechtsextrem“ beobachtet. Das würde berufliche Schwierigkeiten für Parteimitglieder im öffentlichen Dienst bedeuten, wenn die Verfassungstreue der AfD in Zweifel gezogen würde. Meuthen will das unbedingt verhindern.

Auch deshalb ruft er zur Mäßigung auf. In seiner Rede in Kalkar hatte er sich gegen überzogene Schlagworte wie „Corona-Diktatur“ und „Ermächtigungsgesetz“ gewandt. Man müsse die unverhältnismäßige Corona-Politik der Regierung Merkel kritisieren, aber nicht mit Begriffen, die die NS-Zeit verharmlosten. Der Fraktionsvorsitzende Alexander Gauland kritisierte, die Rede sei eine „Verbeugung vor dem Verfassungsschutz“ gewesen. Am Sonntag musste Gauland nach einem Sturz mit einem Krankenwagen abtransportiert werden. Zurück blieb eine zerstrittene Partei. In einer Forsa-Umfrage ist die AfD auf 7 Prozent gefallen, der ARD-Deutschlandtrend und INSA sehen sie hingegen bei 11 Prozent.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Warum ausländische Firmen Batteriefabriken in Deutschland errichten **Seite 5**

Kultur

Vor 150 Jahren starb der Autor der „Drei Musketiere“, Alexandre Dumas **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Die fruchtbaren Verbindungen zwischen Ostpreußen und China **Seite 18**

Lebensstil

Historische Musikautomaten faszinieren auch im Digitalzeitalter ihre Zuhörer **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite **paz.de**



4 191814 302902 49
ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Genfer Flüchtlingskonvention Die Berufung auf die Konvention ist eine der Möglichkeiten, die „Schutzsuchende“ zur Einwanderung nach Deutschland nutzen

Kein Einfallstor nach Deutschland

Die Konvention kann für die Berliner Einwanderungspolitik nicht primär verantwortlich gemacht werden

VON WOLFGANG KAUFMANN

Häufig versuchen die hiesigen Medien den Eindruck zu erwecken, alle Ausländer, die in Deutschland „Schutz suchen“, seien Flüchtlinge. Das ist aber eine Fehlinterpretation der von den Vereinten Nationen initiierten Genfer Flüchtlingskonvention vom 28. Juli 1951, die als wichtigste internationale Vereinbarung über den Umgang mit Flüchtlingen gilt.

Diese Konvention mit der offiziellen Bezeichnung „Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge“ legt fest, dass ein Flüchtling eine Person ist, die „aus der begründeten Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung sich außerhalb des Landes befindet, dessen Staatsangehörigkeit sie besitzt, und den Schutz dieses Landes nicht in Anspruch nehmen kann oder wegen dieser Befürchtungen nicht in Anspruch nehmen will“.

Restriktive Flüchtlingsdefinition

Menschen, die freiwillig emigrieren, um ihre wirtschaftliche Situation zu verbessern, oder aufgrund von Naturkatastrophen den Aufenthaltsort wechseln, sind also definitiv keine Flüchtlinge im Sinne der Konvention. Gleiches gilt für Emigranten aus Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten, sofern es innerhalb der bewaffneten Konflikte zu keiner Verfolgung aus den obengenannten Gründen kommt.

In Deutschland wurde jedoch 1993 als Teil des sogenannten Asylkompromisses ein eigenständiger Kriegsflüchtlingsstatus geschaffen. Nach vorheriger Einigung von Bund und Ländern gewährt die Bundesrepublik Ausländern aus bestimmten Kriegs- oder Bürgerkriegsgebieten „vorübergehenden“ Schutz.

Momentan können „Geflüchtete“ oder „Schutzsuchende“ hierzulande auf folgende juristische Einordnung hoffen: Zum Ersten besteht laut Paragraph 3 des Asylgesetzes die Möglichkeit der formellen „Zuerkennung der Flüchtlingseigenschaft“ gemäß den Bestimmungen der Genfer Konvention von 1951. Zum Zweiten vermag ein Ausländer gemäß Paragraph 4 des Asylgesetzes zum „subsidiär Schutzberechtigten“ zu avancieren, „wenn er stich-



Der Sitz der Vereinten Nationen in Genf: Der Völkerbundspalast (Palais des Nations, Palace of Nations) Foto: Henry Mühlpfordt

haltige Gründe für die Annahme vorgebracht hat, dass ihm in seinem Herkunftsland ein ernsthafter Schaden droht“, sei es durch die Todesstrafe oder Folter, sei es durch eine „ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit“ als „Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“. Und zum Dritten steht verfolgten Personen, die nicht unter die Bestimmungen der Paragraphen 3 und 4 des Asylgesetzes fallen, des Weiteren noch frei, unter Berufung auf den Artikel 16a des Grundgesetzes Asyl zu beantragen, um den Status des Asylberechtigten zu erlangen.

Berlin geht über Genf weit hinaus

Anerkannte Asylbewerber und Flüchtlinge sowie unter subsidiärem Schutz stehende genießen ein zeitweises oder dau-

erhaftes Bleiberecht sowie weitere Privilegien, die sich aus der Genfer Flüchtlingskonvention ergeben. Gleichzeitig heißt es in dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge aber auch ganz klar: „Jeder Flüchtling hat gegenüber dem Land, in dem er sich befindet, Pflichten, zu denen insbesondere die Verpflichtung gehört, die Gesetze und sonstigen Rechtsvorschriften sowie die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung getroffenen Maßnahmen zu beachten.“

Andernfalls ist eine Ausweisung oder Zurückweisung durchaus erlaubt. Und das gilt laut der Genfer Konvention sogar in jenen Fällen, in denen man den Flüchtling dazu in Gebiete verbringen müsste, „in denen sein Leben oder seine Freiheit“ bedroht wären. Hieran anknüpfend regelt deshalb auch der Paragraph 60 des deutschen Aufenthaltsgesetzes in der aktuel-

len Fassung vom 19. Juni dieses Jahres, dass jeder Ausländer abgeschoben werden könne, der „aus schwerwiegenden Gründen als eine Gefahr für die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland anzusehen ist oder eine Gefahr für die Allgemeinheit bedeutet, weil er wegen eines Verbrechens oder besonders schweren Vergehens rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt worden ist“.

Von dieser Möglichkeit machen die Behörden allerdings alles andere als konsequent Gebrauch. Denn sonst wäre eine Person wie der syrische Messermörder von Dresden, der seit 2017 als „Gefährder“ galt und bereits eine mehr als dreijährige Haftstrafe wegen Delikten wie Unterstützung terroristischer Vereinigungen und Körperverletzung verbüßt hat, längst abgeschoben worden.

RESONANZ

Kritik gab es von Anfang an

Von Anfang an stieß die Genfer Flüchtlingskonvention auf Kritik. Ging es zunächst nur um die zeitlichen Einschränkungen im Hinblick auf die Anerkennung von Fluchtgründen, wurden später auch weitere Einschränkungen beanstandet. So wurde beispielsweise bemängelt, dass desertierte Soldaten nicht als Flüchtlinge zählten.

Ebenso stieß man sich immer wieder am Status der Kinder von Flüchtlingen. Wenn diese erst nach der Flucht ihrer Eltern im Aufnahmeland geboren würden oder aus anderen Gründen keine eigenen Fluchtgründe geltend machen könnten, stünden sie nicht unter dem Schutz der Konvention. Und heute ist auch noch umstritten, wie im Falle einer „geschlechtsspezifischen Verfolgung“ verfahren werden solle, da das Abkommen hierzu keine Aussagen treffe.

Darüber hinaus rügen manche Regierungen die komplett fehlenden Vorgaben für jene Staaten, welche die Fluchtbewegungen verursachten, während die Verpflichtungen für die Aufnahmeländer sehr umfassend seien. Zudem interessiere viel zu wenig, wie Letztere die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Lasten des Unterhalts einer größeren Anzahl von Flüchtlingen gemäß den Regelungen der Konvention trügen. Ebenso werde fälschlicherweise suggeriert, dass das Leben im Exil eine Dauerlösung darstelle. Und das Abkommen schaffe auch gravierende Ungerechtigkeiten, indem es diejenigen bevorzuge, die über die Möglichkeit verfügten, ein Unterzeichnerland zu erreichen, was den Schwächsten der Schwachen erfahrungsgemäß eher selten gelänge.

Da man die Angaben angeblicher Flüchtlinge zu ihren Fluchtgründen in den meisten Fällen keiner genaueren Überprüfung unterziehen könne, sei Missbrauch Tür und Tor geöffnet. An all diesen Kritikpunkten – insbesondere der ungleichen Lastenverteilung zwischen den Staaten – ändert auch der neue, vor vagen Absichtserklärungen strotzende Globale Pakt für Flüchtlinge nichts. W.K.

GESCHICHTE

Vor knapp siebzig Jahren ging es los

Am 28. Juli 1951 wurde die Genfer Flüchtlingskonvention verabschiedet. Am 22. April 1954 trat sie in Kraft

Das Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge wurde am 28. Juli 1951 in Umsetzung vorhergehender Beschlüsse der Vollversammlung der Vereinten Nationen auf einer UN-Sonderkonferenz in Genf verabschiedet – daher auch die alternative Bezeichnung Genfer Flüchtlingskonvention. Formell trat die Abmachung am 22. April 1954 in den ersten sechs Unterzeichnerstaaten in Kraft. Das waren Australien, Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Luxemburg und Norwegen. Seither haben sich über 140 weitere Länder angeschlossen.

Ursprünglich galt die Konvention nur für Flüchtlinge, deren Fluchtgründe schon vor dem 1. Januar 1951 bestanden.

Diese zeitliche Einschränkung wurde mit dem New Yorker Protokoll über die Rechtsstellung der Flüchtlinge vom 31. Januar 1967 beseitigt. In der Bundesrepublik erlangte das Protokoll am 5. November 1969 juristische Gültigkeit.

Umsetzung in deutsches Recht

Die Bestimmungen der Konvention von 1951 und des Zusatzprotokolls von 1967 flossen sukzessive in deutsches Recht ein. Der Verordnung über die Anerkennung und die Verteilung von ausländischen Flüchtlingen (Asylverordnung) vom 10. Januar 1953 folgte ein gutes Jahrzehnt später das Ausländergesetz vom 1. Oktober 1965.

Nach der Jahrtausendwende trieb dann die Europäische Union die Vereinheitlichung der Normen für die Anerkennung als Flüchtling und für den Flüchtlingsstatus voran. In diesem Zusammenhang erließen das Europäische Parlament und der Europäische Rat die Richtlinien 2004/83/EG vom 29. April 2004 und 2011/95/EU vom 13. Dezember 2011. Hieraus entsprangen weitere neue gesetzliche Regelungen in Deutschland insbesondere bezüglich der Gewährung subsidiären Schutzes für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge.

Dann sahen die Vereinten Nationen erneuten Handlungsbedarf. Davon zeugt die New Yorker Erklärung für Flüchtlinge

Insgesamt
149 Staaten sind
bisher der Genfer
Konvention und/
oder dem New
Yorker Protokoll
beigetreten

und Migranten der UN-Generalversammlung vom 19. September 2016. Aus dieser resultierten die Verabschiedung des Globalen Paktes für sichere, geordnete und reguläre Migration vom 10. Dezember 2018 sowie des Globalen Paktes für Flüchtlinge vom 17. Dezember 2018. Beide Vereinbarungen bilden nun einen gemeinsamen internationalen Kooperationsrahmen. Es ist zu erwarten, dass als Nächstes der Ruf nach der Angleichung des Status der Migranten an den der Flüchtlinge laut werden wird. Deren Konsequenz wäre, dass Erstere deutlich mehr Rechte als bisher erhielten und auf die Aufnahmeländer noch mehr Pflichten zukämen. W.K.

Ein Kant-Forum für Königsberg

Ein Plädoyer für den Wiederaufbau eines Symbolbaus ostpreußischer und preußischer Geschichte – der mit dem richtigen Konzept nicht zuletzt auch im Interesse Russlands und der heutigen Bewohner der Stadt läge

VON RENÉ NEHRING

Nach Jahren theoretischer Debatten wird es nun ernst. Nachdem Mitte November der Gouverneur der Oblast Kaliningrad, Anton Alichanow, verkündete, dass das „Haus der Sowjets“ in Königsberg abgerissen werden soll (siehe PAZ 47/2020), steht die Frage nach der künftigen Bebauung der historischen Mitte der früheren ostpreußischen Haupt- und Residenzstadt auf der Tagesordnung. Den ersten Beitrag zu der nun zu erwartenden Debatte leistete Alichanow selbst, als er zusammen mit dem Abriss-Beschluss verkündete, dass „auf keinen Fall“ das Königsberger Stadtschloss wiederentstehen solle.

Damit stellte sich der Gouverneur gegen die bisherigen Pläne von Oblast- und Stadtverwaltung. Erst 2015 hatten die regionalen Behörden unter Führung des damaligen Gouverneurs Nikolaj Zukanow einen Ideenwettbewerb ausgeschrieben, aus dem mit den Plänen des jungen Mailänder Architekten Anton Sagal ein Entwurf als Sieger hervorging, der historische und zeitgenössische Bauelemente verbinden sollte (siehe PAZ 2/2016). Die Mehrheit der Bewohner der Stadt hatte gar den Entwurf des Architekten Arthur Sarnitz favorisiert, der eine weitaus umfassendere Restaurierung der historischen Schlossbauten vorsah. Sarnitz war dafür immerhin mit dem ersten Preis in der Kategorie „Der schönste Traum“ ausgezeichnet worden.

Parallelen zu Berlin

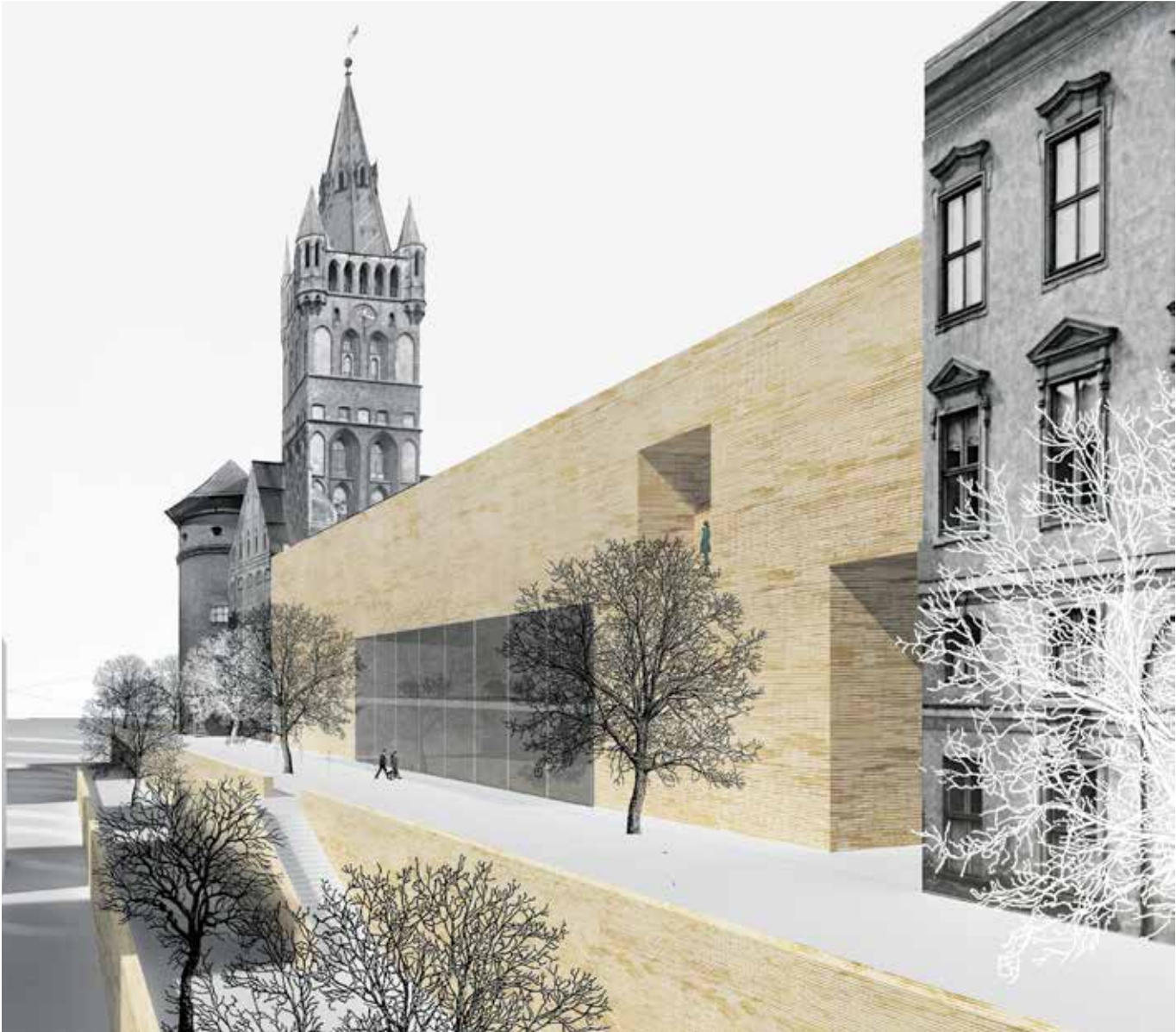
Vieles an den Debatten um den Wiederaufbau des Königsberger Schlosses erinnert an die Wiederherstellung eines anderen Symbolbaus der preußischen Geschichte – das Berliner Schloss. Auch in der historischen Mitte der preußischen und deutschen Hauptstadt gab es nach dem Ende des Kommunismus Anfang der neunziger Jahre eine fragwürdige Hinterlassenschaft des real existierenden Sozialismus: den Palast der Republik. Auch hier war sich eine Mehrheit von Bürgern und Volksvertretern darin einig, dass der sozialistische Bau verschwinden sollte. Und auch hier verkündeten politische Entscheider schnell, dass auf keinen Fall das alte Schloss wiederentstehen solle.

Am Ende siegte in Berlin der entspannte Umgang mit der Geschichte über die Bedenken der Gegenwart. Im Juli 2002 stimmte der Deutsche Bundestag mit Zweidrittelmehrheit für einen Neubau mit den historischen Maßen und Fassaden des Schlosses. Nach weiteren Jahren der Erörterungen mitsamt einem Architektenwettbewerb wurde 2013 der Grundstein für den Wiederaufbau gelegt. Ohne Corona wäre der fertige Bau in diesem Herbst der Öffentlichkeit übergeben worden.

Möglich wurde dieser weitestgehende Wiederaufbau des Berliner Schlosses nicht zuletzt auch, weil es der zeitgenössischen Architektur zu keinem Zeitpunkt gelungen war, einen Vorschlag zu unterbreiten, der es wert gewesen wäre, in die historische Mitte der Metropole hinein einen anderen Bau einzusetzen als denjenigen, der dort jahrhundertlang gestanden hatte.

Die richtige konzeptionelle Idee

Von den Erfahrungen Berlins ließe sich auch für Königsberg einiges lernen – allem voran, dass es klug ist, sich Zeit zu nehmen für eine ausgewogene Debatte, die keine Seite verprellt und versucht, möglichst viele Bürger mitzunehmen. Allerdings sollten sich auch hier diejenigen, die einen Wiederaufbau des Schlosses ablehnen, die Frage stellen, ob es überhaupt einen zeitgenössischen Entwurf geben kann, der der Geschichte dieses besonderen Ortes und dieser in ihrem Zentrum weitestgehend gesichtslosen Stadt gerecht



Kombination aus Alt und Neu: Die Südseite des Entwurfs, mit dem der Architekt Anton Sagal 2015 einen Ideenwettbewerb von Stadt und Oblast Kaliningrad gewonnen hatte
Foto: Anton Sagal

werden kann? Wem würde ein postmoderner Solitär aus Glas und Beton nützen? Den Bürgern der Stadt (siehe oben) jedenfalls nicht.

Doch auch diejenigen, die für einen Wiederaufbau des Schlosses plädieren, sollten sich Gedanken machen und nicht nur über die Gestaltung der Fassaden reden, sondern auch und vor allem über die Inhalte eines Schlossneubaus. Auch in Berlin gelang der Durchbruch für das Schloss erst, als ein Kreis um Peter-Klaus Schuster, Horst Bredekamp, Klaus-Dieter Lehmann und Barbara Lux im Jahre 2001 die Idee eines „Humboldt-Forums“ präsentierte, das in den historischen Fassaden des Schlosses zu einem modernen Ort der Weltkulturen werden sollte.

Mehr noch als die zunächst vage konzeptionelle Idee überzeugte damals der Name „Humboldt“. Das Brüderpaar Wilhelm und Alexander von Humboldt – der eine Kultusminister und Reformator des Bildungswesens, der andere Weltenbummler und Erkunder ferner Länder – steht bis heute für beste preußische Traditionen wie ein aufgeklärtes Staatsverständnis und ein der Welt zugewandtes Denken. Nachdem der Name „Humboldt“ gefallen war, gab es kaum noch Widerstände gegen die historischen Schlossfassaden.

Einen solchen Namen, der die Geschichte der Stadt mit ihrer Gegenwart verbindet und der gleichermaßen den wiederaufgebauten historischen Fassaden einen inhaltlichen

Sinn geben würde, bräuchte es auch für Königsberg/Kaliningrad.

Der Name Kant

Erfreulicherweise hat Königsberg einen solchen Namen, der gleichsam für beste preußische Traditionen steht und von den heutigen Bewohnern akzeptiert wird: Immanuel Kant. Der Königsberger Philosoph war einer der wichtigsten Denker der europäischen Aufklärung und wird von den Kaliningrädern ebenso verehrt wie einst von den Königsbergern. Sein Grabmal an der Nordostecke des Königsberger Doms verhinderte zu Sowjetzeiten den Abriss des Gotteshauses und machte so dessen Wiederaufbau nach 1991 möglich. Nahezu täglich legen dort frisch vermählte Brautpaare Blumen nieder. Überhaupt ist der Dom ein gutes Beispiel dafür, wie die Wiedergewinnung eines prägenden Baus des alten Königsbergs der Stadt ein Stück historischer Identität zurückgeben kann, ohne dass sich das russische Kaliningrad davor fürchten muss.

Auch sonst ist die Erinnerung an Kant in der Stadt allgegenwärtig: Die Staatliche Universität Kaliningrad erhielt 2005 zunächst den Namen Russische Staatliche Immanuel-Kant-Universität und heißt seit 2012 Baltische Föderale Immanuel-Kant-Universität. Auf dem Paradeplatz steht fast schon wie selbstverständlich die von Christian Daniel Rauch geschaffene Kant-Statue, die – seit

Ein Kant-Forum
im wieder-
aufgebauten
Königsberger
Schloss könnte
ein Ort der
Erinnerung an
eine einzigartige
europäische
Kulturlandschaft
sein

1945 verschollen – 1992 auf Initiative Marion Gräfin Dönhoffs dort wieder aufgestellt wurde. Und der Kneiphof inmitten des Pregels wird von den Russen inzwischen „Ostrow Kanta“ („Kant-Insel“) genannt.

Könnte also der Name „Kant“ auch bei der Neubebauung der historischen Mitte des heutigen Kaliningrads behilflich sein – und Vorbehalte bei denjenigen Russen abbauen helfen, die gegen einen Wiederaufbau des Schlosses sind?

Eckpunkte des Konzepts

Freilich müsste auch ein „Kant-Forum“ nicht nur mit einem wohlklingenden Namen, sondern auch mit seinen Inhalten überzeugen. Anders als in Berlin bietet sich für Königsberg kein Haus der Weltkulturen an, sondern ein Ort der Erinnerung an eine einzigartige europäische Kulturlandschaft. Königsberg war nicht nur die Geburtsstadt Immanuel Kants, sondern auch Heimat zahlreicher weiterer aufgeklärter Geister wie Hannah Arendt, Johann Jacoby, Eduard von Simson oder Theodor von Schön. Die Präsentation dieser Tradition der Aufklärung könnte ein erstes großes Element für ein „Kant-Forum“ sein.

Ein weiterer Baustein ergäbe sich aus der geographischen Lage Königsbergs zwischen Deutschland und Russland sowie seiner historischen Brückenfunktion zwischen beiden Nationen. Zu den Russen, die mehrfach hier weilten, gehörte Zar Peter der Große. In Erinnerung an seine Aufenthalte wurde der größte Saal des Schlosses „Moskowitersaal“ genannt. Im Siebenjährigen Krieg residierte der russische Gouverneur während der Besetzung Ostpreußens im Unfriedtbau des Schlosses. 1807 kämpften Preußen und Russen in den Schlachten bei Preußisch Eylau und Friedland gemeinsam gegen die Truppen Napoleons. Und 1813 rief der preußische General Yorck von Wartenburg – nach vorheriger Unterzeichnung der Konvention von Taurroggen – in Königsberg die ostpreußischen Stände zur Erhebung an der Seite der Russen gegen Napoleon auf.

Allerdings steht Königsberg auch für die Schattenseiten in den russisch-deutschen Beziehungen. So war die ostpreußische Hauptstadt während des Nationalsozialismus ein Zentrum der „Ostforschung“, die den NS-Staat umfangreich bei der Entwicklung seines Lebensraum-Konzepts beriet. Im Oktober 1941 raubten deutsche Truppen das Bernsteinzimmer aus dem Petersburger Katharinenpalast und brachten es ins Königsberger Schloss, wo es ab November 1941 ausgestellt wurde. Mit dem Verlust des Bernsteinzimmers am Schluss des Krieges ging auch das alte Königsberg unter. Schon zuvor hatte die Rote Armee bei der Eroberung Ostpreußens grausame Massaker an der Zivilbevölkerung angerichtet.

Brücke zwischen den Nationen

Mit den Grenzverschiebungen am Ende des Zweiten Weltkriegs wurde Königsberg russisch. Neben der Stadt am Pregel, die 1946 in Kaliningrad umbenannt wurde, verschwanden auch andere große Namen der ostmittel-europäischen Kultur- und Geistesgeschichte wie Riga, Lemberg oder Czernowitz. Manche von ihnen fanden nach dem Fall des „Eisernen Vorhangs“ 1989/91 auf die „mentale Landkarte Europas“ zurück – Königsberg/Kaliningrad bislang nicht.

Ein „Kant-Forum“ in den historischen Fassaden des Königsberger Schlosses, das von den Höhen und Tiefen der Geschichte einer einzigartigen Kulturregion erzählt, wäre nicht nur ein einzigartiger Ort in der europäischen Museums- und Ausstellungslandschaft. Sondern auch ein Bau, mit dem die Stadt am Pregel wieder ein Stück näher in das Bewusstsein der Mittel- und Westeuropäer zurückkehren könnte. Eine solche Annäherung dürfte nicht zuletzt auch im Interesse Russlands und der heutigen Bewohner der Stadt liegen.



Russische Geschichte in einer preußischen Stadt: Im Unfriedtbau (links) im Ostflügel des Schlosses residierte während des Siebenjährigen Krieges der russische Gouverneur in Königsberg
Zeichnung: Stuhlemmer Architekten

● MELDUNGEN

CDU-Papier zur Rente

Berlin – Eine Gruppe von CDU-Politikern hat Überlegungen zu einer grundlegenden Reform des deutschen Rentensystems vorgelegt. Das Konzept des CDU-Bundesfachausschusses sieht eine schrittweise Einbeziehung von Beamten, Politikern und Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung vor. Zudem schlagen die Unionspolitiker auch eine längere Lebensarbeitszeit und die Schaffung eines kapitalgedeckten Rentenfonds vor. In dem elfseitigen CDU-Papier wird ferner angeregt, die Beitragspflicht zum Rentensystem auf Einkünfte jenseits des Arbeitsentgelts auszudehnen oder das Rentensystem noch stärker über Steuergelder zu stabilisieren. Bereits vergangenes Jahr hatten Forscher in einer Bertelsmann-Studie aufgezeigt, dass selbst eine noch höhere Zuwanderung nach Deutschland und steigende Geburtenzahlen allein kaum eine Entlastung bei der Bewältigung des demographischen Alterungsprozesses bringen. N.H.

Bargeldlos wegen Corona

Berlin – Laut einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen haben die Deutschen seit dem Ausbruch der Corona-Pandemie öfter als bisher mit Karte oder dem Smartphone bezahlt. Bei ihrer Einschätzung stützt die Regierung sich auf zwei Online-Umfragen der Bundesbank vom April und Mai dieses Jahres. 89 Prozent der Teilnehmer der ersten Umfrage gaben an, Bargeld zu meiden, 70 Prozent gaben an, kontaktlos mit Karte zu zahlen, und neun Prozent zahlten häufiger mit ihrem Handy. Aus den Transaktionszahlen der EC-Karten geht hervor, dass im ersten Halbjahr dieses Jahres im Vergleich zum Zeitraum des Vorjahres fast 21 Prozent öfter mit der Girocard bezahlt wurde, wobei die Umsätze um elf Prozent gestiegen waren. MRK

● IN EIGENER SACHE

Neue Preise

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist eine einzigartige Stimme in der deutschen Medienlandschaft. Sie äußert sich Woche für Woche kritisch zum aktuellen Zeitgeschehen. Guten Journalismus gibt es freilich nicht umsonst. Gerade der Wandel der Medienwelt und der Zeitungsleserschaft erfordern Investitionen in die Qualität der Beiträge und der Gestaltung einer Zeitung. Gleichwohl hat die PAZ die Preise für die Abonnements und den Kioskverkauf zwei Jahre stabil halten können. Nun zwingen allgemeine Kostensteigerungen leider zu einer Preis-anpassung.

Der Inlands-Abonnement-Preis steigt ab 1. Januar 2021 von 12 auf 14 Euro im Monat, also 168 Euro im Jahr. Der Bezugspreis im Ausland steigt auf 16,50 Euro monatlich (20,50 Euro bei Luftpostversand). Am Kiosk kostet die PAZ künftig 3,40 Euro. Der Preis für das Online-Abo beträgt künftig 10,25 Euro im Monat. Soweit keine Einzugsermächtigung besteht, bitten wir die Abonnenten um die rechtzeitige Anpassung von Daueraufträgen.

VON ERIK LOMMATZSCH

Eines lassen die Reaktionen der Regierung und der meisten Medien auf die Proteste gegen die Corona-Maßnahmen deutlich erkennen: Die Kundgebungen, deren organisatorischen Mittelpunkt die „Querdenken“-Bewegung bildet, treffen mit ihrem Anliegen ins Schwarze.

Seitens der „Querdenker“ verlaufen die Veranstaltungen mit nicht selten erheblichen Teilnehmerzahlen im Allgemeinen gewaltfrei. Anlass zum Tadel sind Verstöße gegen die Maskenpflicht oder Abstandsregelungen. Dies ist all jenen, denen das Verlangen nach einer Änderung der eingeschlagenen Linie äußerst lästig ist, offenbar nicht genug, um den Teil der Bevölkerung, dessen sie sich nicht sicher sind, von der „Gefährlichkeit“ der „Querdenker“ zu überzeugen.

Verstöße gegen die AHA-Regeln

Daher wird behauptet, suggeriert, diffamiert. Randerscheinungen werden als typisch für die ganze Bewegung dargestellt. Anetta Kahane war in die Bundespresskonferenz geladen. Die langjährige Inoffizielle Mitarbeiterin des Staatssicherheitsdienstes der DDR und Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung (AAS) verkündete, dass „die Radikalisierung dieser Proteste“ – gemeint waren die „Querdenker“ – „bemerkenswert“ sei. Für die – sich dem Beobachter vor Ort nirgends erschließende – Radikalisierung machte Kahane „die AfD“ mitverantwortlich.

Damit bezog sie die ihr unliebsame Partei in alle Vorwürfe gegen die „Querdenker“ ein. Sich die Unterstellung zu eigen machend, bei diesen handle es sich um Verschwörungstheoretiker, fuhr sie fort: „Verschwörungsideologien gab es auch immer, aber jetzt in Corona-Zeiten hat das eine unglaubliche Konjunktur bekommen. Verschwörungsideologien haben immer, immer ein antisemitisches Betriebssystem.“ Die „Tagesschau“ sendete den Unsinn unkommentiert.

Der bayerische Innenminister Joachim Herrmann zeigte sich letzten Sonntag enttäuscht darüber, dass der Verfassungsschutz die „Querdenken“-Bewegung nicht beobachten wird. Der CSU-Politiker wies darauf hin, dass die Beobachtung aber „unverzüglich“ aufgenommen werde, sollten sich „in Zukunft tatsächliche Anhaltspunkte für extremistische Bestrebungen“ zeigen. Eine bare Selbstverständlichkeit, die zu jeder Zeit auf jede Gruppierung zutrifft, aber so war es Herrmann möglich, den – sogar von Amts wegen als falsch bestätigten – Extremismusvorwurf zu wiederholen.

Zu schade war sich der Minister auch nicht für die Behauptung, Demonstrationsteilnehmer „greifen den Staat und sei-



FOTO: IMAGO IMAGES/JÖRGEN HEINRICH

Linke Front gegen „Querdenker“: Der scheidende Juso-Vorsitzende Kevin Kühnert, Anetta Kahane (Amadeu Antonio Stiftung) und Felix Klein, Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus

„QUERDENKEN“

Wie Politik und Medien die Proteste diffamieren

„Verschwörungstheoretiker“, „antisemitisches Betriebssystem“, „Extremisten“, „Chaoten“ – so lauten die Schlagworte im Kampf gegen die Bewegung

ne Verfassungsorgane sogar frontal an“. Ähnlich markig hatte sich zuvor sein Ministerpräsident und Parteifreund Markus Söder geäußert. Die „Querdenker“ entwickelten sich „sektenähnlich und isolieren normale Bürger in ihrer Verschwörungsblase“. Sie hätten „ein anderes Verständnis von Staat und Gesellschaft“. Söder nannte die „Querdenker“ in einem Atemzug mit „Rechtsextremen, Reichsbürgern

und Verschwörungstheoretikern mit antisemitischem Hintergrund“.

Die „Märkische Allgemeine“ formulierte, die „Querdenker“-Bewegung habe „den Schluss zur extremen Rechten längst vollzogen – der gemeinsame Klebstoff heißt Radikalität“. Verbindendes Ziel sei „der Sturz des demokratischen Systems“. Nachweise wurden nicht geboten, ebenso wenig wie beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (rbb), wo es hieß, dass „die organisierte rechtsextreme Szene fester Bestandteil“ der „Querdenken“-Bewegung sei. Zudem hätten sich dort viele „aus dem bürgerlichen Lager inzwischen selbst radikalisiert“. Der „Tagesspiegel“ schrieb, „Querdenken“ „spricht von Einschränkungen der Grundrechte“ – was ein Vorwurf an die Bewegung sein sollte.

Im Allgemeinen gewaltfrei

Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken behauptete, zur Leipziger Demonstration vom 7. November „muss man ja wissen, dass rechtsradikale Hooligans auch übli-

gens aus ganz Europa angereist waren“. Regierungssprecher Steffen Seibert bezeichnete die Teilnehmer als „Extremisten, Chaoten, gewaltbereite Menschen“. Der – nicht genehmigte – Protestzug hatte sich großflächig friedlich vollzogen. Ausschreitungen linksradikaler Gegner wurden in vielen Berichten mit der „Querdenken“-Veranstaltung vermennt.

Am 21. November, ebenfalls in Leipzig, erfolgte „durch eine 15- bis 20-köpfige Gruppierung schwarz gekleideter und überwiegend verummter Personen“ ein Angriff auf einen Demonstranten, der den „Querdenkern“ zugeordnet wurde – die allerdings an diesem Tag keine reguläre Veranstaltung abhielten. Der Polizei zufolge war es ein versuchter Totschlag. Politik und Presse schenkten dem Vorfall wenig Beachtung, schon gar nicht überregional. Skandalisiert wurde lieber die junge „Querdenken“-Rednerin in Hannover, die sich – durchaus fragwürdig – mit Sophie Scholl verglichen hatte.

„Verschwörungsideologien haben immer, immer ein antisemitisches Betriebssystem“

Anetta Kahane
Vorsitzende der
Amadeu Antonio Stiftung (AAS)

EU-ASYLPOLITIK

Schäuble fordert Asylzentren außerhalb der EU

Europarat beschloss schon 2018 Abschiebungen abgelehnter Asylsucher, doch bisher geschah nichts

In einer Konferenz zur Asylreform, zu der er gemeinsam mit dem Präsidenten des EU-Parlaments, David Sassoli, geladen hatte, forderte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble die schnelle Rückführung von „Menschen, die nicht aus politischen Fluchtgründen nach Europa kommen, wenn nötig in Zentren außerhalb der Europäischen Union“. Dieser Vorschlag war bereits 2018 vom EU-Rat einstimmig beschlossen worden.

Durch solche Rückführungen von nicht asylberechtigten Migranten auf pazifische Inselstaaten und nach Neuguinea konnte das Einwandererland Australien vor einigen Jahren die Kontrolle über seine Einwanderung wieder zurückgewinnen. Denn trotz eines immensen Bedarfs von Einwanderern sind in Australien lange nicht

alle Asylsucher willkommen, wie zum Beispiel solche, die in ihren Heimatländern oder auf ihrem Weg nach Australien Gewalt angewendet haben. Um Anreize wegzunehmen und die wirklich Verfolgten von den anderen zu trennen, ging Australien sogar dazu über, alle Bootsankömmlinge schon während ihres Verfahrens auf solchen Inseln unterzubringen. So weit ging Schäuble in seinen Forderungen nicht.

Seine Forderungen dürften an den immer noch zu langen Asylverfahren mit drei Instanzen scheitern, die sich über viele Jahre hinziehen können. 2018 hatte sich unter den EU-Staats- und Regierungschefs die Position durchgesetzt, die illegale Immigration über das Mittelmeer durch Unterbringungszentren außerhalb der EU zu stoppen. Die aus Seenot geret-

teten Migranten wollte man nicht in EU-Häfen, sondern für die Dauer des Asylverfahrens direkt in andere sichere Häfen in Nordafrika bringen. Durch materiellen und diplomatischen Druck sollten dann während des Verfahrens die Heimatländer überzeugt werden, ihre Migranten wieder zurückzunehmen.

Gescheitert war dieser Vorstoß jedoch daran, dass keine nordafrikanische Regierung überzeugt werden konnte, solche Einrichtungen auf ihrem Staatsgebiet zu dulden. Dabei hatte man allerdings vergessen, dass Spanien ja noch mit Ceuta und Mellila zwei Exklaven auf nordafrikanischem Gebiet und einige unbewohnte Inseln vor der nordafrikanischen Küste als Überseeterritorien besitzt, von wo derzeit die Asylsucher zur Durchfüh-

rung ihres Verfahrens noch aufs Festland gebracht werden.

In der Folge sprachen die Spitzenpolitiker in der EU nicht mehr über diese vom EU-Rat einstimmig beschlossenen Zentren. Nun forderte Schäuble sogar die Zusammenarbeit mit zweifelhaften Kräften und Regimen in Transit- und Herkunftsregionen, so wie sie Australien mit den Staaten im Pazifik praktiziert, die keine Muster an Demokratie sind, in denen aber die Menschen sicher vor Verfolgung sind.

Schäuble gestand zwar ein, dass die derzeitige Praxis einem „zynischen, kriminellen Schlepperwesen in die Hände“ spiele. Dass dieses zunehmend auch von radikalislamischen Kräften dominiert wird und diese damit ihre Terroraktivitäten finanzieren, sagte Schäuble nicht. *Bodo Bost*

E-MOBILITÄT

Ein klein wenig Hilfe vom Staat

Nicht nur in Brandenburg: Warum Ausländer ihre Batteriefabriken in Deutschland bauen

VON NORMAN HANERT

Noch sind Stellenausschreibungen und eine Ankündigung von Tesla-Chef Elon Musk die einzigen Signale, die darauf hindeuten, dass Brandenburgs Landesregierung im Rennen um eine wichtige Industriensiedlung erneut einen großen Erfolg verbuchen kann. Tesla will in Grünheide bei Berlin in seiner Gigafabrik neben E-Autos auch in ganz großem Stil Batterien produzieren. Dass das kalifornische Unternehmen in seiner gerade im Aufbau befindlichen „Giga Berlin“ auch Batteriezellen fertigen will, hatte Musk schon vor einiger Zeit signalisiert.

Im Rahmen einer Konferenz zur europäischen Batteriewirtschaft kündigte der Tesla-Chef nun sogar an, in Grünheide die „weltgrößte Batteriefabrik“ bauen zu wollen. Bemerkenswert ist nicht nur die Dimension des Vorhabens. In der deutschen Automobilbranche ist die Frage zudem stark umstritten, ob eine Batteriezellfertigung in Deutschland überhaupt sinnvoll sei. Die Produktion der leistungsstarken Akkus ist nämlich sehr energieintensiv.

Trotz welthöchster Strompreise

Deutschland mit seinen im internationalen Vergleich extrem hohen Stromkosten ist damit eigentlich als Standort nicht sonderlich attraktiv. Die großen Zulieferer Bosch und Continental haben einen Einstieg in die Batteriezelle lange geprüft und verworfen. Daimler hatte kurzzeitig versucht, im sächsischen Kamenz eine eigene Zellfertigung aufzubauen. Die Stuttgarter haben das Projekt inzwischen wieder beendet und lassen in der Oberlausitz nur noch zugelieferte Zellen zu größeren Modulen zusammensetzen.

Bei der Entscheidung mehrerer Unternehmen, trotz der hohen Strompreise hierzulande dennoch Batteriezellen produzieren zu wollen, spielen Staatshilfen eine wichtige Rolle: Insbesondere Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) hat sich für Batteriezellenherstellung in Deutschland stark gemacht. Mit Erlaubnis der EU-Kommission will die Bundesregierung die Batterieherstellung in Deutschland sogar mit einer Förderung im Milliardenbereich anschieben.



Milliarden-Förderung: Fertigung von E-Auto-Batterien für den Smart im sächsischen Kamenz

Foto: imago images/Daniel Schäfer

Mit Fördermitteln rechnen kann unter anderem der Chemieriese BASF, der im Süden Brandenburgs Batteriematerialien herstellen will. Auch der chinesische Batteriehersteller CATL baut derzeit in Thüringen ein Werk auf, das ab dem Jahr 2022 einer der größten Akkuhersteller der EU werden soll. Svolt Energy, ebenfalls aus China, kündigte im November an, zwei Milliarden Euro in eine Batteriefabrik im Saarland investieren zu wollen.

Obwohl die E-Mobilität derzeit als Topthema gehandelt wird, geht die Politik mit der staatlichen Förderung solcher Projekte eine spekulative Wette ein: Sollte sich in einigen Jahren zeigen, dass die batteriegetriebenen Fahrzeuge ohne Dauersubventionierung nur für Nischenmärkte taugen, drohen den Batterieherstellern massive Überkapazitäten auf dem Markt. Tatsächlich könnte in der Kalkulation einiger Unternehmen die Rückendeckung

durch staatliche Hilfe eine wichtige Rolle spielen.

Gerade das Beispiel Tesla zeigt, wie sich die von der Politik gesetzten Rahmenbedingungen in klingende Münze umwandeln lassen. Die EU-Kommission schreibt den Autoherstellern seit einigen Jahren vor, dass die von ihnen in der EU verkauften Neuwagen im Schnitt nur noch einen CO₂-Ausstoß von 95 Gramm pro Kilometer aufweisen dürfen. Allerdings hat Brüssel in der Regelung ein Schlupfloch gelassen: Autobauer, welche die Grenzwerte nicht einhalten, dürfen ihre Fahrzeugflotten zusammen mit denen anderer Hersteller ausweisen.

„E-Pooling“ als lukrative Geldquelle

VW verrechnet beispielsweise konzernintern den hohen CO₂-Ausstoß von Marken wie Porsche mit den niedrigeren Ausstoßwerten von Seat und Škoda. Um

Milliardenstrafzahlungen an die EU zu vermeiden, nutzen Autobauer aber auch die Möglichkeit, ihre Fahrzeugflotten bei der CO₂-Berechnung mit Herstellern von E-Autos zusammenzulegen. Die E-Autos gehen in die CO₂-Rechnung nämlich mit einem Ausstoß von null ein.

Für Tesla hat sich das sogenannte CO₂-Pooling sogar zu einer hochprofitablen Einnahmequelle entwickelt. Das lukrative Nebengeschäft erlaubte es dem E-Autobauer, nach einer langen Durststrecke mit roten Zahlen über mehrer Quartale erstmals Gewinne präsentieren zu können. Tesla und andere E-Autobauer profitieren dabei von der Vorgehensweise der EU-Kommission, die bei den „Stromern“ weder die große Energiemenge für die Batterieproduktion berücksichtigt, noch fragt, ob der Ladestrom für den Betrieb der Fahrzeuge „klimaneutral“ erzeugt wurde.

MIETENDECKEL

Ein Gesetz mit starken Nebenwirkungen

Berliner Wohnungsangebot bricht ein – Vor allem große Einheiten sind immer weniger zu bekommen

In Berlin ist am 23. November die zweite Stufe des Mietendeckels in Kraft getreten. Bereits im Frühjahr hatte der Senat bei Neuvermietungen von Wohnungen die Mieten gedeckelt. Seit November müssen Vermieter auch bei bestehenden Verträgen die Mieten senken, falls diese mehr als 20 Prozent über den festgelegten Obergrenzen liegen.

Ob die Eingriffe in den Berliner Wohnungsmarkt tatsächlich fünf Jahre Bestand haben, wie vom Senat vorgesehen, wird sich vermutlich schon im kommenden Frühjahr entscheiden. Das Bundesverfassungsgericht will sich noch vor dem Sommer 2021 mit dem Mietendeckel befassen. Kippen die Karlsruher Richter die Berliner Regelung, kommen auf viele Mieter erheblich Nachforderungen zu. Bei immer mehr Wohnungsangeboten vereinbaren Vermieter daher zur Miete, die dem Mietendeckel entspricht, auch eine soge-

nannte Schattenmiete: Dieses oft deutlich höhere Entgelt gilt für den Fall, dass Karlsruhe den Mietendeckel wieder einkassiert. Zu ihrer Sicherheit behalten sich viele Vermieter in den Verträgen ausdrücklich vor, die entsprechende Differenz nachzufordern.

Kfz-Stellplätze plötzlich teurer

Verbraucherschützer und Rechtsanwälte berichten inzwischen auch über Fälle, bei denen zwar die Wohnungsmiete gesenkt wurde, gleichzeitig aber die Entgelte für Kfz-Stellplätze um hunderte Euro hochgeschraubt wurden. Laut „Immoscout24“, einer Internetplattform für Wohnungen, hat der Deckel zudem inzwischen zu einem deutlichen Rückgang von Wohnungsangeboten geführt. Demnach ist das Angebot innerhalb eines Jahres um ein Viertel geschrumpft. Bei Wohnungen mit einem Baujahr vor 2014

ermittelte „Immoscout24“ sogar einen Rückgang von fast 50 Prozent.

Dieser Mangel an Angeboten hat das Potential, schon länger laufende Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt der deutschen Hauptstadt noch zu verstärken: Innerhalb Berlins wird immer weniger umgezogen. Zudem finden Familien mit Kindern in der Stadt immer schlechter große Wohnungen. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen wies auf eine deutliche Abnahme der Fluktuation hin. Weil insbesondere Wohnungsangebote für mittlere und große Haushalte fehlen, ziehen die Berliner innerhalb der Stadt immer weniger um.

Familien haben das Nachsehen

Die Mietendeckelung verringert für die Bewohner großer Wohnungen zusätzlich den finanziellen Anreiz, sich beispielsweise nach dem Auszug der Kinder nach ei-

ner kleineren Wohnung umzusehen. Obendrein werden immer weniger große Wohnungen neu gebaut. Wie aus den Daten des Amts für Statistik Berlin-Brandenburg hervorgeht, errichten Bauträger inzwischen bevorzugt Wohnungen mit weniger als drei Zimmern.

Im vergangenen Jahr hatte in Berlin schon jede zweite neu gebaute Wohnung nur ein oder zwei Zimmer. Vor einem Jahrzehnt hatten Bauträger stattdessen noch stark auf große Wohnungen gesetzt. Beobachter sehen hinter dem Trend vor allem die Renditeerwartungen von Investoren, die sich offenbar mit kleinen Wohnungen besser realisieren lassen. Als Folge der Entwicklung wird es für Familien mit Kindern immer schwieriger, in Berlin eine passende Heimstatt zu finden. Dementsprechend hoch ist die Abwanderung von Familien in das brandenburgische Umland. N.H.

KOLUMNE

Werbung, werbefrei

VON THEO MAASS

Stört Sie Werbung an öffentlichen Orten? Mitunter nervt sie – vor allem, wenn sie aggressiv daherkommt. Gut oder nicht gut. Aber haben wir nicht andere Sorgen? Immigrantengewalt, Corona, Verkehrsprobleme, Sicherheit der Renten, Obdachlosigkeit – eine endlose Kette.

Fadi El-Ghazi, Rechtsanwalt aus Berlin-Neukölln, sieht das offenbar anders. Die erste Stufe zu einem Volksbegehren, 20.000 gültige Unterschriften, nahm El-Ghazi für seine Initiative „Berlin-Werbefrei“ mühelos – es wurden sogar 32.456. Den Stadtbereitern gefiel das begreiflicherweise nicht. Doch anstatt nun in aller Ruhe abzuwarten, dass die Initiative sich bei der zweiten Stufe, die 175.000 Unterschriften erfordert, einfach totläuft, versuchte der Berliner Senat, El-Ghazi auszutricksen.

Der von der Initiative vorgelegte Gesetzentwurf sei „verfassungswidrig“ und damit unzulässig, hieß es aus dem Rathaus. Doch nun hat das Berliner Verfassungsgericht dem Senat dessen Verdikt um die Ohren gehauen und El-Ghazi bescheinigt, dass seine Initiative sehr wohl zulässig sei – wenn auch mit kleinen Nachbesserungen.

Bislang war dieses Volksbegehren nur eine „Insiderangelegenheit“ gewesen. Mit dem Winkelszug der Nichtzulassung verschaffte der Senat der Initiative jedoch eine öffentliche Aufmerksamkeit, die sie sonst kaum erlangt hätte.

Das Begehren hat noch einen Nebenaspekt: 2017 scheiterte El-Ghazi mit einer Klage zwar vor dem Bundesverfassungsgericht. Aber er verschaffte sich damit öffentliche Aufmerksamkeit. Das Gleiche gilt nun für seine Initiative. Eine Klientel, die sich für ein solches Anliegen interessiert, dürfte sich, wenn sie etwas anderes hat, für das ein Anwalt benötigt wird, in die Kanzlei El-Ghazis begeben.

MELDUNG

Ohne Bahn kein Bau

Berlin – Der Neubau von rund 3.000 Wohnungen in Berlin-Pankow ist von der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) auf Eis gelegt worden. Die Mehrheit in der Versammlung folgte damit den Vorstellungen der „Bürgerinitiative Karow“. Entgegen der bisherigen Planung sollen die Neubauten nun nicht höher als vier Stockwerke werden. Vor allem aber müsse die Verkehrsverbindung verbessert werden, so die BVV: „Eine leistungsfähige Erschließung des Berliner Nordostens für den öffentlichen Personennahverkehr und den Autoverkehr (muss) vor dem Beginn jedweder Baumaßnahmen umgesetzt (werden).“ Die BVV fordert eine neue U-Bahn-Linie und den Weiterbau der S-Bahn-Linie 75 über Wartenberg hinaus: „Passiert dies nicht, kann die Antwort nur heißen: Dann wird hier nicht gebaut!“ Der verantwortliche Baustadtrat Vollrad Kuhn (B'90/Grüne) steht vor einem Scherbenhaufen. Er genießt ohnehin wenig Unterstützung bei den anderen linken Parteien im Bezirk. F.B.

● MELDUNGEN

Grenzkontrollen verlängert

Kopenhagen – Als Antwort auf Deutschlands Grenzöffnung für Asylforderer führte die damals noch bürgerliche Regierung 2016 Grenzkontrollen zu Deutschland ein. Die damalige Integrationsministerin Inger Støjberg (Liberale) erklärte seinerzeit mit Blick auf die Lage in Schweden und Deutschland, dass man eine Änderung des Schengener Abkommens anstrebe. Die Kontrollen wurden halbjährlich verlängert. Nun hat die sozialdemokratische Minderheitsregierung unter Ministerpräsidentin Mette Frederiksen diese Kontrollen bis zum 12. Mai kommenden Jahres verlängert. Ein Sprecher der dänischen Sozialdemokraten verwies in diesem Zusammenhang darauf, „dass es eine breite Mehrheit für eine Fortführung der Grenzkontrollen gibt“. Im Folketing, Dänemarks Parlament, opponieren die Sozialistische Volkspartei, die Sozialliberalen und die Einheitsliste gegen die Kontrollen. Die Liberalen, die Liberale Allianz und die Konservative Volkspartei unterstützen in dieser Frage die Regierung. *F.B.*

EU-Streit um Winterurlaub

Rom/Wien – Der ursprünglich von Italiens Regierungschef Giuseppe Conte gemachte Vorschlag, Winterurlaub in den Alpen bis in den Januar zu verbieten, wird von Angela Merkel unterstützt. Im Bundestag kündigte die Bundeskanzlerin an, sie wolle sich um eine Abstimmung bemühen, um in Europa alle Skigebiete zu schließen. Österreich und die Schweiz lehnen die Forderung bislang ab. Österreichs Bundeskanzler Sebastian Kurz sagte, die Frage einer Schließung hänge „immer mit den Infektionszahlen zusammen, und zwar den Infektionszahlen bei uns in Österreich“. Eine Abstimmung mit anderen Ländern sei deshalb „überflüssig“. Auch in der Schweiz zeigen sich der Bundesrat und die Tourismusbranche derzeit überzeugt, dass die Wintersaison stattfinden kann. Markus Berger von Schweiz Tourismus sagte, man habe europaweit koordinierte Saisonöffnungen diskutiert und als ungeeignet nicht weiterverfolgt. *N.H.*

Ungarn darf entscheiden

Brüssel – Auf die Nachricht, Ungarn wolle den russischen Corona-Impfstoff Sputnik V. importieren, kam zunächst eine ablehnende Reaktion aus Brüssel. Normalerweise entscheidet die Europäische Arzneimittel-Agentur (EMA) über die Zulassung von Impfstoffen in den EU-Staaten. Nun heißt es seitens der Kommission, jeder Mitgliedstaat könne eigene Bewertungen vornehmen und über „zeitweise“ Zulassungen entscheiden. Sputnik V. wird voraussichtlich keine Zulassung in Europa erhalten, da laut EMA die für eine Zulassung nötigen Testdaten bislang fehlen. Dagegen hat die Behörde mit dem US-Unternehmen Moderna und der deutschen Firma Curevac bereits Kaufverträge für deren Impfstoffe unterschrieben. Ein Vertreter des ungarischen Außenministeriums verteidigte die Impfpläne seines Landes damit, dass man sich auch nach Osten öffnen müsse, statt nur den Interessen multinationaler Pharmakonzerne zu folgen. *MRK*

GEFAHRENBKÄMPFUNG

Spione im Datennetz

Nächster Schritt zum Überwachungsstaat – Geheimdienste wollen in sozialen Netzwerken mitschnüffeln



Big Brother is watching you: Der Geheimdienst will zukünftig auch Nutzer von WhatsApp verstärkt in den Blick nehmen

VON WOLFGANG KAUFMANN

Es ist immer wieder das gleiche Prozedere: Nach jedem größeren Terroranschlag in Europa fordern Politiker ein Mehr an Überwachung. So auch anlässlich des Blutbades, welches der Sympathisant des Islamischen Staates Kujtim Fejzulaj am 2. November in Wien angerichtet hatte.

Dabei kamen die lautesten Töne diesmal von den EU-Innenministern. In das Abschlusskommuniqué ihres Treffens vom 12. November nahmen sie den Passus auf, dass sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union nun „mit der Frage der Datenverschlüsselung befassen müssen“. Was damit gemeint war, geht aus dem Entwurf der deutschen EU-Ratspräsidentschaft für eine formelle Erklärung der Innenminister zur Ausweitung der

digitalen Überwachung vom 6. November 2020 hervor.

Terrorbekämpfung als Vorwand?

In dem Dokument mit dem Titel „Security through encryption and security despite encryption“ (Sicherheit durch Verschlüsselung und Sicherheit trotz Verschlüsselung) heißt es: Im Interesse der Terrorbekämpfung müssten Behörden auf dem Gebiet der Sicherheits und Kriminalitätsbekämpfung, also Polizei, Geheimdienste und Justizbehörden, künftig deutlich mehr Möglichkeiten erhalten, was den „rechtmäßigen Zugang“ zu verschlüsselten Daten betreffe. Hierzu sei ein enger Dialog mit der Technologieindustrie notwendig.

Das bedeutet im Klartext, dass die EU solche beliebten Messengerdienste für den Nachrichtensofortversand wie

WhatsApp, Telegram, Threema und Signal dazu verpflichten will, die technischen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die staatlichen „Autoritäten“ trotz der eigentlich unangreifbaren Ende-zu-Ende-Verschlüsselung vom Absender bis zum Empfänger mitlesen oder mithören können. Beispielsweise durch die Übergabe eines Generalschlüssels zu der elektronischen Kommunikation oder den Einbau von „Hintertüren“ in die Software.

Vier Gründe sprechen dagegen

Ein solches Vorgehen wäre jedoch gleich in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zum Ersten scheiterte die Verhinderung von Terroranschlägen in der Vergangenheit in aller Regel nicht an der Verschlüsselung von Nachrichten, sondern an der Unfähigkeit der Sicherheitsbehörden, potentielle und zumeist auch schon be-

kannte Täter rechtzeitig unschädlich zu machen.

Zum Zweiten würden die meisten Terroristen in der Lage sein, alternative sichere Kommunikationswege zu finden. Zum Dritten hätte man es hier mit einem äußerst schwerwiegenden Grundrechtseingriff zu tun, der kaum als verhältnismäßig gelten kann. Einem Minimum an mehr Mitteln im Kampf gegen den Terror stünde die maximale Verletzung der Privatsphäre von Millionen unbescholtenen Bürgern gegenüber.

Und zum Vierten dürfte das Ganze zu eklatanten Defiziten bei der Datensicherheit führen, denn schließlich würden über kurz oder lang auch Kriminelle in den Besitz der Generalschlüssel gelangen oder die Hintertüren in der Software finden und für ihre Zwecke missbrauchen. Deshalb führte das Bekanntwerden der Absichten der EU zu einem Sturm der Entrüstung seitens von IT-Experten und Bürgerrechtlern.

Das Bundesinnenministerium dementierte daraufhin jetzt, dass die EU das Verbot oder auch nur die Schwächung der Ende-zu-Ende-Verschlüsselung anstrebe. Vielmehr gehe es ihr um „Lösungsvorschläge, ... welche einen möglichst geringen Eingriff in die Verschlüsselungssysteme darstellen“.

Fernmeldegeheimnis in Gefahr

Das kann man glauben – oder auch nicht. Immerhin brachte die Bundesregierung am 21. Oktober den „Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Verfassungsschutzrechts“ auf den Weg. Und der sieht in der Tat weitreichende Zugriffsrechte der Nachrichtendienste von Bund und Ländern auf die verschlüsselte Messenger-Kommunikation innerhalb Deutschlands sowie die Änderung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel-10-Gesetz) vom 29. Juni 2001 vor. Künftig sollen demnach auch WhatsApp und Co. juristisch dazu verpflichtet werden, „technische Mittel“ zur Verfügung zu stellen, die es den Schlapphüten hierzulande ermöglichen, Inhalte, welche den Anbietern „zur Übermittlung auf dem Telekommunikationsweg anvertraut sind, auszuleiten“.

GROSSBRITANNIEN

Der Antisemitismus-Streit zerreißt Labour

Jeremy Corbyn, die Ikone der Altlinken, kämpft um seine Macht in der Partei

Es brodeln in der britischen Labour Party. Ein tiefer Graben hat sich in der Partei aufgetan, nachdem der frühere Parteichef und gescheiterte Premierministerkandidat Jeremy Corbyn wegen seiner Reaktion auf einen Antisemitismus-Bericht vorübergehend ausgeschlossen worden war. Als „Tag der Schande“ für Labour hat Keir Starmer, seit April neuer Parteichef, den Abschlussbericht der Gleichheits- und Menschenrechtskommission bezeichnet, der minutiös dargestellt hatte, wie und wo in den fast fünf Jahren unter Corbyn in der Labour-Partei antisemitische Umtriebe geduldet sowie jüdische Mitglieder diskriminiert und angefeindet wurden.

Der 71-jährige Altsozialist Corbyn jedoch nannte die Vorwürfe „dramatisch übertrieben“. Daraufhin wurde er Ende Oktober aus der Partei suspendiert und aus der Labour-Fraktion in Westminster ausgeschlossen. Gegen Corbyns Ausschluss erhoben aber mächtige Gewerkschaftschefs Einspruch, allen voran Len

McCluskey von der Unite-Union, nebenbei größter jährlicher Geldgeber von Labour. Die Socialist Campaign Group, ein Sammelbecken von harten Linken mit gut dreifig Abgeordneten in Westminster, warf sich ebenfalls für Corbyn in die Bresche.

Vorvorherige Woche konnte Corbyn einen Teil-Sieg feiern: Ein fnfkpfiger Ausschuss des Nationalen Exekutivkomitees (NEC) von Labour hat seine Suspendierung aufgehoben. Aber Starmer will ihn nicht wieder in die Parlamentsfraktion aufnehmen. Seitdem giftet die Labour-Linke verbittert gegen den neuen Parteichef. Als „Tinpot Dictator“ (in etwa: Westentaschendiktator) beschimpft ihn Ian Lavery, ein Corbyn-Getreuer, der bis vor Kurzem Parteigeschftsfhrer war.

Der politische Absturz Corbyns ist atemberaubend. Noch vor einem Jahr wollte ihn Labour zum Premierminister machen, jetzt will ihn der neue Chef am liebsten aus der Partei werfen. Auch in der SPD hatte Corbyn zeitweise Freunde und

Bewunderer. Kevin Kühnert, damals als Juso-Chef, nannte den Altlinken 2018 „ein Beispiel, das Mut macht“. Corbyn habe „mit ursozialdemokratischen Werten massenweise junge Leute begeistert“.

Nützlicher Bruch für Keir Starmer

Dabei waren Corbyns Defizite schon lange bekannt. Er vertrat nicht nur einen Betonsozialismus, der wichtige Teile der Wirtschaft verstaatlichen wollte, sondern hat die Nähe zu „antiimperialistischen“ Linksradikalen bis hin zu Terrorgruppen und sozialistischen Diktatoren nie gescheut. Die palästinensische Hamas etwa, die auf der Liste der Terrorgruppen der EU steht, nannte er „Freunde“. Corbyn stand dabei, als Palästinenser und Israel-Hasser einen Ehrenkranz für „Märtyrer“ in Tunis ablegen – und unter den Märtyrern waren auch Attentäter der Gruppe Schwarzer September, die 1972 in München Sportler der israelischen Olympiamannschaft ermordet hatten.

Die britischen Juden waren entsetzt, wie sich unter Corbyn das Klima in der Labour-Partei wandelte. Mehrere Abgeordnete wie Luciana Berger verließen die Partei. Der britische Chefrabbiner Ephraim Mirvis klagte, das „Gift des Antisemitismus“ habe sich von den Wurzeln bis in die Spitze der Partei gefressen. Die parteinterne Bewegung Jewish Labour Movement warnte davor, Corbyn zum Premier zu wählen.

Er scheiterte dann auch kolossal mit dem schlechtesten Ergebnis für Labour seit 1935. Trotzdem hat er nach wie vor zahlreiche Fans. Doch Starmers Unterstützer, auch in den Medien, argumentieren, dass die Linksradikalen Ballast gewesen seien. Der Bruch sei nützlich. Tatsächlich kann der 58-jährige frühere Generalstaatsanwalt mit Blick auf Umfragen optimistisch sein: Seine persönlichen Werte liegen weit vor denen von Premier Boris Johnson, der wegen der Corona-Krise angeschlagen ist. *Claudia Hansen*

VON FRIEDRICH LIST

Deutschlands Luftfahrtbranche war bis zum Ausbruch der Corona-Pandemie von konstantem Wachstum verwöhnt. Jetzt, im zweiten Lockdown, muss die gesamte Industrie jedoch weitere Einbußen hinnehmen. Dazu hat speziell die Entscheidung von Bund und Ländern beigetragen, das etablierte Testkonzept an den Flughäfen aufzugeben und eine Quarantäneregelung einzuführen.

Nach einem jüngst vorgelegten Lagebild des Bundesverbandes der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) sank das Passagieraufkommen an deutschen Flughäfen in den ersten drei Quartalen dieses Jahres um 71 Prozent. Besonders stark war der Einbruch unmittelbar nach Einführung der Quarantäneregeln. So bestiegen im September 2020 81 Prozent weniger Passagiere ein Flugzeug als im September des Vorjahres. Die Verkehrsleistung der deutschen Fluggesellschaften ging in den ersten drei Quartalen um 73 Prozent zurück. Im Sommer hatten sich die Passagierzahlen kurzfristig erhöht, waren dann aber wieder stark zurückgegangen.

Deprimierender Lagebericht des BDL

Etwas besser steht die Luftfracht da. Während sie weltweit in den ersten drei Quartalen um 13 Prozent zurückging, liegt der Verlust in Deutschland nur bei etwa acht Prozent. Im September lag der Frachturnschlag erstmals etwas über dem Wert des Vorjahres.

Auch die Flughäfen haben zu leiden. „Unsere Befürchtungen bewahrheiten sich. Die negative Entwicklung der Passagierzahlen nimmt dramatische Züge an. Alle Verkehrskennzahlen sind rückläufig“, so Ralph Beisel, Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV), „das betrifft die Sitzplatzangebote, die Auslastung in den wenigen noch fliegenden Flugzeugen sowie die Luftverkehrsnachfrage und Buchungszahlen insgesamt.“

Zurzeit verlieren Deutschlands Flughäfen jeden Tag zehn Millionen Euro. Die ADV rechnet in diesem und im nächsten Jahr mit etwa drei Milliarden Euro Verlust.

Das System Luftfahrt nimmt so gut wie kein Geld mehr ein. Die Krise betrifft alle in der Branche, also nicht nur die Flughafenbetreiber und die Fluggesellschaften, sondern auch alle, die Geschäfte am Flughafen betreiben oder einen der vielen Dienstleistungsbetriebe sowie die Deutsche Flugsicherung (DFS), die den Luftverkehr über Deutschland koordiniert. Vielen Akteuren laufen die Vorkalkkosten weg. Bislang haben Kredite und öffentliche Stützungsleistungen vie-

le Insolvenzen verhindern können, aber die Zeit drängt.

Anfang November schlug auch der Arbeitgeberverband der Bodenabfertigungsdienstleister im Luftverkehr (ABL) Alarm. Dessen Vorsitzender Thomas Richter machte sich im Vorfeld des Luftfahrtgipfels im November dafür stark, die Unternehmen seines Verbandes stärker zu berücksichtigen. Immerhin hat der Bund bereits große Unternehmen der Luftfahrtbranche mit beachtlichen Summen unterstützt. Auch bei den Bodenverkehrsdienstleistern würden Vorkalkkosten wie der Unterhalt spezieller Ausrüstung, Mieten und Versicherungen anfallen. Die Unternehmen müssten ständig Betriebsmittel bereitstellen haben, um arbeiten zu können, sollte der Flugbetrieb wieder auf sein gewohntes Niveau zurückkehren. „Deshalb ist hierzu eine finanzielle Unterstützung notwendig, wie sie auch für Flughäfen und Airlines vorgesehen ist“, sagte Richter vor Pressevertretern.

LUFTVERKEHRSWIRTSCHAFT

Einbruch durch zweiten Lockdown

Trotz Corona-Hilfen dürfte sich die Branche erst nachhaltig erholen, wenn wirksame Impfstoffe gegen Covid-19 zur Verfügung stehen

Am 6. November hatte Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer (CSU) einen Luftfahrtgipfel mit Verantwortlichen aus der Branche einberufen. Ziel war die Beratung und Abstimmung von weiteren Fördermaßnahmen für die angeschlagene Luftverkehrswirtschaft. Konkrete Zusagen konnte Scheuer jedoch nicht machen. Dafür versprach er, zumindest einigen Akteuren zu helfen. Zu denen gehört die Deutsche Flugsicherung. Scheuer will so verhindern, dass die Gebühren, welche die DFS erhebt, steigen und so Flugreisen teurer machen.

Hilfspaket von einer Milliarde Euro

Auch den Flughäfen, die rund eine Milliarde Euro Soforthilfe erwartet hatten, sagte er Hilfen zu, machte deren Höhe aber von weiteren Gesprächen mit Finanzminister Olaf Scholz (SPD) abhängig. Insbesondere sollen die kleineren Flughäfen weiter gestützt werden.

Nach dem Gipfel gab es sofort Kritik. Die Arbeitgeber und die Flughäfen zeig-

ten sich zufrieden, aber Arbeitnehmervertreter wie die Pilotengewerkschaft Vereinigung Cockpit monierten, dass es keine klaren Zusagen für den umfassenden Erhalt von Arbeitsplätzen in der Luftfahrt gegeben habe. Vertreter der Grünen und des ökologischen Verkehrsclubs Deutschland (VCD) sprachen sich gegen Hilfen gerade für die vielerorts nicht rentablen Regionalflughäfen aus.

Mittlerweile haben sich die Minister Scheuer und Scholz auf Finanzhilfen geeinigt. So sollen auf jeden Fall die Flughäfen mit Bundesbeteiligung wie etwa Berlin-Brandenburg unterstützt werden. Bei der DFS soll das Stammkapital um 300 Millionen Euro erhöht werden. Insgesamt soll das Hilfspaket eine Milliarde Euro schwer sein. Es wird zurzeit im Finanzausschuss des Bundestages beraten. In diesem Monat soll das Parlament darüber abstimmen. Allerdings dürfte sich die Luftfahrtbranche erst nachhaltig erholen, wenn wirksame Impfstoffe gegen Covid-19 zur Verfügung stehen.



Am Boden statt in der Luft: Abgestellte Passagiermaschinen auf dem Flughafen Berlin Brandenburg

KLIMAPOLITIK

EU-Kommission setzt auf Offshore-Windparks

Die installierte Leistung auf See soll bis 2050 um das 25-Fache gesteigert werden

Für ein „klimaneutrales“ Europa bis zum Jahr 2050 setzt die Europäische Kommission auf einen massiven Ausbau der Windkraftanlagen auf See. Laut einem Konzeptpapier der Kommission sollen in Nord- und Ostsee, im Atlantik und im Mittelmeer bis zur Mitte des Jahrhunderts Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 300 Gigawatt installiert werden. Ohne Berücksichtigung von Großbritannien soll die installierte Leistung auf See damit von derzeit rund zwölf Gigawatt in den nächsten drei Jahrzehnten um das 25-Fache gesteigert werden. Bei den Angaben handelt es sich jeweils um die Nennleistung. Diesen Maximalwert erreichen die Windkraftanlagen in der Realität nur unter optimalen Bedingungen und auch nicht ständig.

Die Kosten ihres Windkraftplans beziffert die Brüsseler Kommission mit rund 800 Milliarden Euro. Nur etwa ein Drittel der Summe soll in den Ausbau der Windkraftanlagen auf See fließen. Ein Großteil der Mittel wird für den Ausbau der Netzinfrastruktur benötigt, um den Strom von hoher See ans Land und zu den Verbrauchern leiten zu können. Allein auf diesem Feld wird der Investitionsbedarf durch das Windkraftkonzept auf über 530 Milliarden Euro geschätzt.

Kosten von rund 800 Milliarden Euro

Zur Finanzierung der Projekte sollen Investoren offenbar auch auf Mittel des sogenannten Corona-Wiederaufbaufonds zurückgreifen können. Je nach Ausgestaltung könnten damit letztlich die

Steuerzahler einen Teil der Haftung für Marktrisiken aufgebürdet bekommen.

Großen Wert legt die Kommission bei ihrer Strategie darauf, dass die EU-Mitgliedstaaten beim Ausbau der Windenergie auf See verstärkt grenzüberschreitend zusammenarbeiten. Bislang fehlen entsprechende Rechtsvorschriften der EU für die Meeresprojekte. Aktuell gibt es in der EU und sogar weltweit mit „Kriegers Flak“ nur einen Windpark, bei dem Windkraftturbinen an die Netzinfrastruktur von mehr als einem Land angeschlossen sind. Dass der Windpark in der Ostsee sowohl in die dänische Region Seeland, als auch nach Mecklenburg-Vorpommern Strom liefert, ist bislang nur im Rahmen einer Übergangsregelung möglich.

Dementsprechend fällt die Reaktion aus der Windkraftbranche auf den angekündigten Rechtsrahmen für grenzüberschreitende Projekte aus: „Wir brauchen einen Rahmen, der es uns ermöglicht, in Offshore-Hybridprojekte zu investieren, sie zu betreiben und in ihnen zusammenzuarbeiten“, so Ivan Pineda von der Lobby-Organisation WindEurope.

Vorsichtige Kritik am massiven Ausbau der Windkraft auf den Meeren äußerte der Naturschutzbund Deutschland (NABU). Generell begrüßt die Organisation die Strategie. Zugleich wies der NABU aber auf „eine ungenügende Berücksichtigung des Meeresschutzes, der ökologischen Tragfähigkeit und der marinen Raumordnungspläne“ hin.

Norman Hanert

● MELDUNGEN

Mitarbeiter ausspioniert

Seattle – Interne Dokumente des Amazon's Global Security Operations Center, die an die Öffentlichkeit gelangt sind, deuten auf eine systematische Beobachtung von europäischen Umweltgruppen und Arbeitnehmervertretungen beim Internetversandhändler Amazon hin. Laut einem Bericht des Journals „Motherboard“ geht aus den Berichten der Amazon-Sicherheitsabteilung aus dem Jahr 2019 auch hervor, dass bei Amazon Personal der Agentur Pinkerton im Einsatz war. Aufgabe der Detektive soll die Sammlung von Informationen über Arbeitnehmer in den Warenlagern von Amazon gewesen sein. Ein Sprecher von Amazon bestätigte inzwischen generell eine Zusammenarbeit mit Pinkerton. Die 1850 gegründete Agentur Pinkerton gilt in der Wirtschaftsgeschichte der USA als Vorreiter des „Union busting“. Der Begriff steht für eine systematische Behinderung und Bekämpfung von Gewerkschaften.

N.H.

T&E-Kritik an Hybridautos

Brüssel – In einer Studie stellt Transport und Environment (T&E), ein Zusammenschluss europäischer Umweltverbände mit dem Schwerpunkt Verkehr, die „Klimafreundlichkeit“ von Fahrzeugen in Frage, die sowohl mit einem elektrischen Batterieantrieb als auch einem Verbrennungsmotor ausgestattet sind. Nach Angaben des Verbandes haben Untersuchungen an den drei meistverkauften dieser Hybrid-Modelle mit einem „Null-Emissions-Gang“ ergeben, dass sie zwischen rund 30 und knapp 90 Prozent mehr Kohlendioxid ausstoßen als in der Werbung behauptet. Als Ursache führt T&E an, dass bei den Fahrzeugen der elektrische Motor zu leistungsschwach sei. Als Folge springe häufig der Verbrennungsmotor mit seinem bauartbedingten Kohlendioxidausstoß ein. T&E nahm die Studie zum Anlass, vor einem neuen Autoabgasskandal ähnlich „Dieselgate“ zu warnen.

N.H.

Neue Krise bei den Banken

Frankfurt am Main – Laut dem Institut für Wirtschaft (IW) und dem Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken (BVR) steuert Deutschland rasant auf eine neue Bankenkrise zu. Grund sei ein massiver Ausfall an Krediten durch Firmenpleiten. Im günstigsten Falle seien sechs Prozent der Geldhäuser in ihrer Existenz gefährdet, im schlechtesten sogar 28 Prozent, was hunderten Instituten entspräche. Grund für die neuerliche Krise seien plötzlich auftretende Firmenpleiten in großer Zahl, die in nächster Zeit zu befürchten seien. Normalerweise verteilen sich Bankrotte relativ gleichmäßig über das Jahr, was für die kreditgebenden Institute nicht so dramatisch ist. Wegen der Corona-bedingten Aussetzung der Insolvenzanzeigespflicht durch den Gesetzgeber bis Jahresende ist ein Stau sogenannter „Zombieunternehmen“ entstanden, die nun alle auf einmal ihre Zahlungsunfähigkeit erklären müssten.

H.H.

KOMMENTARE

Dramatischer Strudel

HANS HECKEL

Die Nervosität der Regierenden wächst in dem Maße, wie sich die Erkenntnis durchsetzt, dass die gegenwärtigen Corona-Restriktionen nicht auf Dauer durchzuhalten sind – und dass der Widerstand und die Unzufriedenheit im Volk wachsen. Die Ministerpräsidenten hat es zusätzlich aufgeschreckt, dass sie von der Bundesebene aus zu mehr Engagement bei der Finanzierung der Lockdown-Folgen aufgerufen wurden.

Hessens Regierungschef Volker Bouffier sind Berichten zufolge die Sicherungen durchgebrannt, als Ralph Brinkhaus, Chef der Unionsfraktion im Bundestag, im CDU-Präsidium mehr Geld aus den Länderkassen forderte. Es kam zum offenen Eklat zwischen den beiden.

Noch so ein Jahr wie 2020 hielten Wirtschaft und Gesellschaft nicht durch, mahnt NRW-Ministerpräsident Armin Laschet. Doch der erhoffte Impfstoff steht frühestens zum Ende der klassischen Grippesaison in großer Menge zur Verfügung.

Die Anzeichen aber verdichten sich, dass die Corona-Positivtestungen erst dann gen Null streben, wenn auch die Grippezeit vorüber ist, also im April. Welche wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verheerungen ein bis dahin (selbst mit ein paar Pausen) durchgezogener „Teil“-Lockdown hinterlasse, möchte sich auch in Berlin wohl niemand vorstellen.

Was aber tun? Am Ende könnte den Verantwortlichen nichts anderes übrig bleiben, als aufzuhören, jede Kritik an ihren Corona-Maßnahmen zu verteuern, indem sie Protest wie den der „Querdenker“ mit abgedroschener „Anti-Rechts“-Propaganda niederzuhalten trachten. Und stattdessen jenen zuzuhören, darunter zahlreiche ausgewiesene Experten, die von Anfang an einen flexibleren Umgang mit Herausforderungen wie Corona angemahnt haben (Stichwort: Freiheit für die Masse, besonderer Schutz für die Risikogruppen). Sonst könnte Laschets Ahnung Wirklichkeit werden und das Land sowohl wirtschaftlich wie politisch in einen dramatischen Strudel geraten.



Es bleibt die Frage nach dem Sinn der Todesopfer: Ehrenhain Kundus im Wald der Erinnerung

Foto: action press

KOLUMNE

Paradoxon

FLORIAN STUMFALL

Aus dem umkämpften, fernen Afghanistan dringt eine wichtige Nachricht nach Deutschland. Die Bundeswehr verlässt ihr Quartier in Kundus und verlegt es nach Masar-e Scharif – beides Namen und Orte, die dem Bundesbürger durch 20 Jahre Kriegsberichterstattung durchaus geläufig sind.

Was ist die Bilanz nach zwei Jahrzehnten Krieg, Elend und Tod, welche die NATO auch nach Mittelasien getragen hat? Die Antwort ist offensichtlich. Die NATO steht in Afghanistan vor demselben Scherbenhaufen wie einst die Sowjetunion. Die Taliban, damals ähnlich wie al-Kaida vom US-Geheimdienst CIA gegen die Sowjets aufgebaut und versorgt, beherrschen nach wie vor weite Teile des Landes. Die Zivilisten, allzu oft Opfer von Bomben und Raketen der westlichen Allianz, leiden und sterben Jahr für Jahr. Und die NATO ist weit davon entfernt, diesen Krieg ohne einen kolossalen Gesichtsverlust beenden zu können. Insbesondere den US-Truppen und ihren Befehlshabern sowie den Politikern im Hintergrund steckt die Erinnerung an das Vietnamdebakel noch zu sehr in den Knochen.

Wovon ebenfalls nur wenig gesprochen wird, ist die Berechtigung zu einem derartigen Krieg. Man beruft sich auf eine UN-Resolution 1368, von der man ein Selbstverteidigungsrecht ableitet. „Deutschlands Freiheit wird am Hindukusch verteidigt“, hieß vor Jahren die Devise, die schon damals nicht recht ernst genommen werden konnte.

Bundeswehrazug aus Kundus

Doch – keine Sorge, es gibt noch andere Gründe für den Feldzug, die man ins Feld führt, und die hören sich sehr viel einnehmender an als eine trockene UN-Resolution, die obendrein erheblich zu rechtgebogen werden muss, um ihren Zweck zu erfüllen.

Es gehe, so wird unverdrossen und unaufhörlich versichert, darum, den Afghanen Freiheit, Demokratie und Menschenrechte zu bringen. Mit anderen Worten: Sie sollten die westliche Ordnung und Lebensart übernehmen. Etwas anderes hatten die Sowjets im Jahre 1979 auch nicht im Sinn, nur dass es sich damals um die sozialistische Variante handelte.

Die Lage stellt sich daher so dar, dass die NATO-Mitglieder und die anderen Länder im Afghanistan-Einsatz, insgesamt

70 an der Zahl, und dabei im Besonderen Deutschland ausgerückt sind, um die zurückgebliebenen, primitiven und kulturell armseligen Paschtunen, Tadschiken und Hazara am Licht der europäischen Aufklärung teilhaben zu lassen. Das einzige Problem dabei ist, dass die nicht wollen. Daher also tut es not, Krieg gegen sie zu führen. Mit dieser Argumentation wird allen der Mund gestopft, die vielleicht annehmen könnten, der NATO ginge es etwa um Rohstoffe und strategische Positionen gegen Russland und China.

Ursprung und rechtfertigende Grundlage der westlichen Strategie ist die Be-

brandmarken Nichtwestler als ruchlosen westlichen Imperialismus.“

Vor allem im Multikulti-seligen Deutschland kommt es dabei zu einer paradoxen Lage. Die Eine-Welt-Phantasten, egal ob Aktivisten auf der Straße oder Regierungsmitglieder, rühmen in Deutschland fremde kulturelle Einflüsse, die der eigenen Tradition zuwiderlaufen, als Bereicherung, bemühen sich aber, solche Eigenheiten, dort wo sie zuhause sind und hingehören, unter dem Hinweis auf das Weltethos auszumerzen. Wie man nicht nur in Afghanistan sieht, wenn es sein muss, auch mit Bomben und Granaten. So gab es vor Jahren eine Demarche der Berliner Regierung in Kabul, das afghanische Eherecht betreffend, das so, wie es dort konzipiert war, das europäische Missfallen erregen musste. Gleichzeitig finanziert die Bundesregierung türkische Vielweiberei in Deutschland. Wer's verstehen kann, verstehe es. Aber leicht ist es nicht einzusehen, dass das, was der Westen an fremdem Kulturgut am jeweiligen Ort der Herkunft auszurotten sucht, in Deutschland einen Wegweiser zum besseren Menschsein darstellen soll. In den Sonntagsreden hört man von bunter Vielfalt, Toleranz und Regenbogen, wenn es hart auf hart kommt, dann gilt nur eine Regel: die eigene.

Kein Grund für einen Krieg

Natürlich stößt einen Europäer beispielsweise das Menschenbild des Islam ab, gemäß dem Frauen vor Gericht nur eine begrenzte Glaubwürdigkeit genießen, im Erbfall benachteiligt werden und insgesamt der körperlichen Züchtigung durch den Ehemann unterworfen sind. Das gibt aber niemandem das Recht, solche Länder mit Krieg zu überziehen. Vielmehr sollte das die europäischen Politiker an ihre Pflicht erinnern, hierzulande solche Verhältnisse zuverlässig zu verhindern.

Tatsächlich aber sorgt die NATO erfolgreich dafür, dass ihr Vorwand dafür, Länder auf der ganzen Welt mit Waffen zwangsweise kulturell zu beglücken, immer neue Nahrung erhält. Jede Bombe auf Afghanistan treibt den Taliban neue junge Männer zu, jeder französische oder deutsche Soldat in Algerien, Niger oder Mali verstärkt die Reihen islamischer Aufständischer, denen die westlichen Soldaten in ihrer Heimat nicht willkommen sind.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Die Genossen der Jusos

RENÉ NEHRING

Auf ihrem digitalen Bundeskongress verabschiedeten die Jusos am Wochenende eine Resolution, in der sie unter anderem die Jugend der palästinensischen Fatah als „Schwesterorganisation“ bezeichneten, die sich für eine friedliche Lösung des Nahostkonfliktes einsetze.

Zu Erinnerung: Die Fatah ist diejenige Organisation, die jahrzehntelang versuchte, den jüdischen Staat Israel hinfort- und einen palästinensischen Staat herbeizubomben. Zwar schloss sie 1993 Frieden mit Israel, doch propagiert sie bis heute immer wieder ein „befreites Palästina“ – ohne Israel. Wie bei anderen Organisationen ist auch bei der Fatah die eigene Jugend radikaler, als es die Altvorderen sind. So zeigt das Logo der Fatah-Jugend eine Landkarte des heutigen Israel, allerdings in den Farben der palästinensischen Autonomiebehörde gefärbt – ohne einen jüdischen Staat.

Insofern müssten die Jusos nach ihrer Resolution eigentlich die Empörung all jener hervorrufen, die sich sonst bei jeder sich bietenden Gelegenheit zum

Existenzrecht Israels bekennen. Zum Beispiel Heiko Maas.

2019 etwa erklärte der Außenminister anlässlich des 70. Jahrestags der Aufnahme Israels in die Vereinten Nationen: „Deutschland steht auch in der UNO an der Seite Israels, dessen Sicherheit und Existenzrecht nirgends und durch niemanden infrage gestellt werden darf.“ Und im Januar 2020 schrieb er in einem „Spiegel“-Beitrag: „Egal, ob sich die Attacken gegen ein jüdisches Museum in Brüssel, einen koscheren Supermarkt in Paris oder eine Synagoge in Deutschland richten – jeder Angriff auf jüdisches Leben ist ein Angriff auf Europa, auf unsere Kultur und unsere Werte.“

Dumm nur, wenn dann der eigene Parteinachwuchs sich mit einer offenkundig antisemitischen und israelfeindlichen Organisation solidarisiert. Würde Heiko Maas seine eigenen Worte ernst nehmen, müsste er nun die Jung-Genossen zur Ordnung rufen. Dass er dies nicht tut, legt die Vermutung nahe, dass ihm das Existenzrecht Israels nur dann wichtig ist, wenn er es gegen politische Gegner instrumentalisieren kann.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Die Pommerische Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2019: Inland 12 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 14,50 Euro, Luftpost 18,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem

Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der wahre Monte Christo

Der Schöpfer von „Die drei Musketiere“ starb vor 150 Jahren – Zum literarisch vorzüglichen Racheplan des Alexandre Dumas

VON HARALD TEWS

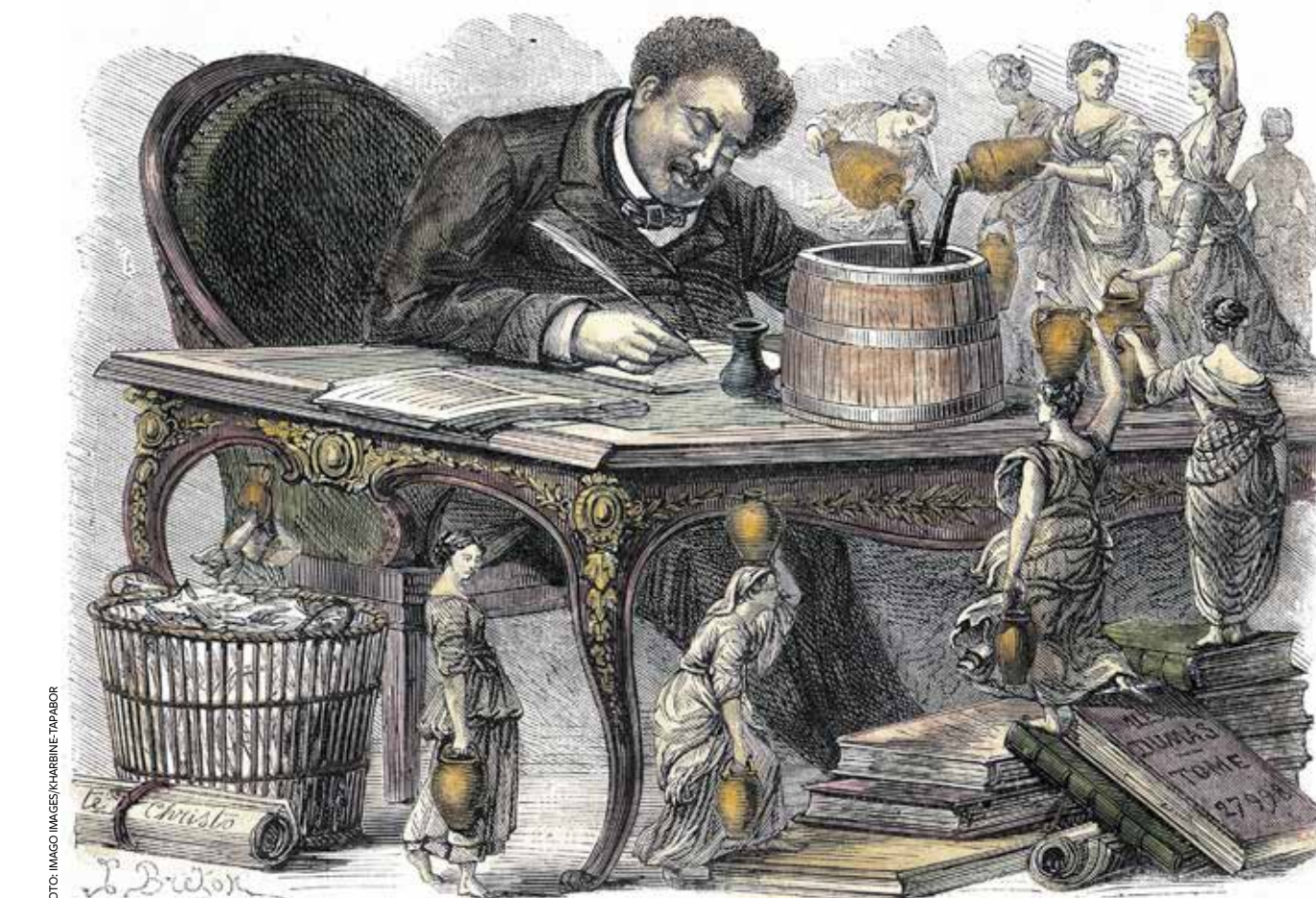
Sobald Errol Flynn oder Johnny Depp die Degen ziehen, schwingt auch immer etwas Alexandre Dumas mit. Seine Romane beflügelten Hollywood geradezu dazu, ein neues (Piraten-)Fass aufzumachen. Das Genre der Mantel-und-Degen-Filme wäre ohne „Die drei Musketiere“ oder den „Grafen von Monte Christo“ kaum denkbar.

Schaut man sich zeitgenössische Porträts des vor 150 Jahren gestorbenen Autors an, kann man ihn sich als Degenheld kaum vorstellen. Dem Genussmenschen sah man es an, dass er eher ein Freund der französischen Küche denn des sportiven Zweikampfs war. So betrachtete er als sein Hauptwerk nicht seine Mantel-und-Degen-Abenteuer, sondern sein 1871 postum veröffentlichtes „Grand Dictionnaire“, ein Kochbuch mit 1300 Rezepten auf 1155 Seiten. Eine kleine Auswahl davon ist jüngst bei Matthes & Seitz erschienen.

Dumas' Degen war die Schreibfeder, die er virtuos zu führen verstand und mit der er vergleichbar voluminöse Wälzer erzeugte, wie er an Körperfülle besaß. Laut dem Biographen Ralf Junkerjürgen wusste Dumas am Ende selbst nicht genau, ob er 300 oder 500 Bände publiziert hatte, von denen viele über 1000 Seiten dick sind. Seine dreiteilige „Musketier“-Reihe, von der allerdings nur der erste Teil über die königliche Eliteeinheit um Athos, Porthos, Aramis und d'Artagnan bis heute ein Kassenschlager geblieben ist, umfasst 4000 Seiten. Sein oftmals stark verkürzt veröffentlichter „Graf von Monte Christo“ bringt es im Original auf 1500 Seiten. Erst seit Kurzem sind beide Klassiker bei dtv vollständig nachzulesen.

Da die Romane zumeist als Feuilletonserie in Zeitungen erschienen waren, musste Dumas in der Regel täglich eine Folge abliefern. Je erfolgreicher die Geschichte beim Publikum ankam, desto mehr zögerte er das Ende hinaus. Das kann man als moderne Marketingstrategie bezeichnen, bei der sowohl der Autor als auch der Verlag auf ihre Kosten kamen.

Das alles lief auf ein schier unermessliches Arbeitspensum hinaus. Kaum waren 1844 „Die drei Musketiere“ erschienen, startete ab August „Der Graf von Monte-Christo“. Gleichzeitig arbeitete Dumas parallel an mehreren weiteren Ro-



Einer für alle, alle für einen: Die Danaiden füllen das Tintenfass des nach Schreibflüssigkeit durstigen Dumas nach

manen, darunter mit „Zwanzig Jahre danach“ den zweiten Teil der „Musketiere“.

Es gibt diese Karikatur von 1871, bei der kleine Danaiden ein Tintenfass des am Schreibtisch arbeitenden Dumas unaufhörlich nachfüllen. Der Mann muss für seine Werke rekordverdächtig literweise

Tinte „gesoffen“ haben. Dabei unterstützte ihn ein Heer von Assistenten. An seiner Fließbandproduktion war unter anderem der Autor Auguste Maquet beteiligt, der aber nie als Co-Autor erwähnt wird. Er lieferte, wie Junkerjürgen in seiner neuen, vorzüglichen Dumas-Biographie darstellt,

„den rohen Block, den Dumas dann wie ein Bildhauer bearbeitete“.

Als Maquet später vor Gericht die Nennung seiner Mitautorschaft einklagen wollte, ging er leer aus. „Dumas ohne Maquet wäre Dumas geblieben, aber was wäre Maquet ohne Dumas gewesen?“, soll das Gericht gefragt haben.

Also blieb er „Der andere Dumas“. So heißt auch eine Filmbiographie über Maquet von 2010. Die Rolle des Dumas spielt – natürlich – Gérard Depardieu, der davor schon den Monte Christo verkörpert hat. Auf „Blackfacing“, das Schwärzen des Gesichts, hat man verzichtet. Dabei war Dumas von dunkelhäutigem Aussehen. Sein Vater kam in Haiti als illegitimer Sohn eines französischen Marquis und einer schwarzen Sklavin zur Welt, brachte es aber in Frankreich bis zum General in der napoleonischen Revolutionsarmee.

Für Dumas war sein Vater so etwas wie ein vorbildlicher Romanheld. Seine frühe Aufnahme in ein Dragonerregiment des Königs inspirierte den Sohn zu der Figur des d'Artagnan in den „Drei Musketie-

ren“. Auch in den Grafen von Monte Christo flossen Züge des Vaters ein, der wie der Graf im Kerker saß, wo man ihn zu vergiften versuchte. Monte Christo kennt sich ebenfalls mit Gift gut aus.

Identifikation mit Monte Christo

Dumas, der 1802 nur ein Jahr nach der Entlassung des Vaters aus der Gefangenschaft geboren wurde, hat mit dem „Grafen von Monte Christo“ auch sein persönliches Rachegift ausgestreut. Wegen der spektakulären Flucht des 14 Jahre lang unschuldig eingekerkerten Grafen von der Gefängnisinsel Château d'If bei Marseille firmiert das Buch gemeinhin als Abenteuerroman. Doch es ist weit mehr als pure Unterhaltung, liefert der spätere Rachefeldzug des Grafen doch auch eine zeitkritische Analyse der Epoche von Napoleons Exil auf Elba bis zur Herrschaft des „Bürgerkönigs“ Louis-Philippe I.

Als dieser noch Herzog von Orléans war, arbeitete Dumas als Schreiber für ihn. Im Roman nimmt der Erzähler aber Partei für die Republikaner. Der restaurative Adel zieht gegen die Bonapartisten durchweg den Kürzeren. So ist einer der Sieger dieses Racheromans ein alter Girondist, der nach einem Schlaganfall nur noch mit Lidschattenbewegungen kommunizieren kann, womit Dumas erstmals in der Literatur das Locked-in-Syndrom beschrieben hat.

Ähnlich ausgeschlossen von der Welt musste sich Dumas wegen seiner Hautfarbe gefühlt haben. Der Graf von Monte Christo, der einen fast herzlosen Racheplan verfolgt, – das ist der von vielen verspottete Dumas selbst. Die Identifikation ging so weit, dass er ein eigenes Schloss, eine Jacht und eine Zeitschrift nach Monte Christo benannte.

Der märchenhafte Reichtum des in Gold und Juwelen badenden Grafen blieb für Dumas indes nur Illusion. Er ging verschwenderisch mit Geld um, verschuldete sich, floh vor Gläubigern und starb am 5. Dezember 1870 nahe Dieppe bei seinem Sohn Alexandre Dumas dem Jüngeren, dem Erfolgsautor des von Verdi mit der Oper „La Traviata“ vertonten Romans „Die Kameliendame“. Vier Tage nach dem Tod des alten Dumas besetzten die Preußen Dieppe. Die Mäntel und Degen des Deutsch-Französischen Krieges schrieben da längst ganz andere Abenteuer.

Buch-Neuerscheinungen zum Jubiläum

Alexandre Dumas:
„Die drei Musketiere“, ungekürzte Ausgabe, dtv, München 2020, Taschenbuch, 752 Seiten, 13,90 Euro



Ralf Junkerjürgen:
„Alexandre Dumas. Der vierte Musketier“, wbg Theiss, Darmstadt 2020, gebunden, 272 Seiten, 28 Euro



Alexandre Dumas:
„Kleines Wörterbuch der Kochkünste“, Matthes & Seitz, Berlin 2020, gebunden, 232 Seiten, 18 Euro



MUSIKTHEATER

Komisches Operndrama am Rhein

Die Kölner Oper steht wegen Sanierung leer – Ein Intrigantenstadl führt sie trotzdem auf

Kaum hat die Oberbürgermeisterin dem Jeck-Sein (Karneval) in Köln eine Auszeit erteilt, da wird die Narretei an anderer Stelle fortgeführt. Nach einigen Tagen voller Mutmaßungen teilte OB Henriette Reker offiziell mit, dass der Vertrag mit Opernintendantin Birgit Meyer nach 2022 nicht verlängert werden soll.

Ihre Begründung: „2022 wird unsere Oper zwölf Jahre im Interim sein und damit die gesamte zehnjährige Intendanz von Dr. Birgit Meyer. ... Nach den erfolgreichen zehn Jahren halte ich es für entscheidend, wenn mit einer neuen Intendanz der Umzug der Kölner Oper zurück an den Offenbachplatz mit einer neuen Handschrift beginnt. Daher habe ich mich dazu entschlossen, den zuständigen Gre-

mien keine Vertragsverlängerung vorzuschlagen.“

Die Absage an die geschätzte Intendantin findet nicht überall Zustimmung. Trotz gelegentlich verbreiteter Gerüchte über ein „schlechtes Betriebsklima“ und den „Führungsstil“ der Intendantin erklärten rund 100 Opernmitarbeiter in einem Offenen Brief an Reker und die Kulturdezernentin ihr Unverständnis über die angekündigte Nicht-Verlängerung der Intendanz mit Birgit Meyer. Sie sehen ihre Chef, „von außen torpediert“.

Nicht nur sie. Wie es sich für eine volksnahe komische Oper gehört, vermuten einige Kenner der Kölner Kulturszene einen Mann hinter dem Ränkespiel der beiden Frauen: Den über Köln hinaus

hoch gefeierten Generalmusikdirektor (GMD) Francois-Xavier Roth. Sein angespanntes Verhältnis zur Opernintendantin hat sich in den Lokalmedien herumgesprochen. Der GMD, dessen Vertrag 2025 ausläuft, soll, so mutmaßt der „Kölner Stadtanzeiger“, sein Verbleiben in Köln von einer Vertragsbeendigung mit der Opernintendantin Meyer abhängig gemacht haben. Kurz gesagt: Laut Gerücht opfert Reker Meyer, damit Roth bleibt. Komische Oper pur.

„Mit Hilfe einer externen Auswahlkommission“ und einem Personalberatungsunternehmen will die Stadt Köln die neue Opernintendanz finden. Manche hören „die Nachtigall trapsen“ und denken an die verpatzte Neubesetzung der

Schauspiel-Intendanz. Anfang 2019 verzichtete der bereits designierte neue Intendant Carl Philip von Maldeghem nach heftigen Attacken auf den Posten.

Ob die Opernintendanz bis 2022 überhaupt neu besetzt werden kann, steht in den Sternen. Das Opernhaus wird immer noch saniert. Aufführungen finden auf einer Ausweichbühne statt. Die Kosten sind von ursprünglich geplanten 253 Millionen auf mittlerweile über 840 Millionen Euro gestiegen – so teuer wie die Elbphilharmonie in Hamburg. Die Wiedereröffnung wurde Jahr um Jahr verschoben: 2023? 2024? 2025? Vielleicht aber auch erst Ende des Jahrzehnts? Welcher potentielle Bewerber lässt sich auf solch ein Vabanquespiel ein?

Siegfried Schmidtke

● MELDUNG

Geschlossen und beschlossen

Berlin, Potsdam – Wegen des verlängerten Teil-Lockdown kann die für den 17. Dezember geplante Eröffnung des Humboldt-Forums im wiederaufgebauten Berliner Schloss nicht stattfinden. Als Ersatz sind vom 16. Dezember an digitale Einblicke in das Gebäude und die Forumsangebote möglich. Ein alternativer Eröffnungstermin steht noch nicht fest. Nähere Informationen unter: www.humboldtforum.org. – Für positive Nachrichten sorgt ein anderes Wiederaufbauprojekt. Für die Potsdamer Garnisonkirche will die Bundesregierung weitere 4,5 Millionen Euro bewilligen. Damit sollen Mehrkosten, die beim Bau des Turmes anfallen, finanziert werden. *tws*

ALFRED DREGGER

Der „Gentleman“ aus der „Stahlhelm-Fraktion“

Der vor 100 Jahren geborene Politiker machte die CDU in Hessen stark und führte die Unions-Fraktion im Bundestag

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 30. Oktober 1989 präsentierte der Chefkomentator des DDR-Fernsehens, Karl-Eduard von Schnitzler, letztmalig seine Propagandasendung „Der schwarze Kanal“. Unter den ihm besonders verhassten Politikern der Bundesrepublik, die er in dieser Abschiedsagitatio noch einmal dezidiert herausstellte, war auch „Dregger“. Dass den Zuschauern der damalige CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende im Bundestag bekannt war, konnte Schnitzler voraussetzen, weder Vornamen noch Amt musste er eigens nennen.

Alfred Dregger war einer der prominentesten und profiliertesten CDU-Politiker der „Bonner Republik“. In nahezu jeder Charakterisierung findet sich die Zuschreibung „konservativ“, häufiger „nationalkonservativ“. Gegner ordneten ihn gern in eine von ihnen ausgemachte „Stahlhelm-Fraktion“ ein, womit diejenigen gemeint waren, die unter anderem konsequente deutschlandpolitische Positionen und eine klare Frontstellung gegen das SED-Regime vertraten. Dregger selbst verstand sich auch als liberal. Dass er andere Meinungen gelten ließ, wird ihm nicht nur von Freunden bescheinigt. Um ihn als Mann „alter Schule“ zu fassen, kam seinerzeit nicht einmal der „Spiegel“ umhin, die Apostrophierung „Offizier und Gentleman“ zu verwenden.

Dregger wurde vor 100 Jahren, am 10. Dezember 1920, in Münster geboren, sein Vater wirkte als Verlagsdirektor. 1939 erfolgte die Einberufung zur Wehrmacht, viermal wurde er verwundet, zuletzt hatte er den Rang eines Hauptmanns inne. Laut Mitgliederkartei gehörte er ab 1940 der NSDAP an. Möglich ist, dass die Aufnahme ohne Antrag erfolgte, etwa als „automatische“ Überführung aus der Hitlerjugend. Er selbst hat den Parteibeitritt bestritten.

Er hat früher polarisiert ...

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges studierte Dregger Rechts- und Staatswissenschaften in Tübingen sowie in Marburg, mit einer Arbeit über Haftungsfragen



Vor einer Großveranstaltung des Bundes der Vertriebenen am 28. April 1985 in der Beethovenhalle in Bonn mit BdV-Präsident Herbert Czaa (r.) und Herbert Hupka (M.): Alfred Dregger

Foto: pa

erfolgte die Promotion. Nach Referententätigkeiten wurde er 1956 Oberbürgermeister von Fulda. Bis 1970 blieb er im Amt. Diese Zeit bezeichnete er später als die glücklichste seines Lebens..

Dreggers Ambitionen reichten aber über die kommunale Ebene hinaus. 1962 wurde er hessischer Landtagsabgeordneter. 1967 übernahm er den Landesvorsitz der CDU. Spitzenkandidat für das Amt des Ministerpräsidenten war er erstmals 1970, auch bei den drei folgenden Landtagswahlen wurde er aufgestellt. Hatte die CDU in Hessen 1966 lediglich 26,4 Prozent erreicht, so erfolgte unter Dregger ein massiver Stimmenzuwachs. 1974 waren, als Höhepunkt, 47,3 Prozent erreicht. In seiner Ära nahm die Mitgliederzahl der Partei auf mehr als das Dreifache zu. Das große Ziel, als Regierungschef in die Wiesbadener Staatskanzlei einzuziehen, blieb ihm jedoch – trotz aller politischen Erfolge – versagt.

Seit 1972 hatte er ein Bundestagsmandat. Mit der Übernahme der Kanzlerschaft durch Helmut Kohl trat Dregger im Herbst 1982 dessen Nachfolge als Vorsitzender der Unionsfraktion an. Bezüglich des Führungsstils setzte er sich deutlich von Kohl ab. Im Gegensatz zu diesem neigte Dregger bei entscheidenden Fragen dazu, zunächst seine eigenen Auffassungen dazulegen, erst danach ließ er anderen Ansich-

ten Raum. Gegenüber Kohl war er loyal. Dieser wiederum wusste Dregger einzubinden, beispielsweise in der Koalitionsrunde, sodass der Kanzler letztlich die Kontrolle über die Fraktion behielt. In der Kießling-Affäre riet Dregger Kohl, gegen den öffentlichen Druck, Manfred Wörner als Verteidigungsminister zu halten. Nicht selten fühlte sich die Fraktion übergangen. Dregger brachte sie auf Linie, so etwa bei beim Milliardenkredit für die DDR. Er sah hier vor allem den Aspekt, dass der Honecker-Staat Gegenleistungen erbringen musste. 1991 musste er die Fraktionsführung an Wolfgang Schäuble abgeben. Einen ersten Anlauf, diesen Wechsel zu vollziehen, hatte es bereits 1988 gegeben. Dregger wurde „Ehrenvorsitzender“.

Eine Vielzahl von dezidierten Positionen werden mit ihm verbunden. Großes Thema war die Sicherheit. Im Inneren gerierte er sich in den 1970er Jahren als vehementer Verfechter des sogenannten

„Die Geschichte unseres Volkes umfasst nicht nur zwölf, sondern 1200 Jahre“

Alfred Dregger

VIKTORIA LUISE

Kaiser Wilhelms II. einzige Tochter

Die Witwe des letzten Herzogs von Braunschweig und Urgroßmutter des derzeitigen Königs von Spanien starb vor 40 Jahren

Am 13. September 1892 bekam das bislang letzte deutsche Kaiser- und preußische Königspaar mit Viktoria Luise nach sechs Söhnen als siebtes und letztes Kind doch noch eine Tochter. „Ich war der Liebling unserer ganzen Familie. Als jüngstes Kind und einziges Mädchen meiner Eltern erlebte ich mit meinen sechs Brüdern eine glückliche Kindheit“, hat sie selbst ihre ersten Lebensjahre kommentiert.

Ihre Hochzeit mit Prinz Ernst August von Hannover 1913 war das letzte große gesellschaftliche Ereignis des noch monarchisch geprägten Europa vor der Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts, dem Ersten Weltkrieg. Noch einmal kamen die Spitzenrepräsentanten der miteinander verschnippten und verschwägerten europäischen Herrscherhäuser zu einem glanzvollen Ereignis zusammen.

Energisch und populär

Es handelte sich um eine Liebesheirat. Sie diente aber auch der Versöhnung der

preußischen Hohenzollern mit den hannoverschen Welfen, nachdem 1866 als Ergebnis des Deutschen Krieges das Königreich Preußen das Königreich Hannover annektiert hatte. Als Geste der Versöhnung bekam der Enkel des letzten Königs von Hannover nicht nur vom preußischen König die Hand von dessen Tochter, sondern noch im selben Jahr vom preußisch dominierten Bundesrat das von den Welfen neben Hannover ebenfalls beanspruchte Herzogtum Braunschweig.

Der im Folgejahr ausbrechende Erste Weltkrieg mit seinen Zentralisierungstendenzen im Deutschen Reich ließ dem Herrscherpaar kaum die Gelegenheit, Profil zu gewinnen. Wie einst sein Großvater Georg V. nach dessen Entmachtung in Hannover durch Preußen wählte auch Ernst August nach seiner Entmachtung in Braunschweig durch die Revolutionäre das österreichische Exil. Mit seiner Familie bezog er das von seinem gleichnamigen Vater von 1882 bis 1886 bei Gmunden

für sich selbst als Exilsitz errichtete Schloss Cumberland.

Nachdem Ernst August 1924 unter anderem mit dem Schloss Blankenburg im Harz abgefunden worden war, bewohnte die Familie ab 1930 das Bauwerk. Am Ende des Zweiten Weltkrieges besetzten die Briten den Harz. Bevor sie mit dem Ostteil des Harzes auch das Schloss den So-

wjets überließen, ermöglichten sie der Familie den Umzug in das 1858 bis 1869 von Georg V. als Sommerresidenz, Jagdschloss und späteren Witwensitz auf dem Marienberg bei Hannover erbaute Schloss Marienberg. Dort starb 1953 Viktoria Luises Ehemann.

Nach dem Tode Ernst Augusts erwartete ihr gleichnamiger gemeinsamer ältester Sohn, dass sie sich aus dem öffentlichen Leben zurückzog und ihm samt seiner Ehefrau Ortrud Prinzessin zu Schleswig-Holstein-Sonderburg-Glücksburg das Feld überließ. Dazu war die sowohl resolute als auch beliebte Witwe jedoch nicht bereit. Dieses und Streit um ihre Apanage führten zu einer Entfremdung zwischen Mutter und Sohn, die schließlich 1956 zum Auszug Viktoria Luises aus dem Schloss führte. Ein ihr von Freunden in Braunschweig zur Verfügung gestelltes Haus wurde ihr nächstes Domizil. Im Herbst ihres Todesjahres wechselte sie dann in das Friederikenstift in Hannover. In Niedersachsens Haupt-

stadt ist Viktoria Luise dann auch vor 40 Jahren, am 11. Dezember 1980, gestorben. Unter großer Anteilnahme der Bevölkerung und auch von Prominenz wurde sie vor dem Welfenmausoleum im Berggarten in Hannover-Herrenhausen an der Seite ihres Mannes beigesetzt.

Großmutter des „Prügelprinzen“

Neben diversen Büchern über ihr Leben und ihre Familie hinterließ Viktoria Luise auch vier Söhne und eine Tochter. Ihr Ältester Ernst August ist der Vater des aktuellen Chefs des Hauses Hannover gleichen Namens, der 1999 Caroline Prinzessin von Monaco heiratete, die ältere Schwester des heutigen Fürsten Albert II. Viktoria Luises einzige Tochter Friederike Luise wurde als Ehefrau Pauls I. 1947 Königin von Griechenland. Die gemeinsame Tochter Sophia wurde als Ehefrau von Juan Carlos I. 1975 Königin von Spanien und brachte 1968 den jetzigen spanischen König Felipe VI. zur Welt.

Manuel Ruoff



Viktoria Luise



Am Tage der Unterzeichnung des Warschauer Vertrages vor dem „Denkmal der Helden des Ghettos“: Bundeskanzler Willy Brandt

Foto: Ullstein

NGUYEN NGOC LOAN

US-Asyl für einen Kriegsverbrecher

Für Corona-Zeiten ziemlich groß wurde in der Bundesrepublik aus Anlass des 75. Jahrestages des Beginns des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher der Internationale Militärgerichtshof (IMG) als Fortschritt in der Geschichte des Völkerrechts gefeiert. Die von den Siegern des vorangegangenen Weltkrieges und Besatzungsmächten Deutschlands gestellten Richter verurteilten von den 24 angeklagten Deutschen sieben zu langjährigen oder lebenslangen Haftstrafen. Jeder zweite Angeklagte wurde zum Tode verurteilt.

Nun sind gegen Feinde verhängte harte Gerichtsurteile noch kein Ausweis moralischer und politischer Vorbildlichkeit. (Schließlich verhängte das stalinistische Regime in der Sowjetunion auch harte Gerichtsurteile gegen seine Feinde.) Das Gesagte gilt auch für den Fall, dass es sich bei den verurteilten Feinden um Kriegsverbrecher handelt. Von Vorbildlichkeit lässt sich vielmehr erst dann sprechen – und das ist der Lackmustest –, wenn gegen Kriegsverbrecher aus dem eigenen Lager nicht weniger strenge Urteile verhängt werden als gegen solche des Feindes.

Dem Lager des Hauptinitiators des IMG, der USA, zuzurechnen ist der Kriegsverbrecher Nguyen Ngoc Loan. Dem vor 90 Jahren, am 11. Dezember 1930, in der später zur prowestlichen Republik Vietnam gehörenden Stadt Hue geborenen Sohn eines Maschinenbauingenieurs war es beschieden, als Pilot bei den südvietnamesischen Luftstreitkräften Nguyen Cao Ky zum Kameraden zu haben und sich mit ihm anzufreunden. Ky machte Karriere, und das nicht nur beim Militär. Nach dem Militärputsch gegen Ngô Đình Diem wurde der Mitverschwörer 1965 Ministerpräsident Südvietnams. Seinem guten Freund Loan zog er nach und machte ihn unter anderem im Jahre 1966 zum Generaldirektor der Nationalpolizei.

Zwei Jahre später schrieb Loan während der Tet-Offensive Geschichte. Am 1. Februar 1968 erschoss er den wehrlosen, gefesselten Gefangenen der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams (NFB) Văn Lém in Saigon auf offener Straße. Nicht nur, dass eine Kamera mitlief, der US-Fotograf und Kriegsjournalist Eddie Adams drückte



Nguyen Ngoc Loan erschießt Nguyen Văn Lém

Foto: pa

auch noch im entscheidenden Moment auf den Auslöser. Das Bild und die Filmaufnahme gingen um die Welt. Das Verbrechen war nicht zu leugnen.

Vor der Eroberung Saigons durch die Truppen Nordvietnams und der NFB floh Loan wie Ky und viele andere südvietnamesische Funktionäre 1975 in die Vereinigten Staaten. Statt Loan wegen seines Kriegsverbrechens juristisch zu verfolgen oder wenigstens auszuweisen, gewährten die USA ihm Asyl. Am 14. Juli 1998 starb Loan als freier Mann in Burke, Virginia, an Krebs. Manuel Ruoff

VON BJÖRN SCHUMACHER

NEUE OSTPOLITIK

Willy Brandts Kniefall von Warschau

Vor 50 Jahren besuchte der Kanzler die Hauptstadt zur Unterzeichnung des „Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“

Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen über die Grundlagen der Normalisierung ihrer gegenseitigen Beziehungen“ (Warschauer Vertrag) wurde als bilateraler Vertrag am 7. Dezember 1970 von Bundeskanzler Willy Brandt und dem polnischen Ministerpräsidenten Józef Cyrankiewicz sowie den Außenministern der Bundesrepublik und Polens, Walter Scheel und Stefan Jędrzychowski, unterzeichnet und am 17. Mai 1972 vom Deutschen Bundestag ratifiziert. Vertragsinhalt war die Zusicherung beider Staaten, ihre aktuellen Grenzen als „unverletzliche“ zu respektieren und keine Gebietsansprüche gegen die jeweils andere Seite zu erheben. Auf das Prinzip der Gewaltfreiheit nach der Charta der Vereinten Nationen wurde ausdrücklich verwiesen. Der Warschauer Vertrag lief auf eine „Quasi-Anerkennung“ der Oder-Neiße-Linie als polnischer Westgrenze hinaus.

Weil die Bundesrepublik infolge ihrer begrenzten Souveränität keine völkerrechtlich wirksame Anerkennung erklären konnte, wurde der polnischen Regierung ein Notenwechsel mit den westlichen Alliierten Vereinigte Staaten, Großbritannien und Frankreich zugeleitet. Darin war klargestellt, dass die Bundesregierung „nur für die Bundesrepublik“ handle und die Rechte der Siegermächte keinesfalls berührt würden. Der Vorbehalt aus den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz, die endgültige Regelung der Grenzen einem „Friedensvertrag“ zu überlassen, blieb damit gewahrt. „Gegenleistung“ der Volksrepublik Polen war die Zusage, in begrenztem Umfang Personen in die Bundesrepublik ausreisen zu lassen, die als deutsche Volksangehörige betrachtet wurden.

Symptom eines Zeitgeistwandels

Als Blaupause des Warschauer Vertrags diente das Görlitzer Abkommen zwischen der DDR und Polen vom 6. Juli 1950. Unter Missachtung der Friedensvertragsklausel und der Vier-Mächte-Verantwortung für Deutschland als Ganzes beschrieb dieses Abkommen die Demarkationslinie an Oder und Lausitzer Neiße als „Staatsgrenze zwischen Deutschland und Polen“. Im Jargon des SED-Staats etablierte sich der Euphemismus von der „unantastbaren Friedens- und Freundschaftsgrenze“. Allerdings

hatte die DDR zunächst Grenzkorrekturen angemahnt – etwa eine strikte Orientierung am Flusslauf der Oder, was zur Eingliederung der verkehrswichtigen Hafenstädte Stettin und Swinemünde in den Arbeiter- und Bauernstaat geführt hätte. Auf Druck Josef Stalins musste sie letztlich darauf verzichten.

Historischer Nachfolger des Warschauer Vertrags ist der deutsch-polnische Grenzvertrag vom 14. November 1990. Das vereinigte und – nach herrschender Völkerrechtslehre – durch den „Zwei-plus-Vier-Vertrag“ über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland“ souverän gewordene Deutschland erkannte die Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze an und verzichtete auf „Gebietsansprüche“. Von einem künftigen Friedensvertrag war keine Rede mehr, weil das Zwei-plus-Vier-Abkommen vom 12. September 1990 wesentliche Elemente eines solchen Vertrags vorwegnahm. Ohnehin hätten die Alliierten

als „Herren“ des Potsdamer Abkommens ihr Regelwerk jederzeit ändern und die Friedensvertragsklausel ersatzlos streichen können.

Innenpolitisch gehört der Warschauer Vertrag zu den Wendepunkten in der noch jungen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Waren die 50er und 60er Jahre von Wiederaufbau, Wirtschaftswunder und einem Antitotalitarismus geprägt, der sich gleichermaßen gegen Kommunismus und Nationalsozialismus richtete, entwickelte sich nun – unter dem Einfluss der „Kritischen Theorie“ – eine antifaschistische „Unterströmung“.

NS-Verbrechen gerieten stärker in den Fokus öffentlicher Wahrnehmung und strafrechtlicher Aufarbeitung. Am 1. Oktober 1965 publizierte die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) eine auch „Ostdenkschrift“ genannte Standortbestimmung: „Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“. In

Die weiteren Unterzeichner des Warschauer Vertrages



FOTO: BUNDESARCHIV, BILD 146-1989-247-200 (CC-BY-SA 3.0)

Walter Scheel war als Vorsitzender des kleinen Koalitionspartners FDP sowie als Außenminister und Vizekanzler neben Willy Brandt eine der tragenden Säulen der sozialliberalen Neuen Ostpolitik



FOTO: IMAGO IMAGES

Józef Cyrankiewicz war von 1947 bis 1952 und 1954 bis 1970 Polens Ministerpräsident. In dieser Eigenschaft hatte er vor dem Warschauer Vertrag bereits 1950 das Görlitzer Abkommen unterzeichnet



FOTO: MAURITIUS

Stefan Jędrzychowski war von 1968 bis 1971 Polens Außenminister. Es folgten Tätigkeiten als Finanzminister von 1971 bis 1974 und als Botschafter in der Volksrepublik Ungarn von 1974 bis 1978

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Juli 1657 erklärte Friedrich III. von Dänemark und Norwegen dem Nachbarn Schweden den Krieg. Dabei wähnte er sich angesichts der übermächtigen Marine Dänemarks derart sicher, dass er auf seiner Hauptinsel Seeland kein Heer zusammenzog. Diesen Fehler sollte Friedrich im darauffolgenden Winter bitter bereuen. Da nämlich marschierten die Truppen von Karl X. Gustav von Schweden über den zugefrorenen Kleinen und Großen Belt nach Seeland, woraufhin der paralyisierte König der Dänen und Norweger am 24. Februar 1658 den Frieden von Roskilde unterzeichnen musste, der ihm schmerzliche Gebietsverluste bescherte. Das Ganze war eine der vielen Auswirkungen der sogenannten „Kleinen Eiszeit“, die von etwa 1250 bis 1850 andauerte. In deren Verlauf sank die globale Durchschnittstemperatur um bis zu zwei Grad, was unter anderem Missernten, Hungersnöte und Teuerungen sowie daraus resultierende soziale Unruhen zur Folge hatte.

Besonders kalt fiel dabei die Phase zwischen 1645 und 1715 aus, die als Maunder-Minimum bezeichnet wird. Weitere heftige Temperaturstürze gab es auch während des Dalton-Minimums von 1790 bis 1830, des Spörer-Minimums von 1420 bis 1570 und des Wolf-Minimums von 1280 bis 1340. Ursache waren in jedem Falle Vulkanausbrüche, durch die große Mengen Asche und Gase in die Erdatmosphäre gelangten, Änderungen der Erdumlaufbahn sowie eine verringerte Aktivität der Sonne.

Der Abstand unseres Planeten zur Sonne schwankt – je nachdem, ob er mehr kreisförmig oder mehr elliptisch um das Zentralgestirn kreist. Dazu kommt das rhythmische Kippen der Erdatmosphäre: Je stärker diese geneigt ist, desto kälter kann es werden.

Sonnenflecken sind entscheidend

Den größten Einfluss auf die globale Temperaturentwicklung übt jedoch ganz offensichtlich die Sonne aus. Sie strahlt mal kräftiger und mal schwächer – das resultiert aus Veränderungen ihrer inneren Magnetfelder, die ähnlich wie bei einem elektrischen Dynamo Energie erzeugen. Markantester Ausdruck solcher Abweichungen ist die Zahl der Sonnenflecken, welche teilweise schon mit bloßem Auge beim Auf- und Untergang der Sonne oder einfachen Fernrohren zu sehen sind. Gibt es viele solcher dunkler Stellen auf der Oberfläche unseres Zentralgestirns, dann nimmt dessen Strahlung zu, werden sie weniger oder verschwinden sie komplett, geht die Strahlungsintensität zurück. Während des Maunder-Minimums erschienen lediglich 50 Sonnenflecken, und von 1672 bis 1704 gab es überhaupt keine – normal wären einige Tausend gewesen.



Bald ein gewohntes Bild jedes Jahr? Wintereinbruch in Hamburg 2005

Foto: pa

KLIMA

Erderwärmung? Vielleicht passiert auch das genaue Gegenteil

Mehrere Wissenschaftler kommen mit unterschiedlichen Modellen zum gleichen Ergebnis: Der Erde steht womöglich eine neue Eiszeit bevor

Im 20. Jahrhundert befand sich die Sonne hingegen in einer ungewöhnlich aktiven Phase, dem „Modernen“ beziehungsweise „Großen Maximum“, als dessen Höhepunkt die Jahre 1957/58 gelten. Zwischen 1950 und 2000 lag die Zahl der Sonnenflecken doppelt so hoch wie zum Ende der „Kleinen Eiszeit“, allerdings mit deutlich abnehmender Tendenz. Das nährte ab etwa 1970 die Befürchtung, unserem Planeten stehe eine baldige neue Kälteperiode bevor. So warnte die Presse damals fast unisono vor dem kommenden „Cold Snap“ (Kälteeinbruch) und der „Spiegel“ schrieb am 12. August 1974, die Klimaabkühlung könnte zum Verhungern von einer Milliarde Menschen führen.

Zum Ende der 1980er Jahre hin verdrängte dann freilich das gegensätzliche Narrativ von der globalen Erwärmung die Warnungen vor der kommenden Eiszeit. Seitdem war in wachsendem Maße davon die Rede, dass die Temperatur nicht sin-

ken, sondern kontinuierlich steigen werde und der Mensch mit seinen Emissionen daran schuld sei. Nun liegen jedoch neue wissenschaftliche Erkenntnisse vor, welche das Szenario von einer drohenden Eiszeit doch nicht so unrealistisch erscheinen lassen, wie das Gros der Klimaforscher es heute gerne hätte.

So untersuchten Dan Lubin und David Tytler von der Universität von Kalifornien in San Diego mehr als 30 sonnenähnliche Sterne, die gerade ein starkes Aktivitätsminimum aufweisen, um abzuschätzen, wie weit sich die Strahlung unseres Gestirns im Vergleich zu heute abschwächen könnte. Dabei kamen sie auf einen Wert von immerhin bis zu sieben Prozent. Allerdings vertreten Lubin und Tytler die Ansicht, dass die hierdurch verursachte Abkühlung erst ab 2050 einsetzen werde.

Dahingegen erwartet die aus der Ukraine stammende Mathematikerin Valentina Zharkova von der Northumbria-

Universität in Newcastle den Beginn der nächsten „Kleinen Eiszeit“ aufgrund der reduzierten Sonnenaktivität bereits 2021, wonach die Zahl der Sonnenflecken bis in die 2030er Jahre hinein um 60 Prozent zurückgehen – wie während des Maunder-Minimums. Das mathematische Modell vom Zharkova hat angeblich eine Vorhersagegenauigkeit von 97 Prozent.

Andere Forscher halten dagegen

Die dritte alarmierende Nachricht stammt von Martin Mlynčzak vom Langley Research Center der NASA. Er verweist auf Daten des Forschungssatelliten TIMED, welcher die Verhältnisse in der oberen Erdatmosphäre untersucht und eine deutliche Abkühlung registriert hat. Für Mlynčzak ist dies die Folge der verminderten Sonnenaktivität. Gleichzeitig meint der Wissenschaftler aber, die Messungen von TIMED stünden nicht im Widerspruch zu der herrschenden Meinung

vom Temperaturanstieg in den unteren Bereichen der Lufthülle unseres Planeten.

Ähnlich argumentieren auch all jene, die unerschütterlich an der These von der menschengemachten globalen Erwärmung oder gar „Erhitzung“ festhalten, so wie beispielsweise die Mitarbeiter des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung (PIK), das den Weltklimarat IPCC unterstützt, der wiederum den Takt im „Kampf gegen den Klimawandel“ vorgibt.

Zwar hüten diese sich, die eindeutigen wissenschaftlichen Befunde hinsichtlich der Schwankungen der Sonnenaktivität offiziell anzuzweifeln, behaupten aber, der möglicherweise bevorstehende Rückgang bei der Strahlungsintensität unseres Zentralgestirns werde kaum nennenswerte Auswirkungen zeitigen. Denn er könne nur zu einer Abkühlung von maximal 0,3 Grad führen, wohingegen der drohende Temperaturanstieg durch die ausgestoßenen Treibhausgase vier Grad betrage.

SPIELWAREN-RENAISSANCE

Die eigene heile Welt zu Hause

Zurück zu Modelleisenbahn und Co.: Der Lockdown beschert Firmen wie Märklin einen unverhofften Aufschwung

Die Corona-Krise trifft viele Einzelhändler. Etliche fürchten um ihre Existenz, beklagen den Verlust von Kunden an den Online-Handel. Doch es gibt auch Branchen, die von der aktuellen Situation profitieren. Längst aus der Mode gekommene Spielwaren wie die Miniatur-Eisenbahn erfreuen sich plötzlich wieder großer Beliebtheit.

„Es gibt extrem viele Leute, die sich neu mit dem Hobby beschäftigen und Aufbauhilfe brauchen“, freut sich der Geschäftsführende Gesellschafter Florian Sieber über die Kunden des Göppinger Unternehmens Märklin, das zuletzt eine rege Nachfrage bei seiner Service-Hotline

verzeichnete. „Die Auftragslage ist extrem positiv“, so Sieber zum „Handelsblatt“. Probleme gebe es allerdings dennoch. „Wir können die Neuheiten nicht in der Größenordnung liefern, wie wir das geplant hatten“, erläutert der Märklin-Manager. Denn im Frühjahr, als die Geschäfte des Einzelhandels geschlossen waren, standen auch die Produktionsstätten teilweise still.

„Corona-Zeit ist Familien-Zeit“

Die Spielwarenbranche zähle generell zu den Gewinnern der Pandemie, betont Ulrich Brobeil vom Deutschen Verband der Spielwarenindustrie. „Die Entwicklung

zeigt erneut, dass an Spielzeug nicht gespart wird.“ Der Verband verzeichnet eine Umsatzsteigerung in zweistelliger Höhe bei seinen Mitgliedern. „Corona-Zeit ist Familien-Zeit“, so der Geschäftsführer des Bundesverbands des Spielwaren-Einzelhandels, Steffen Kahnt. Die Verbraucher in Deutschland würden deshalb mehr Geld für Spielzeug ausgeben. Den Prognosen zufolge werden es am Ende des Jahres 3,7 Milliarden Euro sein, acht Prozent mehr als im Vorjahr.

Die Branche setzt vor allem auf das anlaufende Weihnachtsgeschäft. Auch die Tatsache, dass viele Menschen derzeit Freizeitaktivitäten draußen meiden und

die Winterurlaubs-Saison wohl ausfallen wird, könnte für einen weiteren Umsatzboom sorgen.

Für Probleme könnte, wie der Fall Märklin zeigt, die teilweise schleppende Produktion sorgen. Die Firma produziert seit Jahren in Ungarn, dort stand eine Fabrik zwei Monate lang still. „Die Leute sind in der Zeit zum Glück bereit, länger auf die Produkte zu warten. Dennoch ist es für uns ärgerlich“, sagt Sieber.

Früher galt die Modelleisenbahn als zeitintensives und vor allem teures Hobby. Im Vergleich zu elektronischen Unterhaltungsmedien sind die Produkte aber verhältnismäßig günstig geworden. Und

Zeit spielt angesichts der derzeitigen Situation ohnehin eine eher untergeordnete Rolle. „Den Herstellern ist es gelungen, das Hobby stärker zu emotionalisieren, einen Imagewandel zu erreichen und neue Zielgruppen jenseits der klassischen Klientel anzusprechen“, sagt Brobeil und fügt hinzu: „Man kann sich seine eigene heile Welt bauen, unabhängig von dem, was draußen passiert.“

Märklin richtet den Blick schon auf die Zeit nach der Pandemie. Die aktuelle Situation sei eine „gute Gelegenheit neue Kunden zu gewinnen, die Herausforderung bestehe darin, sie langfristig zu halten“, erklärt das Unternehmen. *Peter Entinger*



MÜLLVERBRENNUNG IN ALLENSTEIN

Energiegewinnung aus Abfällen

Ein modernes Kraft-Wärme-Kopplung-Heizkraftwerk soll die Stadt gemäß EU-Normen versorgen

VON DAWID KAZANSKI

Allenstein ist eine dynamisch wachsende Stadt und benötigt immer mehr Wärmeenergie. Der Bau eines neuen Heizkraftwerks wurde auch deshalb notwendig, weil der Konzern Michelin 2010 den Vertrag über die Lieferung von Wärme für die Bewohner einiger Siedlungen gekündigt hatte. Eine Teilreaktion darauf war der Bau eines Bioheizwerks in Kortau, das jedoch nicht in der Lage ist, so viel Wärme zu erzeugen, wie benötigt wird.

Daher haben die Stadtbehörden gemeinsam mit dem städtischen Wärmeenergieunternehmen nach einer anderen Lösung gesucht. Schließlich wurde ein Konzept erarbeitet, das es einerseits möglich macht, ohne Kohleverbrennung auszukommen und damit der von der Europäischen Union postulierten „Klimaneutralität“ näherzukommen, andererseits aber auch das Problem der Abfallentsorgung zu lösen. Vor Kurzem wurde mit dem Bau einer modernen Verbrennungsanlage begonnen, die sowohl die Müllentsorgung als auch die Energierückgewinnung ermöglichen soll.

Das neue Heizkraftwerk, das in der Karl-Roensch-Straße errichtet wird, ist die wichtigste Investition der Stadt in den letzten Jahren. Unter Berücksichtigung der EU-Politik in Bezug auf die Emissionsreduzierung von Kohlendioxid, Staub, Schwefel und Stickoxiden, die angeblich zur Beschleunigung der globalen Klimaerwärmung beitragen, soll der Neubau das Heizsystem von Allenstein grundlegend verändern. Das kohlebetriebene Heizkraftwerk von Michelin wird durch eine Anlage für die thermische Umwandlung von Abfällen mit den strengsten Emissionsvorschriften ersetzt.

Das wichtigste Merkmal dieser „Energieevolution“ wird die Verwendung von lokalen Abfällen sein. Wärme wird dabei im Prozess der sogenannten Kraft-Wärme-Kopplung erzeugt. Das bedeutet, dass man zur gleichen Zeit Strom und



Hier entsteht ein neues Heizkraftwerk: Baustelle in der Karl-Boensch-Straße

Foto: D.K.

Nutzwärme herstellt. Das Projekt wird von einem Konsortium durchgeführt, das sich aus der südkoreanischen Firma Doosan Heavy Industries and Construction sowie der deutschen Firma Dossan Lentjes zusammensetzt. Das Unternehmen Strabag wird die Bauarbeiten durchführen. In der Hochbetriebsphase sollen auf der Baustelle 800 bis 1000 Menschen arbeiten.

Die neue Wärmeanlage soll schon in naher Zukunft das Heizkraftwerk von Michelin reibungslos und ohne Unterbrechung der Wärmeversorgung an den Endverbraucher ersetzen. Laut Planung soll es im Jahr 2023 so weit sein. Auf diese Weise erhält Allenstein in drei Jahren eine Technologie, die heute in führenden Heizkraftwerken auf der ganzen Welt eingesetzt wird. Die neue Anlage soll sich

durch einen hohen Wirkungsgrad und sehr niedrige Emissionswerte auszeichnen. Die Verbrennungsanlage, deren Kernstück ein Kraftwerksblock für die thermische Umwandlung alternativer Brennstoffe und ein Gas-Öl-Spitzenlastkesselhaus werden sollen, wird mit einer Anlage zur Begrenzung der Emission von Stickoxiden sowie mit Systemen zur Überwachung des Ausstoßes von Quecksilber, Dioxinen und Furanen ausgestattet.

Effizient und umweltfreundlich

In Vorbereitung auf den Bau des neuen Heizkraftwerks sollte der örtlichen Gesellschaft durch viele Beiträge in den Medien und durch eine öffentliche Debatte bewusst gemacht werden, dass der Abfall, der täglich in den Mülltonnen lan-

det, ein wertvoller Rohstoff mit hohem Energiewert sei. Ein großer Vorteil der Einrichtung sei, dass Anlagen dieser Art der effizienten Nutzung von Abfällen die Mülldeponien reduzieren und so die Umwelt schützen.

Nach dem Siegerentwurf des Architekten Maciej Powązka soll der Gebäudekomplex des neuen Öko-Heizkraftwerks einerseits mit der Zivilisation und andererseits mit der Natur in Verbindung gebracht werden. Die Elemente des Gebäudes bestehen aus grauen, unregelmäßigen Vielecken, die im Feld verstreuten Steinen ähneln sollen. Die Fassaden werden mit grünen Einschnitten versehen, die an Grashalme erinnern sollen, die auf einer Wiese wachsen. Das ganze Bauprojekt wird rund 800 Millionen Euro kosten.

MELDUNGEN

Ausbau der Krankenhäuser

Ortelsburg – Im südlichen Ostpreußen gibt es 22 Krankenhäuser mit Covid-Abteilungen und fast 1200 Betten. Da bereits 70 Prozent der Betten und 73 Prozent der Beatmungsgeräte belegt sind, werden neue Lösungen gesucht. Daher wurden zwei temporäre Krankenhäuser nur für Corona-Patienten in Ortelsburg und in Neidenburg eingerichtet. In Ortelsburg wurden 70 Plätze für Covid-Patienten geschaffen. Die Ausrüstung ist bereits geliefert worden: Beatmungsgeräte, Kardiomonitore und andere medizinische Geräte, die nun in Betrieb genommen werden, damit Anfang Dezember mit der Aufnahme von Patienten begonnen werden kann. In Ortelsburg wurde ein neuer Flügel des Krankenhauses in Betrieb genommen. Zur Arbeit im Covid-Krankenhaus in Ortelsburg meldeten sich 33 Ärzte und mehr als 100 Mitarbeiter. Derzeit befinden sich im Krankenhaus in Ortelsburg elf Patienten mit dem Coronavirus. E.G.

Schloss wird saniert

Schmolainen – Das Schloss Schmolainen, Bischofsresidenz und eines der schönsten Barockdenkmäler Ostpreußens, soll restauriert werden. Für die Reinigung sowie Verstärkung der Kellerwände und -fundamente, die Drainage mit Isolation, die Freilegung der Decken, die Reparatur der Simse, die Reinigung der Schornsteine, die Dacheindeckung und die Modernisierung der Elektroleitungen hat der Kreis Allenstein umgerechnet knapp 18.000 Euro beigesteuert. Zuvor waren bereits rund 83.000 Euro durch die Initiative einer Gruppe, bestehend aus dem Allensteiner Landrat, dem Ermlandischen Metropoliten und Erzbischof, dem ermlandisch-masurischen Woiwoden und dem Bürgermeister von Guttstadt, bereitgestellt worden. PAZ

KÖNIGSBERG

Erster Kleinbus aus russischer Herstellung im Einsatz

Zu den weißrussischen Fahrzeugen des städtischen Unternehmens „KaliningradGorTrans“ gesellt sich ein heimisches hinzu

Vor den Spielen der Fußballweltmeisterschaft 2018 wurde der öffentliche Nahverkehr im Königsberger Stadtgebiet erheblich modernisiert. Diese Veränderungen haben sich sowohl auf das Streckennetz als auch auf die Transportmittel ausgewirkt. Damals wurde ein Verfahren für das Recht, die städtischen Strecken zu bedienen, ausgeschrieben. Ein großer Teil der Strecken wurde anschließend „KaliningradGorTrans“ übertragen.

Das städtische Unternehmen hatte 130 neue Busse der weißrussischen Firma MAZ geleast. Diese sind dank ihrer leuchtend orangenen Farbe auf den Straßen der Stadt gut erkennbar. Sie ersetzen die gebrauchten MAN-Busse, die lange im Einsatz waren. Trotz ihres ehrwürdigen Alters und des Rußes, den viele von ihnen in großen Mengen ausstießen, galten die alten deutschen Busse als komfortabler und geräumiger denn die neuen weißrussi-



Kleinbus aus russischer Herstellung: „Gazelle City“

Foto: J.T.

schen. In den neuen Bussen gibt es wenige Sitzplätze und wegen eines Höhenunterschieds im Boden des Fahrgastraums ist das Stehen bei höherer Geschwindigkeit nicht so angenehm.

Deutsche Busse sind bequemer

Bislang gab es keine weiteren Neuerungen bei der Fahrzeugflotte der Königsberger Stadtverkehrsbetriebe. Seit Kurzem erst kursiert der erste Bus aus russischer Herstellung, der auch die Beförderung von Rollstuhlfahrern oder Passagieren mit Kinderwagen ermöglicht. Drei Sitze können für diesen Zweck hochgeklappt werden.

Vermutlich wird es in Zukunft mehr solcher Fahrzeuge des Typs „Gazelle-City“ geben. Das erste fährt auf einer der städtischen Routen. Das Fahrzeug hat eine Kapazität von 22 Passagieren bei 17 Sitzplätzen. Der Fahrgast kann be-

quem in den Bus einsteigen, da es sich um einen sogenannten Niederflerbus handelt. Nur für den Fahrer gibt es Unannehmlichkeiten, wenn ein Passagier eine Fahrkarte direkt bei ihm kaufen möchte. Denn die Einstiegstür ist in die Mitte der Fahrgastkabine verschoben worden. Möglicherweise wird deshalb bald die Stelle eines Schaffners eingerichtet oder ein Fahrscheinautomat aufgestellt.

Im kommenden Jahr plant die Stadtverwaltung die Erneuerung des öffentlichen Nahverkehrs mit Bussen, die mit Gasmotoren betrieben werden. Der Haushaltsentwurf für 2021 sieht umgerechnet rund 1,5 Millionen Euro für den Kauf von Transportmitteln vor. Davon werden 390.000 Euro ausgegeben an Leasinggebühren für die im Jahr 2016 von der belarussischen MAZ an die Stadt gelieferten Fahrzeuge.

Jurij Tschernyschew

Wir gratulieren...



ZUM 99. GEBURTSTAG

Breuer, Emma, geb. **Usko**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Olschewski, Günter, aus Steinkendorf, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Walpuski, Heinrich, aus Roggen, Kreis Neidenburg, am 6. Dezember

ZUM 98. GEBURTSTAG

Loetz, Heinz, aus Mortung, Kreis Mohrungen, am 6. Dezember
Olk, Edith, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember
Wolff, Christel, geb. **Olk**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 5. Dezember

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ebert, Christel, geb. **Koriat**, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 7. Dezember
Gruber, Edeltraud, geb. **Klipp**, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 7. Dezember
Petricke, Gertrud, geb. **Witt**, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 5. Dezember

ZUM 96. GEBURTSTAG

Klein, Gertrud, geb. **Winkler**, aus Trenk, Kreis Fischhausen, am 5. Dezember
Pabsch, Gertrud, geb. **Rinka**, aus Fließdorf, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Schwill, Horst, aus Königsberg, am 6. Dezember

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fricke, Christel, aus Lyck, am 10. Dezember

Panneck, Willy, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 7. Dezember
Umlauff, Ilse, aus Mulden, Kreis Lyck, am 7. Dezember

ZUM 94. GEBURTSTAG

Jorkowski, Herbert, aus Moddelkau, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Kutz, Bruno, aus Lisken, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Moehrke, Karl-Heinz, aus Lyck, am 5. Dezember
Peper, Kurt, aus Sarkau, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember
Platzek, Helmut, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 6. Dezember
Staschik, Hilde, geb. **Kalinowski**, aus Dippelsee, Kreis Lyck, am 6. Dezember
Teske, Hildegard, geb. **Suchert**, aus Rudau, Kreis Fischhausen, am 7. Dezember

ZUM 93. GEBURTSTAG

Lenski, Kurt, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Liebner, Hannelore, geb. **Rogalla**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, am 5. Dezember
Nippert, Ursel, geb. **Schulz**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 9. Dezember
Zehdow, Christel, geb. **Samorski**, aus Wilhelmsthal, Kreis Ortelsburg, am 9. Dezember
Zintarra, Helmut, aus Ortelsburg, am 4. Dezember

ZUM 92. GEBURTSTAG

Eisner, Karl-Heinz, aus Wiese, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Laskowski, Christel, aus Georgsfelde, Kreis Lyck, am 10. Dezember
Schirmer, Hildegard, geb. **Czarnetzki**, aus Vierbrücken, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Steinbrücker, Klaus, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Stetza, Karl, aus Allendorf, Kreis Neidenburg, am 4. Dezember

ZUM 91. GEBURTSTAG

Brennig, Hildegard, geb. **Trott**, aus Lissau, Kreis Lyck, am 8. Dezember
Dyck, Albrecht, aus Schillen, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Dezember
Gerkens, Hildegard, geb. **Pe-trusch**, aus Groß Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 6. Dezember
Haase, Maria, geb. **Kurzbach**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember
Kwauka, Edith Wally, geb. **Mat-zeit**, aus Nimmersatt, Kreis Memel, am 9. Dezember
Rieck, Ursula, geb. **Pliquett**, aus Ebenrode, am 4. Dezember
Roders, Johanna, geb. **Kurzbach**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 5. Dezember
Schreiber, Erika, geb. **Pren-gel**, aus Allenstein, am 5. Dezember
Schwietzer, Ursula, geb. **Plessa**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Tempel, Siegfried, aus Königs-dorf, Kreis Mohrungen, am 9. Dezember
Töpfer, Elisabeth, geb. **Baltru-schat**, aus Drusken, Kreis Ebenro-de, am 10. Dezember

ANZEIGE

Sonderzugreisen nach
Masuren - Königsberg - Danzig
Tel.: 07154/131830 www.dnv-tours.de

ZUM 90. GEBURTSTAG

Benecke, Elisabeth, geb. **Schrade**, aus Grünwiese, am 4. Dezember
Gutt, Erwin, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 6. Dezember
Kruska, Horst, aus Gellen, Kreis Ortelsburg, am 10. Dezember
Lasarzewski, Helmut, aus Lan-genhöh, Kreis Lyck, am 4. Dezem-ber
Leng, Manfred, aus Warschkeiten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. Dezember
Reiß, Willi, aus Ebenrode, am 10. Dezember

ANZEIGE

Ostpreußisches Landesmuseum

Veranstaltungen im Dezember

Sonntag, 6. Dezember 2020, 14.00 bis 15.00 Uhr, regulärer Museumseintritt zzgl. 1,50 € Öffentliche Sonntagsführung, Märchenhafte Sonntagsführung, Katja Breiting von der „**Märchen-WirkStätte Lüneburg**“ führt auf märchenhaften Pfaden durch die Bernsteinabteilung. Sie erzählt von alten Mythen und Sagen über die Entstehung des Baltischen Bernsteins. Die Teilnehmerzahl ist auf 10 Personen beschränkt. Eine Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder bildung@ol-lg.de ist erforderlich.

Dienstag, 8. Dezember 2020, 18.30 Uhr, Eintritt 7,00 € „**Irgendwo ist Prostken**“ – Roman eines Masurischen Lokführers Arno Surminski liest aus seinem neuen Roman „Irgendwo ist Prostken“. Eindringlich schildert der vielfach ausgezeichnete Schriftsteller in seinem Roman die Schrecken des Krieges, der Flucht und Vertreibung und erzählt lebendige Geschichten aus der Perspektive der einfachen Leute. Arno Surminski, 1934 in Jäglack/Ostpreußen geboren, wuchs als Flüchtlingskind im schleswig-holsteinischen Trittau auf. Bekannt wurde Surminski mit vielen Erzählungen und Romanen, die sich meist mit dem Schicksal der Vertriebenen aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten und ihren Bemühungen, im Nachkriegsdeutschland Fuß zu fassen, auseinanderset-

zen. Aufgrund der Corona-Pandemie ist das Platzangebot beschränkt, eine Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Donnerstag, 10. Dezember 2020, 15.00 bis 17.00 Uhr, Eintritt frei! **Freundschaftsbänder weben** Kinderclub mit Caroline Stobbe Mit einfachen, aber bunten Mustern das „Brettchenweben“ erlernen? Das will etwas geübt sein, aber dann werden daraus hübsche Freundschaftsbänder, die man auch zu Weihnachten verschenken kann. Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für Schulkinder von 7 bis 12 Jahren statt. Der Kinderclub ist für alle Kinder, die Lust haben, regelmäßig zweimal im Monat einen spannenden Nachmittag im Museum zu erleben. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung jederzeit möglich. Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder bildung@ol-lg.de, wegen der Corona-Pandemie können nur maximal 8 Kinder teilnehmen.

Samstag, 12. Dezember 11 bis 17 Uhr, Kosten: 60,00 € (zzgl. 10,00 € Material) Zauberkraft nostalgische Rosen **Textilworkshop** mit Marina Kalinina im Rahmen der Sonderausstellung über die Textilkünstlerin Anneliese Konrat-Stalschus Das Fertigen von Seidenstoffblüten als Brosche, Accessoires oder Kunstobjekt macht nicht nur Freude, es können auch einmalige Weih-

nachtsgeschenke entstehen, die ihre Wirkung nicht verfehlen. Angeleitet wird der Workshop von der in Estland geborenen Musikpädagogin und Textilkünstlerin Marina Kalinina. Aufgrund der Corona-Pandemie ist die Teilnehmerzahl auf acht Personen beschränkt. Eine Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder bildung@ol-lg.de ist erforderlich.

Dienstag, 15. Dezember 2020, 14.30 Uhr, regulärer Museumseintritt zzgl. 1,50 € (in Corona-Zeiten keine Verköstigung mit Kaffee, Tee und Gebäck) In der Reihe „Museum erleben“: **Winter in Ostpreußen Vortrag** von Dr. Christoph Hinkelmann, Wissenschaftlicher Mitarbeiter für die naturkundlichen Bereiche im Ostpreußischen Landesmuseum Der Winter in Ostpreußen war lang und schneereich. Er zwang die Menschen in der Landwirtschaft zu einer Ruhepause, die sie für viele andere Arbeiten, für gesellschaftliche, traditionelle und besinnliche Zusammenkünfte nutzten. Der Winter war die Zeit des Holzeinschlags, des Eissegelns und zahlreicher Bräuche, die sich bis ins 20. Jahrhundert erhalten hatten. Aufgrund der Corona-Pandemie ist das Platzangebot beschränkt, eine Anmeldung unter Tel. 04131-759950 oder info@ol-lg.de ist erforderlich.

Nähere Informationen auch im Internet unter: <https://ostpreussisches-landesmuseum.de/>

terswalde, Kreis Wehlau, am 4. Dezember
Sembritzki, Ulrich, aus Bunhausen, Kreis Lyck, am 4. Dezember
Volkmer, Irma, geb. **Foerster**, aus Herzogswalde, Kreis Mohrungen, am 4. Dezember

Suchalla, Ingeborg, geb. **Grünke**, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, am 8. Dezember
Zacher, Aloysius, aus Lyck, am 6. Dezember

ZUM 80. GEBURTSTAG

Boos, Michael, aus Schirrau, Kreis Wehlau, am 9. Dezember
Heister, Gertrud, geb. **Bolz**, aus Gerswalde, Kreis Mohrungen, am 8. Dezember
Müller, Dietrich, aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 8. Dezember
Störp, Erika, geb. **Alsdorf**, aus Biothen, Kreis Wehlau, am 8. Dezember

ZUM 75. GEBURTSTAG

Hänßchen, Hans-Jürgen, aus Tappiau, Kreis Wehlau, am 8. Dezember
Lühr, Ingrid, aus Neuendorf, Kreis Rastenburg, am 8. Dezember
Sühl, Astrid, geb. **Willamowski**, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 9. Dezember



ZUR GOLDENEN HOCHZEIT

Paschen, Heinrich und Ehefrau **Christel**, geb. **Renn**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 6. Dezember

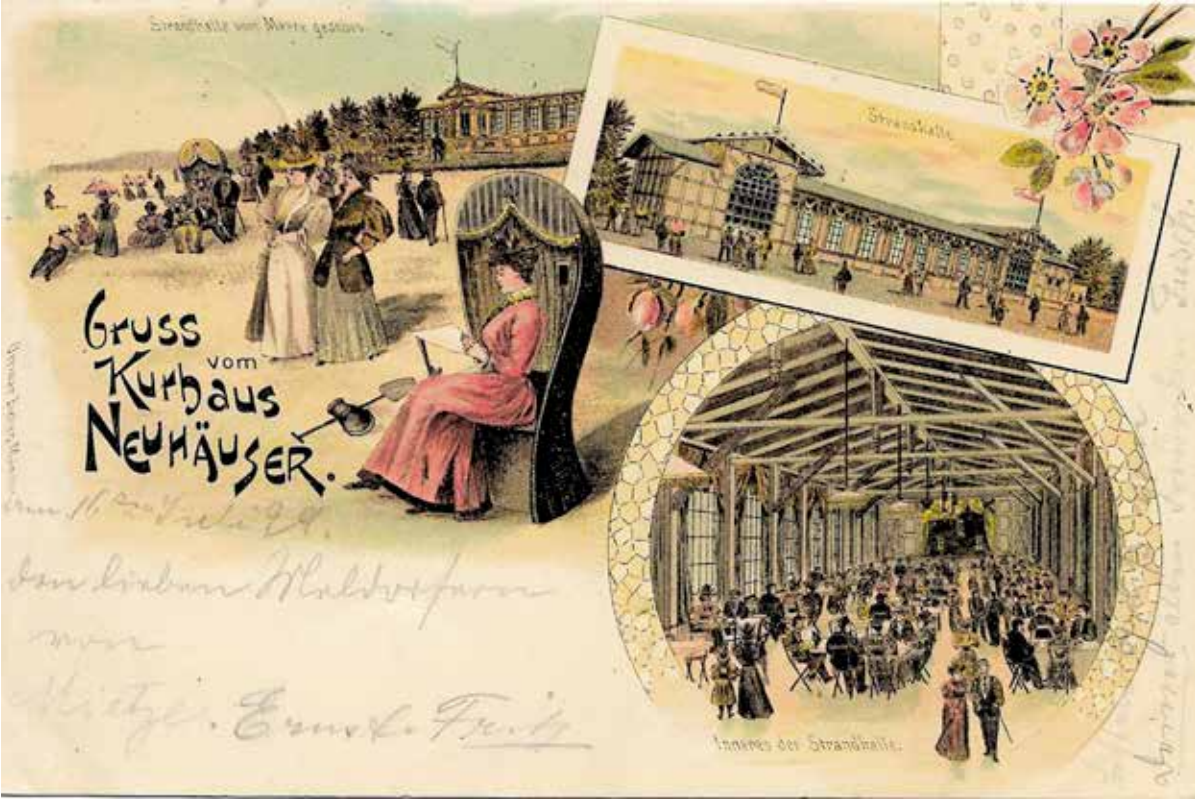
Landkarte Ostpreußen als Schreibunterlage

Schreibunterlage mit Landkarte Ostpreußen und geschichtlichem Abriss
Format: 65 x 45 cm
Ausführung: alle Ecken gerundet, ringsum randgeschweißt



Bestellung:
Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Buchtstr. 4, 22087 Hamburg
Tel. 040/41 40 08 0
selke@ostpreussen.de

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Erinnerung an Neuhäuser Der kleine Kurort auf der Frischen Nehrung beherbergte jeden Sommer Tausende von Gästen aus ganz Europa. Seine Strandhalle war eine der größten an der Ostseeküste. Die Farben der 121 Jahre alten Postkarte sind überhaupt nicht verblasst. Der Poststempel auf der Lithographie stammt aus dem Jahr 1899.
Foto: Postkartensammlung Evgeny Dvoretzki

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe
Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar
Tel.: (089)23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Nürnberg - Sonntag, den 6. Dezember 2020, 15 Uhr Haus der Heimat, Nürnberg-Langwasser, Imbuschstr.1, Ende der U1 gegenüber. Adventsfeier.

Das Haus der Heimat musste im November geschlossen bleiben. Daher mussten wir den Termin auf den 6. Dezember verschieben.

LM der Ost und Westpreußen, Gruppe Nürnberg, Bayern

Niedersachsen

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)42684, **Schriftführer und Schatzmeister:** Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Tel.: (04131)7684391. **Bezirksgruppe Lüneburg:** Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebsdorf, Tel.: (05822)5465. **Bezirksgruppe Braunschweig:** Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Tel.: (0531) 2509377. **Bezirksgruppe Weser-Ems:** Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Tel.: (05901) 2968

Oldenburg - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg muss ihre Adventsfeier am 9. Dezember 2020 im Stadthotel Eversten absagen. Wir planen auch keine Veranstaltung im Januar 2021.

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Jürgen Zauner, **Stellv. Vorsitzende:** Klaus-Arno Lemke und Dr. Bärbel Beutner, **Schriftführerin:** Dr. Bärbel Beutner **Geschäftsstelle:** Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel.: (02964)1037. Fax (02964)945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, **Internet:** Ostpreussen-NRW.de

Wesel - Liebe Landsleute, liebe Heimatfreunde!

Unsere diesjährige Weihnachtsfeier, die eigentlich am 3. Advent, den 13.12.20 vorgesehen war, findet wegen der Corona-Geschichte nicht statt.

Seien Sie bitte nicht traurig darüber, und verbringen Sie bitte im Kreise Ihrer Familie eine stille und besinnliche Weihnacht.

Einen guten Übergang ins Jahr 2021, verbunden mit viel Gesundheit, und dass Sie alle von einem Corona-Befall verschont bleiben.

Dieses wünscht Euch allen der Vorstand der Landsmannschaft Ostpreußen-Westpreußen-Kreisgruppe Wesel.

Wir sind weiterhin mit unserer Gruppe immer noch da. Alles Gute und Liebe verbunden mit viel Gesundheit.

Mit heimatlichen Grüßen
*Der Vorstand
i.A. Paul Sobotta
1. Vorsitzender und Kulturreferent*

Schleswig-Holstein

Vorsitzender: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaften Flensburg (VLM FI) e.V. - Wir gedenken unserer Toten am Denkmal Stein des Ostens

Flensburg - Es war traurig, dass Corona-bedingt der Gedenkgottesdienst in der Kapelle des Friedhofs Friedenshügel entfallen musste. So konnte unser Vorsitzender Hans Legies die 21 Landsleute gleich am Denkmal begrüßen, die sich mit ihm bei sonnigem Herbstwetter auf den Weg gemacht hatten. Er gab seiner Freude Ausdruck, daß sich trotz der Pandemie eine stattliche Anzahl zum Gedenken versammelte und begrüßte besonders den Flensburger Stadtpräsidenten Hannes Fuhrig sowie Pastorin Silke Wierk aus Flensburgs Nachbargemeinde Harrislee, die seit Jahren die Vertriebenen begleitet.

Er sagte weiter: „Sie beide geben uns durch Ihre Anwesenheit die Zuversicht, dass wir mit unseren Gedanken und Gebeten nicht alleine sind. Dieser Stein wurde 1952 feierlich eingeweiht, damit die vielen

tausend Menschen aus dem Osten einen Ort haben, an dem sie derer gedenken können, an deren Gräbern sie im Osten nicht mehr trauern können, der Toten zu gedenken, die auf dem Fluchtweg zurückgelassen werden mussten, die erfroren oder ertrunken sind. Am 17.11.1952 veröffentlichte das Flensburger Tageblatt die Weihe eines Gedenksteines für die Heimatvertriebenen mit den Worten „Matt brachen letzte Sonnenstrahlen durch den Novemberhimmel, als in den frühen Nachmittagsstunden des Volkstrauertages Tausende von Männern, Frauen und Kindern dem Friedenshügel zustrebten, wo die Weihe eines neuen Gedenksteines mit der Beschriftung ‚Unseren Toten – Die im Osten ruhen‘ stattfinden sollte.“ Heute sind wir eine kleine Schar, für die das Erbe ehrenvolle Verpflichtung ist. Uns alle treibt die Frage um, wie werden wir diesen Tag in den nächsten Jahren begehen können.

Stadtpräsident Fuhrig begann sein Grußwort mit einem Zitat Immanuel Kants: „Wer im Gedächtnis seiner Lieben lebt, der ist

nicht tot, der ist nur fern - tot ist nur, wer vergessen ist.“

Er zeigte sich dankbar und auch stolz darauf, dass vor fast 70 Jahren in Flensburg der Plan in die Tat umgesetzt wurde, den Vertriebenen mit dem Stein des Ostens eine eigene Gedenkstätte zu errichten und ihnen so einen würdigen Ort zu geben, an dem sie, ihrer Hinterbliebenen und Nachfahren gemeinsam gedenken können und sich versammeln sowie an die Heimat erinnern können. Er unterstrich die Verbundenheit der Stadt mit den Vereinigten Landsmannschaften und dankte ihnen stellvertretend für die etwa 40.000 Geflüchteten und Vertriebenen, die hier im hohen Norden eine neue Heimat gefunden hatten. Diese hatten einen erheblichen, prägenden Anteil am Aufbau sowie der politischen, wirtschaftlichen und soziokulturellen Entwicklung der Stadt.

Danach hielt Pastorin Wierk eine Andacht, wies auf die besonderen Umstände des Trauerns in Corona-Zeiten hin und sprach den Anwesenden Mut zu. Wir beteten gemeinsam das Vater unser, bevor sie uns und dem Denkmal ihren Segen gab.

Anschließend hatte jeder die Gelegenheit, persönlich am Stein des Ostens bzw. den kleineren Gedenksteinen der einzelnen Landsmannschaften der eigenen verstorbenen Angehörigen zu gedenken.

Bund Junges Ostpreußen

Vorsitzender: Tobias Link
Gst.: Buchstr. 4, 22087 Hamburg, Tel.: (040) 4140080, E-Mail: kontakt@junge-ostpreussen.de, www.junge-ostpreussen.de

Einladung zur Feier anlässlich des 150. Jahrestags der Gründung des deutschen Nationalstaats 22.01.2021-24.01.2021

Liebe Freunde und Mitglieder des BJO!

Vor 150 Jahren war es soweit. Der moderne deutsche Nationalstaat wurde gegründet. Das ist natürlich ein Grund ordentlich zu feiern!

Zu diesem Anlass laden wir

Euch herzlich nach Jena ein, wo wir vom 22. Januar bis zum 24. Januar 2021 gemeinsam feiern und erinnern möchten. Dieser geschichtsträchtige Ort bietet die idealen Bedingungen, um gemeinsam das Jubiläum lebendig werden zu lassen.

Organisatorische Hinweise:

- Altersschwerpunkt: ca. 18 bis 40 Jahre
- Beginn: 22. Januar 2021
- Ende: 24. Januar 2021
- Anzug: Für den Ball – am Abend des 23.01. ist Abendgarderobe erwünscht
- Anmeldung: kontakt@junge-ostpreussen.de
- Veranstalter: Bund Junges Ostpreußen i. d. LO, Buchstraße 4, 22087 Hamburg
- Anmeldeschluss: 10. Januar 2021

Die Zahl der Plätze ist begrenzt! Übernachtung: Hostel Alpha One (Lassallestr.8, 07743 Jena). Es steht ein geringes Kontingent zur Verfügung! Bitte meldet Euch zügig!

- Mitzubringen: Personalausweis, ggf. Liederbücher
- Kosten: Bei Nutzung der vom BJO gestellten Unterkunft: BJO-Mitglieder 70,- Euro, Nicht-Mitglieder 85,- Euro. Bei privat gebuchter Unterkunft: BJO-Mitglieder 20,- Euro, Nicht-Mitglieder

Kontakt

Wegen Elternzeit der zuständigen Mitarbeiterin ist bis Mitte Januar 2021 Frau Ingrun Renker Ansprechpartnerin für die Heimat-Seiten.

Telefon: (040)41 40 08 - 34
E-Mail: renker@preussische-allgemeine.de

Telefonische Erreichbarkeit: Dienstag–Donnerstag jeweils von 13-16 Uhr

Zusendungen für die Ausgabe 51_52/2020

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 51_52/2020 (Erstverkaufstag 18. Dezember) bis spätestens Dienstag, den 8. Dezember 2020, an die Redaktion der PAZ:

E-Mail: renker@paz.de,
Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Wieder lieferbar: Die Gesichtsmaske mit „Elchschaufel-Design“

Not macht erfinderisch. Als die Landsmannschaft Ostpreußen als Folge der allgemeinen Pflicht zum Tragen eines Mund-Nasen-Schutzes eine eigene Gesichtsmaske herausgab, entwickelte sich diese schnell zu einem Verkaufsschlager. Auf vielfachen Wunsch hin ist die Gesichtsmaske mit der Elchschaufel nun wieder lieferbar.

Die zweilagige Ostpreußen-Maske besteht aus weißem Stoff (Material jeweils 100 Prozent Baumwolle und 100 Prozent Polyester) mit schwarzem Aufdruck. Die Maske wird durch Bügeln bei maximal 150 Grad oder Waschen bei 60 Grad sterilisiert und ist somit wiederverwendbar. Sie hat zwei Gummischlaufen zum Tragen über den Ohren. Herkunftsland ist Ungarn.

Das Bedecken Ihres Gesichts mit der Ostpreußen-Maske kann dabei helfen, die Verbreitung des Coronavirus anderen gegenüber zu reduzieren. Bitte beachten Sie jedoch, dass die Maske nur ein einfacher Schutz ist und keine vollständige Sicherheit zur Abwehr gegen Viren bildet und auch keinen Virusfilter hat. Bitte sterilisieren Sie diese Maske nach spätestens 4-stündiger Tragedauer!

Eine Haftung vonseiten der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* oder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. ist ausgeschlossen.

Der Preis per Stück beträgt 4,50 Euro, zzgl. Verpackungs- und Versandkosten in Höhe von 2,- Euro. Wir freuen uns über Ihre **Bestellung** unter folgender E-Mail Adresse: **selke@paz.de** oder telefonisch unter **(040)414008-0**.





Alenstein-Stadt

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach **Gst.:** Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Tel.: 0209 - 29 131, StadtAlenstein@t-online.de

„Treudank“ wird virtuell begehbar

Das Allensteiner Heimatmuseum in Gelsenkirchen, der „Treudank“, wurde als eines der ersten Heimatmuseen in das Projekt „Virtuelle Heimatsammlungen in NRW“ aufgenommen, das von der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen umgesetzt wird. Es wurden bereits die wesentlichen Exponate digitalisiert und erläuternde Texte erarbeitet.

Das Heimatmuseum wurde im April 1971 im Dreikronenhaus neben dem Hans-Sachs-Haus eröffnet. Dank der finanziellen Unterstützung des Landes Nordrhein-Westfalen konnte damals der Schritt von einer Heimatsammlung zu einer zeitgemäßen musealen Ausstellung vollzogen werden. Zum 50. Jahrestag der Einweihung wird es möglich sein, das Museum in einem virtuellen Rundgang zu erleben. Der Name „Treudank“ erinnert an den Namen des Allen-

steiner Landestheaters. Als Dank für die Treue zu Deutschland, die Südostpreußen bei der Volksabstimmung 1920 bewiesen hatte, erhielt die Stadt Allenstein von der preußischen und der Reichsregierung die Mittel für den Bau eines Theaters. 1925 konnte der „Treudank“ eröffnet werden.



Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax: (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. **Geschäftsstelle:** Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de

Ab sofort lieferbar: Goldap – Foto – Kalender 2021

Der Goldap Kalender mit jährlich wechselnden historischen, meist farbigen Abbildungen aus Stadt und Kreis Goldap hat sich zu einem beliebten Sammelobjekt entwickelt. Dieser Foto Kalender im A4 Format ist für alle Goldap- und Ostpreußenfreunde ein bildreicher Begleiter durch das Jahr und für sich und andere ein immer passendes Geschenk.

Kosten: 10,95 € + Versand
Bestelladresse:
verkauf@goldap.de, Tel. 04142-3552 oder Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpr., Harsefelder Str. 44 a, 21680 Stade



Neidenburg

Kreisvertreter: Ulrich Pokraka, An der Friedenseiche 44, 59597 Erwitte, Telefon (02943) 3214, Fax -980276, E-Mail: u-pokraka@t-online.de. **Stellvertreter:** Frank Jork, Oberbörry 18, 31860 Emmerthal-Börry, Telefon (0171) 7086334

Liebe Neidenburger und Soldauer, heute habe ich die traurige Nachricht bekommen, dass unser ehemaliger Kreisvertreter Klaus Zehe am 19.11.2020 im Alter von 86 Jahren verstorben ist. Dipl. Ing. Klaus Zehe war von 1990 bis 1994 Kreisvertreter der Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. Er wurde in Dietrichsdorf, Kreise Neidenburg geboren. Bis zum Schluss hielt er noch sehr engen Kontakt zu seiner alten Heimat. Sein Streben galt stets einer guten Verbindung zu den maßgeblichen Leuten in der ostpreußischen Heimat. Noch im vorigen Jahr nahm er an den Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen der Deutschen Minderheit, in Neidenburg teil.

Die Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V. ist dankbar für sein Wirken für die geliebte Heimat. Wir werden Klaus Zehe in guter und dankbarer Erinnerung behalten.

Ulrich Pokraka
Kreisvertreter



Schloßberg (Pillkallen)

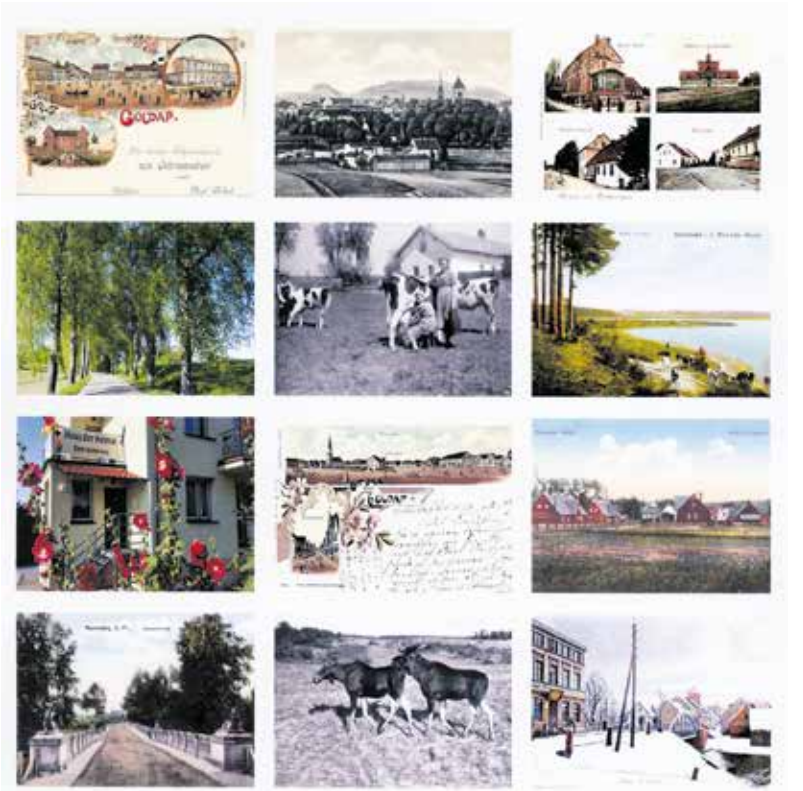
Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. **Geschäftsstelle:** Tanja Schröder, Tel.: (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe)

Eine gute Nachricht erreichte uns aus Kudirkos-Naumiestis in Litauen

Die dortige „Schirwindter Stube“, ein kleines Museum des nicht mehr vorhandenen ostpreußischen Städtchens Schirwindt, kann für weitere zehn Jahre in den bisherigen Räumen verbleiben.

Das Ehepaar Antanas und Irena Spranaitis aus Kudirkos-Naumiestis (Neustadt) in Litauen hatte 1996 ihre Sammlung aus und über der nicht mehr vorhandenen Stadt Schirwindt (Ostpreußen) offiziell als Privatmuseum eröffnet und es „Schirwindter Stube“ genannt.

Schirwindt in Ostpreußen und Kudirkos-Naumiestis in Litauen waren Nachbarstädte, die stets



GOLDAP

Kalender 2021

Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e. V. © 2020

Wegweiser durch das kommende Jahr Der Foto-Kalender der Kreisgemeinschaft Goldap für 2021 ist seit kurzem erhältlich und kann bei der Kreisgemeinschaft für 10,95 Euro + Versand bestellt werden.

Foto: Kreisgemeinschaft Goldap

Termine der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Bitte vormerken für 2021:
Jahrestreffen der Ostpreußen, 5. Juni 2021, CongressPark Wolfsburg

Der geplante Festakt
„100 Jahre Volksabstimmung in Ost- und Westpreußen“ in Allenstein musste wegen der aktuellen Lage leider abgesagt

werden.
Um dennoch dieses historischen Ereignisses gedenken zu können, haben die Referenten ihre geplanten Vorträge per Kamera aufgezeichnet. Die Videos zu dieser virtuellen Gedenkveranstaltung finden Sie unter:
www.paz.de/volksabstimmung

Wirken Sie mit an der Stiftung
»Zukunft für Ostpreußen!«

Fürst Fugger Privatbank
IBAN: DE66 7203 0014 1001 8349 83
BIC: FUBKDE71

Hinweis

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

gute nachbarliche Beziehungen pflegten.

Im Jahre 2011 hatte die litauische Stadt Kudirkos-Naumiestis der Schirwindter Stube eine neue und bessere Bleibe für zehn Jahre geboten.

Das kleine Privat-Museum wird nicht nur von Schulklassen, interessierten Bürgern und Touristen aus Deutschland gut besucht. Hier werden die deutsch-litauischen Beziehungen und die völkerverbindende Freundschaft sichtbar aufrecht erhalten.

Weil das Museum einen guten Anklang, auch in der litauischen Presse, gefunden hat, hat die Stadt Kudirkos-Naumiestis nun beschlossen, die Museumsräume für weitere zehn Jahre der Schirwindter Stube zur Verfügung zu stellen.

ANZEIGE

Wendelin Schlosser „Die Deutschen unter dem Damoklesschwert“

August von Goethe Literaturverlag;
ISBN: 978-3-8372-2220-3
314 Seiten, € 18,80

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

☐ **Ja, ich abonniere** mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie das ostpreußische Schlemmerpaket.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter **www.paz.de**

☐ Lastschrift ☐ Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-04-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

Prämie 1: Leuchtglobus



Prämie 1: Leuchtglobus

Das physische Kartenbild zeigt detailliert die Landschaftsformen sowie die Gebirgszüge und Gebirgsregionen, die Tiefebene, das Hochland, die Wüsten und in einer plastischen Deutlichkeit durch Farbabstufungen die Meerestiefen. Das politische Kartenbild dokumentiert alle Staaten und die verwalteten Gebiete unseres Planeten. Sichtbar sind Flug-, Schiffs- und Eisenbahnlinien.



Prämie 2: Renaissanceglobus

Prämie 2: Renaissanceglobus
Pergamentfarbene Ozeane, Länder mit typischem Randkolorit auf Pergamentfönd, Darstellungen von Fregatten, Seeschlangen und einer Windrose zeichnen diesen Globus aus. Beleuchtet sind die Entdeckungsrouten von Christoph Kolumbus bis Magellan zu sehen. Das Kartenbild wurde nach Originalkarten aus dem 16. Jahrhundert gestaltet.

Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

len. Wir von der Kreisgemeinschaft Schloßberg bedanken uns sehr dafür.

Das erfreut auch Irena Spranaitis, die die gute Seele des Museums ist und bleibt. Gerne führt die ehemalige Geschichtslehrerin Besucher „durch“ die nicht mehr vorhandene Stadt Schirwindt.

Die Anschrift der Schirwindter Stube lautet: Dariaus ir Gireno g 26, LT-71317 Kudirkos-Naumiestis.

Das kleine Städtchen liegt im
Kreis Sakiai, Litauen.

Allerdings ist die Besichtigung des Museums nur nach Vorabsprache möglich.



Tilsit-Ragnit

Kreisvertreter: Dieter Neukamm,
Am Rosenbaum 48, 51570 Wind-
eck, Telefon (02243) 2999, E-Mail:
neukamm-herchen@t-online.de

Geschäftsstelle: Hans-Joachim
Scheer, Wrister Str. 1, 24576 Wed-
delbrook, Telefon (04192) 4374,
E-Mail: hans-joachimscheer@t-
online.de

Digitale Kreistagssitzung

Für Ende Mai war die diesjährige Kreistagssitzung in Lüneburg angesetzt. Corona machte das Vorhaben zunichte. Im Herbst werde es

wohl wieder möglich sein, dachte man und buchte für das letzte Novemberwochenende Räumlichkeiten in Burgdorf. Aber auch dieser Termin fiel Covid-19 zum Opfer.

Um der Verpflichtung, einmal jährlich eine Sitzung abzuhalten, gerecht zu werden, bediente man sich der „Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen im Gesellschafts-, Genossenschafts-, Vereins- und Stiftungsrecht zur Bekämpfung der Auswirkungen der Covid-19-Pandemie“ vom 20.10.2020. Deren Ausführungsbestimmungen wurden eingehalten, und es war kein Problem, die Kreistagsmitglieder Anfang November mit den Unterlagen zu

versorgen, größtenteils per E-Mail, in vier Fällen auf dem üblichen Postweg, um ihnen vor allem fünf wichtige Anträge des Vorstands zur schriftlichen Abstimmung vorzulegen. Innerhalb der gesetzten Frist gingen die Abstimmungsbögen ausgefüllt und unterschrieben beim Kreisvertreter ein. Lediglich drei Mitglieder hatten nicht reagiert. Da aber mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten votiert hatte, war die Abstimmung gültig.

Um es deutlich zu sagen: Dies war ein Notbehelf, den man gezwungen war, in Anspruch zu nehmen. Für die Sitzung im nächsten Jahr wünschen sich alle Kreistagsmitglieder unbedingt wieder eine Präsenzveranstaltung. Es ist ja nicht nur die Tagesordnung, weswegen wir uns auf den Weg zum Tagungsort machen. Der Gedankenaustausch außerhalb des offiziellen Programms, die persönliche und vielfach vertraute Nähe der Teilnehmer untereinander sind unverzichtbare Bestandteile eines Sitzungswochenendes. Hoffen wir auf die durchgreifende Wirkung

ANZEIGE



In Anerkennung und Dankbarkeit
nehmen wir Abschied
von unserem ehemaligen Kreisvertreter

Dipl. Ing.

Klaus Siegfried Kurt Zehe

* 18. April 1934 in Allenstein/Ostpreußen
† 19. November 2020 in Dillenburg

Fleiß, Reformgedanken und der Einsatz für die geliebte Heimat
Dietrichsdorf im Kreise Neidenburg, waren seine Markenzeichen.

Bis zum Schluss konnte man sich immer wieder Anregungen
bei ihm holen. Wir sagen danke und werden ihn nicht vergessen.

Wir trauern in tiefer Verbundenheit mit seiner Frau,
mit seinen Kindern und Enkelkindern, sowie den Angehörigen.

Ulrich Pokraka
Kreisvertreter

Gerhard Toffel
Kreisältester

Kreisgemeinschaft Neidenburg e.V.
Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen
Patenkreis der Stadt Bochum



der herbeigesehnten Impfstoffe, so dass wir Ostpreußen einander bald wieder bei Veranstaltungen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene wiedersehen können.

Dieter Neukamm

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine starke Gemeinschaft,

jetzt und auch in Zukunft. Sie können unsere Arbeit dauerhaft unterstützen, indem Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) werden. Dabei ist es egal, ob Sie in Ostpreußen geboren sind oder ostpreußische Vorfahren haben. Uns ist jeder willkommen, der sich für Ostpreußen interessiert und die Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen unterstützen möchte.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur Wahl eines Delegier-

ten zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der LO, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die Einrichtungen der Landsmannschaft und ihre Unterstützung in Anspruch zu nehmen.

Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. informiert und erhalten Einladungen zu Veranstaltungen und Seminaren der L.O. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg. Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,00 Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem

auf der Webseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – herunterladen.
Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
Herrn Bundesgeschäftsführer
Dr. Sebastian Husen
Buchtstraße 4
22087 Hamburg.

Weitere Auskünfte zur persönlichen Mitgliedschaft erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen:

Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de.

Rätsel

[illegible]

Sudoku

8								9
4	7						1	2
			2		4			
6	4		5		2		8	1
		3		4		2		
7	2		8		3		9	5
			7		9			
9	1						3	7
3								8

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel

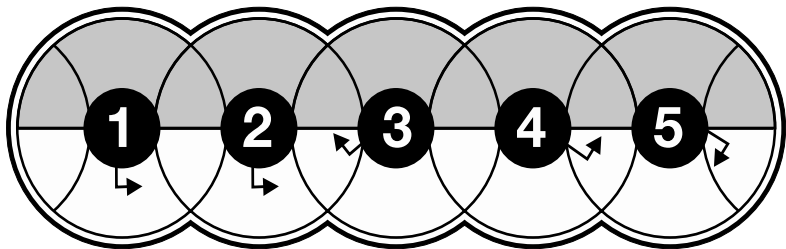
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewürzpflanzen.

- 1 Pfahl
- 2 Flaschenpropfen
- 3 Turngerät
- 4 Werk
- 5 junger Seehund
- 6 stürzende Schneemasse

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Vereinbarung.

- 1** Gehege für wilde Pferde, Pferch, **2** italienischer Fluss zum Po, **3** Fische fangen, **4** Tochter des Kadmos, **5** Wildrind



OSTPREUSSEN UND CHINA

Reger Austausch von Waren, Kunst und Kultur

Bernstein im Reich der Mitte, Chinoiserien in deutschen Schlössern – Kant ist heute Prüfungsstoff für Chinas Staatsbedienstete

VON KARLHEINZ LAU

Schon der Titel des Buches „Ostpreußen und China“ weckt Neugierde. Was haben das kleine Ostpreußen und das Riesenreich in Asien miteinander zu tun? Eine überzeugende und in einigen Punkten überraschende Antwort gibt der Autor Thomas Heberer. Er ist in Offenbach geboren, seine Vorfahren sind 1732 aus dem Salzburger Land wegen ihres Glaubens vertrieben worden. Sie landeten in Ostpreußen, und zwar im heutigen russischen Teil, in Ebenrode. Heberer ist Mitglied der Kreisgemeinschaft.

Aufgrund seiner Familiengeschichte ist er bekennender Ostpreuße. Er bezeichnet als Ziel dieses Buches, die Erinnerung an diese Provinz wachzuhalten als eine Region, die durch zahlreiche Völker wie Polen, Russen, Deutsche, Balten, Masuren oder Juden geprägt wurde.

Zu dieser Erinnerungskultur zählt er auch Staats- und Gesellschaftsverbrechen, vornehmlich im 20. Jahrhundert: die Deportation und Ermordung der ostpreußischen Juden, die Verfolgung und Vertreibung der deutschen Bevölkerung am Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Sowjetunion und Polen. Heberer bedauert, dass das historische Ostpreußen und die nach 1945 stattgefundene territoriale Aufteilung nicht unbedingt im kollektiven Gedächtnis der Deutschen ist. Allerdings muss berücksichtigt werden, dass der Tourismus aus der Bundesrepublik nach Ostpreußen zugenommen hat. In der Darstellung seines familiären Hintergrundes baut er stets aktuelle, historische und kulturelle Bezüge ein und vermittelt dadurch eine Vorstellung von der Region. Eindrucksvoll sind im dritten Kapitel seine Gedanken über den Begriff „Heimat“.

Interesse an China früh geweckt

Für einen Jungen war es geradezu spannend, sein Interesse an China zu entdecken. Frühzeitig fand er Gefallen an Erd-



Exportartikel schon im Mittelalter: Ostpreußischer Bernstein findet auch heute in China reißenden Absatz Foto: J. Tschernyschew

kunde, er las Bücher über ferne Kontinente und fremde Kulturen, auch Karl May inspirierte ihn. Bald stellte er sich die Frage, wie die Vielfalt der unterschiedlichen Völker miteinander auskommt und was sie voneinander lernen können.

Nach dem Abitur 1967 studierte er Völkerkunde, Sinologie und Politik. Er spezialisierte sich auf die Kultur, Gesellschaft und Politik Chinas. Türöffner wurde 1972 für Heberer eine Äußerung des damaligen chinesischen Ministerpräsidenten Zhou Enlai über Königsberg – er sagte nicht Kaliningrad –, das er 1930 im Rahmen eines Europaaufenthaltes besucht hatte. Er zeigte sich beeindruckt. Diese Aussage bestätigte ein Jahr später Berthold Beitz, der eine deutsche Wirt-

schaftsdelegation nach Peking leitete. Diese scheinbare Randbemerkung beflügelte Heberer bei seinen folgenden mehrjährigen Aufenthalten in der Volksrepublik China (VCR), nach Bezügen zu Preußen, Deutschland und Ostpreußen zu suchen beziehungsweise zu finden. Diese reichen erstaunlicherweise vom Mittelalter bis in die Gegenwart.

Heberer führte also sein Familiengedächtnis über Ostpreußen mit seinem Fundus an Kenntnissen über China zusammen, das heißt, er stellte Bezüge Ostpreußens zu China und auch umgekehrt her, wobei die neuere Zeit nicht ausgespart wurde.

Es ist schon erstaunlich, welche Namen von Persönlichkeiten und Ereignisse

direkte und indirekte Bindungen von Ostpreußen nach China und umgekehrt besaßen. Der älteste Exportartikel war im Mittelalter der Bernstein. Er gelangte über Russland und die alte Seidenstraße nach China. In neuerer Zeit gewann der Handel mit Tee an Bedeutung, und ganz aktuell ist der Export von Schweinen aus dem russischen Teil Ostpreußens.

Export über die Seidenstraße

Entscheidende Bedeutung für die Zukunft wird die 2019 eröffnete Bahnverbindung aus China über Russland, Litauen Memel, Königsberg und weiter zum Hafen von Mukran auf Rügen gewinnen. Heberer nennt berühmte Persönlichkeiten: Nicolaus Copernicus, Thomas Mann, Käthe

Kollwitz, Hanna Arendt, Oskar Negt, Armin Mueller-Stahl und viele andere. Er beschreibt jeweils ihr Schaffen, ihren Bezug zu China oder ihre Rezeption in China. Dazu gehören auch Kant, Hegel, Herder, Fichte, Schelling und Feuerbach. Der Autor schreibt, dass klassische deutsche Philosophie zum Prüfungsstoff für den Eintritt in den chinesischen Staatsdienst gehört. In weiteren Kapiteln behandelt er die Ziele der preußisch-deutschen Ostasienpolitik, das Schutzgebiet Tsingtau, den Boxerkrieg sowie die Flucht tausender deutscher Juden nach Shanghai vor den Verfolgungen der Nationalsozialisten. Die chinesische Kunst und Chinoiserien in den preußischen Königsschlössern, beispielsweise Schlobitten, aber auch das „Chinesische Haus“ im Park von Sanssouci sind bekannte Zeugnisse aus China.

Der gesamte Band besticht durch übersichtliche Anordnung der inhaltlich verschiedenen Abschnitte, die zahlreichen Fußnoten zeugen von genauen Recherchen. Zwei farbige Übersichtskarten, das Territorium Ostpreußens bis 1918 und dessen heutige Aufteilung auf Litauen, Russland und Polen, helfen bei der räumlichen Orientierung. Farbaufnahmen illustrieren die Texte, die Ortsnamen werden durchgängig auf Deutsch genannt, die polnische, russische beziehungsweise litauische Bezeichnung als Klammerzusatz, zum Beispiel Memel [Klaipėda].

Das Buch bringt mit einem Sonderthema eine gelungene Darstellung der Entwicklung Ostpreußens bis in die Gegenwart. Dass es Teil der deutschen Geschichtslandschaft ist, wird deutlich.



Thomas Heberer: „Ostpreußen und China. Nachzeichnung einer wundersamen Beziehung“, Husum Verlag, Husum 2020, gebunden, 204 Seiten, 19,95 Euro

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Europaabgeordneter aus Oppeln regt sich über Deutschland auf

„EU-Haushaltserpressung gegenüber Polen“ – SPD-Politikerin Katarina Barley macht sich mit Forderung zur Persona non grata

In der Europäischen Union wird dieser Tage der Haushalt diskutiert. Die Verteilung von Mitteln soll dabei nun von der „Rechtsstaatlichkeit“ der Mitgliedsstaaten abhängig gemacht werden.

Patryk Jaki, Politiker der Vereinten Rechten im EU-Parlament, kritisierte

„Die Deutschen werden uns doch nicht Rechtsstaatlichkeit lehren.“

Patryk Jaki
polnischer Europaabgeordneter

Deutschland, es habe die Unverschämtheit, den Polen zu sagen, dass sie das Recht brächen. „Die Deutschen werden uns doch nicht Rechtsstaatlichkeit lehren. Bis heute haben sie nicht einmal einen Euro für ihre früheren Rechtsstaatlichkeitslektionen be-

zahlt“, echauffierte sich der aus Oppeln [Opole] stammende EU-Politiker des Solidarischen Polens (Solidarna Polska).

Mit der „Rechtsstaatlichkeitslektion“ spielte er auf die Zeit des Dritten Reiches an. Jaki gab zu bedenken, dass bereits 2018 ein deutscher EU-Kommissar die „Rechtsstaatlichkeitsverordnung“ forciert hatte. Und jetzt wolle wohl die deutsche Präsidentschaft die Sache endlich beenden. Der Hauptvorwurf gegen Polen sei laut Jaki „eine politisch bedingte Richterwahl“. Dabei hätten die Deutschen die am stärksten politisierte Art der Richterwahl in ganz Europa, denn in Deutschland wählen Politiker andere Politiker zu Richtern, so der Doktor der Politikwissenschaften.

„Wie viele Beispiele für eure Arroganz, die die europäische Einheit zerstört, wollt ihr noch hören, bis ihr endlich versteht, dass jeder Staat das Recht hat, zu entscheiden, was in Abkommen festgehalten wird?“, fragte Jaki. „Ist es denn rechtens, sich mit Putin in Sachen Gas über die Köpfe der Europäer abzusprechen? Sieht so Solidarität und Rechtsstaatlichkeit aus, die Deutschland die Europäer lehren will?“,



Ließ seiner Verärgerung freien Lauf: Patryk Jaki, Mitglied des EU-Parlaments

fragte er im Hinblick auf die Gasleitung Nord Stream 2. Doch nicht nur Deutschland kritisiert Jaki: „Während Polen von den Deutschen und den Sowjets attackiert wurde, haben eure Staaten zuge-

hen, wie Polen ehrenhaft Werte verteidigt. Und dafür habt ihr später Polen an die Sowjets abgegeben. Ihr habt Jahrzehntelang zugeschaut, als Polen sich nicht entwickeln durfte, und habt des-

halb heute diesen ökonomischen Vorsprung.“

Die Meinung, es sei von Deutschland politisch gewollt, dass Polen sich nach dem Krieg und selbst nach der politischen Wende wirtschaftlich nicht entwickeln sollte, ist in Polen weit verbreitet. Auch wird den Deutschen häufig vorgeworfen, polnische Unternehmen nach der Wende durch eine Überflutung mit deutschen Handels- und Produktionsketten gezielt kaputtgemacht zu haben.

In Polen ist man seit dem Oktober aufgebracht, als die deutsche Vizepräsidentin des Europaparlaments, Katarina Barley (SPD) dem Deutschlandfunk ein Interview gab, das der Sender unter der Überschrift „Ungarn und Polen finanziell aushungern“ veröffentlichte. Zwar waren diese Worte in dieser Form nicht wörtlich gefallen, doch sinngemäß in den Raum gestellt. Barley ist seither in Polen eine Persona non grata und der Volkszorn nicht zu besänftigen. Doch in Deutschland wird über den diplomatischen Schaden verhaltener berichtet als über das Ziel, Polen und Ungarn weiterhin in die selbstgedeutete Pflicht zu nehmen. *Chris W. Wagner*

HINTERPOMMERN

Quempas in Rummelsburg

Von den traditionellen Kronen und liebevoll gestalteten Heften

Durch die nimmermüde Kulturarbeit des Heimatkreises Rummelsburg, insbesondere der Heimatkreisgruppe Rummelsburg in Hamburg, ist nicht nur „Der Rummelsburger Quempas“, eine in der Heimat schlicht „Frühkirche“ genannte Christmette im Westen Deutschlands wiederbelebt, sondern auch an den Ursprungsort, die Rummelsburger Stadtkirche, zurückgebracht worden.

Der „Rummelsburger Quempas“ ist ein Gottesdienst, bei dem die Gemeinde in besonders starkem Maße mitwirkt. Zu den liturgischen Gestaltungselementen gehören die „Rummelsburger Quempas-Kronen“ und die „Rummelsburger Quempas-Hefte“. Den genannten drei Bezeichnungen ist deswegen das „Rummelsburger“ vorangestellt, weil das östlich der Elbe einst weit verbreitete Quempas-Singen in dieser Stadt eine besondere Ausformung erhalten hat.

Quempas-Kronen

Wenden wir uns zunächst den Quempas-Kronen zu: Das sind in der für uns zurückzuverfolgenden Zeit, dem immergrünen Tannenbaum nachempfundene geschmückte Weihnachtspyramiden, wie sie schon von der Zeit Karls des Großen her bekannt sind. (Schon damals, um 800 n. Chr. soll auch die lateinische Sequenz „Quem pastores laudavere“ entstanden sein.) Von Kerzenlichtwärme wird ein Flügelrad angetrieben, das über eine Welle in einem Gehäuse von vier nach oben zusammenlaufenden Hölzern drei Teller in drehende Bewegung bringt, auf denen das Geschehen in der Heiligen Nacht dargestellt ist. Wann solche Pyramiden ihren Weg nach Hinterpommern genommen haben, ist nicht mehr bekannt. Eventuell

haben sie mit Kerzen bestückte Lichterkronen (Kronleuchter, Radleuchter, Adventskranz) abgelöst oder ihren Namen vom Kerzenkranz unter den Flügeln erhalten. Die Kronen hatten bei den Chören ihren Platz. Den Solisten leuchteten je zwei kerzentragende Begleiter.



Quempas im Dezember 2018 in der Rummelsburger Kirche. Chöre aus Rummelsburg, Hamburg und Oppeln bescherten einen unvergesslichen Abend

Es ist naheliegend, dass die Lichterkronen in der Vergangenheit neben der symbolischen auch eine praktische Bedeutung hatten. Wie sollte man sonst am Weihnachtsmorgen aus den Quempas-Heften die Texte des Quempas-Gesanges und die der zahlreichen Lektionen lesen, ohne über eine Lichtquelle in der Nähe zu verfügen.

Das lebensspendende Licht ist von jeher, sowohl im Christentum als auch in

der germanischen Welt, von großer sinnbildlicher Bedeutung gewesen. Man denke an die vielen Bibelstellen, in denen das Licht eine besondere geistliche Überhöhung erfährt und an die Bräuche unserer Ahnen zur Wintersonnenwende. Bekanntlich ist auf diesem Gebiet christli-

ches und heidnisches Brauchtum miteinander verschmolzen.

Die Quempas-Kronen wurden in alter Zeit von den Handwerkern, die auch das Quempas-Singen bestritten, hergestellt und gewartet. In neuerer Zeit, als die Konfirmanden den Quempas sangen, fiel diese Aufgabe versierten Tischlern/Drechseln zu und die Wartung in der Regel dem Werkunterricht in der Schule. Bei jedem der vier zum Quempas-Singen gehören-

den Chöre stand eine Krone. Diese wurde mittels eines Holzzapfens in eine Aussparung in der Emporenbrüstung in diese eingesetzt.

Wie ist es heute um Quempas-Kronen bestellt? Aus der Zeit vor dem II. Weltkrieg gibt es nur noch eine. Die Ehefrau des Verfassers entdeckte sie am 22. August 1994 auf dem Boden der Rummelsburger Kirche. Sie wird heute vom „Rummelsburger Bund der Bevölkerung deutscher Abstammung zu Rummelsburg“ betreut. 1997 bekam sie eine dort angefertigte Schwester. Der Heimatkreis Rummelsburg besitzt zwei originalgetreue etwa 1,65 Meter hohe Quempas-Kronen. Die vom Rummelsburger Tischlermeister Ernst Stremlow 1973 hergestellte hat in der Rummelsburger Heimatstube in Bad Fallingbostal ihren ständigen Platz. Sie ist ein Prunkstück in der Ausstellung. Ebenso eindrucksvoll ist die von unseren Großkarzenburger Landsleuten Reinhard und Juliane Frank 1997 angefertigte und dem Heimatkreis gestiftete Krone. Zwar fallen sie nicht so ins Auge wie die Kronen, sind für den Ablauf der Frühkirche eher wichtiger, nämlich die Quempas-Hefte. Ihnen entnehmen die Chorsänger – seit 1945 auch Sängerinnen – und die Lektionen singenden Solisten die vorzutragenden Texte. Lektionen sind von Weissagung und Erfüllung kündende Bibelstellen.

Heute stellen wir die Hefte aus praktischen Gründen mittels Computer her. In alten Zeiten aber, war dies eine echte Volkskunst. Man schrieb mit Hilfe verschiedenfarbiger Tinten seine Texte selber und verzierte das Quempas-Heft – so gut ein jeder es konnte. In neuerer Zeit war es dann nicht immer kunstvolle Frakturschrift mit schön ausgemalten Anfangsbuchstaben, sondern man begnügte

sich teilweise mit der deutschen und der lateinischen Schreibschrift, dazu klebte man in letzter Zeit gern im Handel erworbene Glanzbilder ein. Aber gleichwohl wurden die Hefte mit viel Liebe ausgestaltet.

Eine wertvolle Nachgestaltung eines Rummelsburger Quempas-Heftes ließ der letzte Rummelsburger Organist Fritz Doecke, verstorben 1994, anfertigen. Unter den Händen des aus Klingenberg im Erzgebirge stammenden Lehrers Max Seidel geriet es zu einem wahren Kunstwerk. Fritz Doecke und Ehefrau Hilde, ebenfalls 1994 verstorben, übergaben es der Rummelsburger Heimatstube im Jahre 1961.

Hans-Ulrich Kuchenbäcker

● Leider wird es in diesem Jahr das Quempas-Singen in Rummelsburg coronabedingt nicht geben. Es hat in diesem Jahr leider auch kein Besuch stattfinden können. Doch die Mitglieder des Heimatkreises sind natürlich trotzdem unermüdlich aktiv. In PAZ Ausgabe 46 vom 20. November 2020 wurde von Neuigkeiten bei der Restaurierung der Kirche Groß Volz, Kreis Rummelsburg berichtet. Das Projekt wird natürlich von Anfang an auch vom Heimatkreis Rummelsburg mitgetragen. Entscheidend ist dabei auch die Arbeit von Alfons Rekowski, dem Vorsitzenden des Rummelsburger Bundes vor Ort.

Er ist der zuverlässige Vermittler, als Mann in der Heimat hält er Kontakt zu den politisch verantwortlichen Kommunalpolitikern, organisiert deutsch-polnische Treffen und hätte auch gerne den Quempas 2020 vorbereitet. Nun arbeiten alle gemeinsam auf das Treffen in Fallingbostal im Juni und den Quempas im Dezember 2021 hin.

Info: www.rummelsburg.de

NICHT VERGESSEN

Nikolai, der rettende Engel in Zedlitzfelde 1945



Kirche und Schule in Stettin-Zedlitzfelde, 1991 waren beide Gebäude nicht mehr da (Zeichnung nach einem Foto, privat)

Von November des Jahres 1945 bis März 1946 lebten wir noch im Norden Stettins, genauer in Stettin-Zedlitzfelde. – Täglich zog damals eine etwa 20 Dorfbewohner zählende Gruppe gemeinsam mit den bei uns in der Messenthiner Straße stationierten Zivilrussen zur Demontage des Hydrierwerkes nach Pölitz, darunter ich als 12-jähriger Junge. Dadurch verdiente ich einen wesentlichen Teil des täglichen Brotes für die Mutter und die neunjährige Schwester. Dass ein zum Ende des Monats Sept. 1945 verfasstes „Schweriner Abkom-

men“ auch das „Aus“ für unser Dorf bedeuten würde, konnten wir damals nicht wissen; gefangen in der Falle des Schneewinters saßen wir in dem kleinen Wald-dorf.

In den Novembertagen 1945 wurden wir eines Abends gegen 21.00 Uhr jäh aus dem Schlaf gerissen, und vor uns stand mit Karabiner und Pelzmütze der Russe Nikolai. Dringend verlangte er nach Wasser; auf der Jagd im Falkenwalder Forst hatte er sich verirrt und war auf unsere Häuser gestoßen. In seiner nächtlichen

Irrwanderung versuchte er zurückzufinden zum Pölitzer „Magazin“. Wir gaben sehr genaue Auskunft, damit Nikolai zu seiner Einheit zurückkehren konnte.

Die Überraschung kam am Samstag, als dieser russische Oberleutnant aus dem Raum Minsk uns wiederum aufsuchte und sich nach der netten Familie erkundigte, die ihm geholfen hatte, den Weg zurückzufinden. Als meine Mutter unter Tränen die Not schilderte in der wir uns befanden: nur 1 Korb Kartoffeln für eine vierköpfige Familie ohne Vater, sagte Nikolai spontan in etwa dieses: „Andere Woche dritte Tag fahren Kartuschka, auch für Euch gibt es etwas davon!“ An einer etwa 400 Meter entfernten Stelle einer Weggabelung lagen dann um 6.00 Uhr in der Frühe 2 Sack Kartoffeln im Wald gut versteckt. Das war ein Geschenk des Himmels, Linderung in der Not.

Und 14 Tage später schenkte uns Nikolai ein frisch geschossenes Reh, das wir mit Blaurocks, unseren Nachbarn, teilten und sofort in kleine Gläser einweckten. So hatten wir in den schlimmsten Wintermonaten bis zum Februar immer eine Fleischmahlzeit in der Woche. Aber noch wichtiger war die Mitteilung von Nikolai: „Ruski dawai, Polski kommt, ihr müsst auch fort von hier. Aber geht nicht im Winter, es sind Menschen am Wegesrand vor Erschöpfung bereits erfroren“. Das war eine deutliche Warnung. War es Zufall oder Fügung, als in den Märztagen des

Jahres 1946 Post von meinen Vater aus Bremen durchkam, der aus amerikanischer Kriegsgefangenschaft entlassen worden war. Die letzte entscheidende Hilfe – wohl für unsere Arbeit bei der Demontage in Pölitz – vollbrachte jener russische Oberst, der die Demontage leitete.

Ende März 1946 brachte er Frauen und Kinder in einem Konvoi von sechs LKWs über die nördliche Tangente der Wegroute Pölitz – Falkenwalde – Stolzenburg zur Bahnstation Löcknitz in der sowjetischen Besatzungszone nahe bei Stettin. Noch heute sehe ich den Beginn der Plünderung durch die polnische Miliz und dann nach Eingreifen des Obersten den hochgehenden Schlagbaum an der damaligen Demarkationslinie in Stolzenburg: Das war die letzte Rettung in damaliger Zeit!

Ich persönlich sehe in all diesen Erlebnissen die fügende Hand Gottes.

Kurt Bergunde, Bremen

● Info Das Dorf Zedlitzfelde [Siedlice] war von einem Mischwald umgeben. Darin eingebettet lagen 57 Häuser, entlang der Messenthiner Straße. Die Einwohnerzahl bewegte sich um 340. Am 15. Oktober 1939 erfolgte die Eingemeindung nach Stettin. Heute gehört der Ort zur Landgemeinde Pölitz [Gmina Police]. <https://zedlitzfelde.de>

Bauernregeln im Dezember

Dezember kalt mit Schnee, bringt Korn auf jeder Höh. – Wenn de Töppelewark (Haubenlerche) an't Gehöft rankümmt, ward't bald schniegen. – Kälte in der ersten Adventswoche hält 10 Wochen an. Ist's in der Heiligen Nacht hell und klar, so gibt's ein segensreiches Jahr. – Weihnachten im Schnee, Ostern im Klee. – Hängt zu Weihnachten Eis an den Weiden, kannst du zu Ostern Palmen schneiden. – Donner im Dezember macht im nächsten Jahr viel Wind; Dezember veränderlich und mild, so ist der ganze Winter ein Kind. – Ist es windig in den Weihnachtstagen, werden die Bäume viel Früchte tragen. – Grüne Weihnachten, weiße Ostern. – Wenn während der Zwölften die Bäume stark tropfen, so folgt ein gutes Obstjahr. – Schwacher Balg vom Wilde, zeigt Winters Milde. – Wer Weihnachten in der Sonne begeht, zu Ostern an dem Feuer steht. – Donner im Winterquartal bringt Kälte ohne Zahl.



„Es geht um gegenseitige Rücksichtnahme“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Die Beiträge sind so zutreffend, erhellend und gleichzeitig erschütternd. Bitte, machen Sie weiter so!“

Manfred und Gisela Löffelmacher, Flensburg
zum Wochenrückblick:
Aufmerksam (Nr. 47)



Ausgabe Nr. 47

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum,
Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
Fax (040) 41400850
oder per E-Mail an redaktion@
preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

IDEE FÜR DEN WIEDERAUFBAU ZU: ENDE EINES MONSTRUMS (NR. 47)

Die Schlösser Berlin (1950) und Potsdam (1959) wurden von Deutschen gesprengt. Das Königsberger Schloss hat ab 1965 gegen örtlichen Widerstand Staatschef Breschnew aus ideologischen Gründen sprengen lassen. Auch hier war die Bausubstanz durchaus erhaltenswürdig.

Über einen Wiederaufbau des Königsberger Schlosses wird ausschließlich in Moskau entschieden. Allerdings sollten die Deutschen und voran deren politische Repräsentanten sensibles, ernst zu nehmendes Interesse zeigen und die komplette Finanzierung des Wiederaufbaus (zum Beispiel durch Spenden und Steuern) anbieten.

Erfahrungen beim Wiederaufbau des Berliner Schlosses könnten nutzbar gemacht werden. Hier müsste man darüber hinaus intelligente Initiativen der Landsmannschaft Ostpreußen und der Stadtgemeinschaft Königsberg erwarten können.

Und es geht es nicht nur darum, dass das Königsberger Schloss selbst Verbindungen zu Russland aufweist (zum Beispiel Moskowitersaal, Bernsteinzimmer), sondern dass russische kulturelle Einrichtungen (Mahnmale, Kirchen, Friedhöfe) in Deutschland ja auch gepflegt und erhalten werden. Es könnte ein beidseitiges Nutzungskonzept entwickelt werden. Bedauernswerterweise sind die hierfür Verantwortlichen zu keinen vernünftigen Vorschlägen bereit. Man muss sich deshalb nicht wundern, wenn ein derartiges politisches Verhalten der Deutschen in Moskau nur noch Kopfschütteln auslöst.

Dr. Roland Mackert, Böblingen

IN MISSKREDIT GEBRACHT ZU: AUFMERKSAM (NR. 47)

Die (Corona-)Demonstrationen beurteile ich etwas anders. Diese Sättigung, in der viele meinen, sie können zur Not auch mit Gewalt ihren Standpunkt durchsetzen, zersetzen das friedliche Zusammenleben.

Dabei sind die Linksextremen die Gewaltbereitesten, die, mit den Rechtsaußen, die Querdenker-Demonstrationen in Misskredit bringen.

Auf die Gesamtbevölkerung hochgerechnet sind die „Maskenverweigerer“ eine sehr deutliche Minderheit. Daher erwarte ich, dass, wenn sie sich in die Öffentlichkeit begeben, die Maskenpflicht einhalten. Das hat nichts mit einer Einschränkung von Grundrechten zu tun.

Wer diese Meinung vertritt, sollte sich einmal mit mir oder anderen DDR-Flüchtlingen darüber unterhalten, was eine Beschneidung von Grundrechten ist. Bei der Maskenpflicht geht es um gegenseitige Rücksichtnahme.

Peter Karstens, Eckernförde

WEHE DEN BESIEGTEN! ZU: WENN ZWEI DAS GLEICHE TUN (NR. 47)

Die Kolumne habe ich mit Genuss gelesen. Als Adolf Hitler 1939 in Polen einmarschierte, war das etwas völlig anderes als der völkerrechtswidrige Angriffskrieg der USA unter George W. Bush gegen den wehrlosen Irak im Jahr 2003? Auch Stalin, Churchill und Roosevelt beziehungsweise Truman hätten vor 75 Jahren in Nürnberg wegen Kriegsverbrechen vor Gericht gestellt werden müssen – wie Heß und Göring. Wehe den Besiegten!

Karsten Kriwat, Duisburg

EIN SPANNENDER ORT ZU: RUHESTATT DER KÄMPFER (NR. 47)

Da ich vor einigen Jahren selbst einen ausführlichen Gang über den Invalidenfriedhof gemacht und dabei zahlreiche Grabstätten nachträglich erforscht habe – schon in den 1990er Jahren hatte ich diesbezüglich mit den dafür zuständigen Behörden in Berlin Kontakt –, habe ich mich grundsätzlich darüber gefreut, dass dieser Beitrag nun zum bevorstehenden Volkstrauertag erschien.

Verwundert war ich allerdings darüber, dass die Autorin die Zeit nach 1918 kaum berücksichtigt hat. Man könnte den Eindruck gewinnen, dass der Ort nach der Einebnung von fast 3000 Gräbern 1925 kaum noch der Erwähnung wert gewesen wäre. Dabei wurden auch während der Weimarer Republik und des nachfolgenden Dritten Reiches noch zahlreiche Prominente dort beigesetzt.

Insbesondere im Zweiten Weltkrieg sorgte der Invalidenfriedhof immer wieder für Schlagzeilen. So wurde 1939 hier der frühere Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst Werner Freiherr von Fritsch, beigesetzt. Für das Jahr 1941 seien beispielhaft genannt der Generalluftzeugmeister, Generaloberst Ernst Udet, und der Jagdflieger Oberst Werner Mölders; für 1942 Generalfeldmarschall Walter von Reichenau, Fritz Todt, Reichsminister für Bewaffnung und Munition (im Artikel erwähnt) und der Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich, sowie für 1944 Generalleutnant Rudolf Schmundt, Chefadjutant Hitlers.

Nach 1945 wurden noch jährlich bis zum Mauerbau 1961 einige wenige Bestattungen vorgenommen. Einer der letzten Prominenten war im Februar 1961 Professor Walter Stoeckel, Direktor des Instituts für Gynäkologie der Humboldt-Universität. Nach dem 13. August 1961 lag der Invalidenfriedhof im sogenannten Todesstreifen, mitten hindurch verlief der Grenzzaun. Um freies Schussfeld zu haben, wurden viele Gräber, vor allem die Felder E, F und G, vollständig abgeräumt. Aber selbst danach gab es noch vereinzelt Beisetzungen, wenn Angehörige des oder der Verstorbenen in einem Grab ruhten, das bereits existierte.

Beispielhaft hierfür steht die 1968 im Familiengrab bestattete Alice Wallis, Schwester des NS-Widerstandskämpfers Fritz von der Lancken, der 1944 ermordet und im Grab seiner schon dort ruhenden Eltern beigesetzt worden war. Tatsächlich war der Friedhof 1961 nämlich nur geschlossen, aber nicht aufgehoben worden. Nach 1990, als man ihn unter Denkmal-

schutz stellte, wurden dann zahlreiche aufgelassene Gräber wieder restauriert, und jedes Jahr kommen einige hinzu, was den Invalidenfriedhof immer wieder zu einem neuen spannenden Ort werden lässt.

Wolfgang Reith, Neuss

WIPPEL IST EIN GÖRLITZER ZU: AFD - RÜCKGANG NUN AUCH IM OSTEN (NR. 43)

Herr Sebastian Wippel ist im vergangenen Jahr in Görlitz in Sachsen als Oberbürgermeister verhindert worden und nicht in Cottbus, der zweitgrößten Stadt des Landes Brandenburg, wo 2019 keine OB-Wahlen stattfanden. Schade, dass nach 30 Jahren deutscher Einheit bei einem Journalisten noch so viel Unkenntnis über die größeren Städte der ehemaligen DDR vorhanden ist.

Sigrid Bosse, Cottbus

LEBEN ZUR HÖLLE GEMACHT ZU: VERDRÄNGTES SCHICKSAL (NR. 41)

Die Deutschen im Osten und im Sudetenland standen bereits unter Vertreibungsdruck, als die Nationalsozialisten von der Macht noch weit entfernt waren. Zwischen 1918 und 1939 wurden mindestens eine Million Deutsche allein aus Polen vertrieben, aus alten deutschen Siedlungsgebieten, die nach Ende des Ersten Weltkrieges von den Siegern dem neu errichteten polnischen Staat zugeschlagen wurden.

Auch die Deutschen in Böhmen und Mähren hatten unter tschechischer Zwickenschenksherrschaft nichts zu lachen. Tausende flüchteten ins Reich, weil ihnen das Leben in der Heimat durch allerlei Diskriminierungen zur Hölle gemacht wurde. Das war einer der Gründe dafür, dass sich die Westmächte 1938 mit Hitler auf das Münchener Abkommen und die Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland verständigten. Fazit: Die Zeit vor 1945 darf nicht ausgeblendet werden.

Jürgen Frick, Dessau-Rosslau

ANZEIGE

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung
innerhalb Europas

Was Ihnen der Staat alles wegnehmen kann und wie Sie sich davor schützen

EXKLUSIV
Die Horrorkliste der
Steuern und Abgaben:
41 Möglichkeiten,
wie sich Olaf Scholz
Ihr Geld holen
wird!

KOPP VERLAG
Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

■ In der EU und in Deutschland werden Billionen Euro zur Bewältigung der Corona- und Wirtschaftskrise benötigt. Doch die Staaten sind klamm. Deshalb fordern jetzt viele Politiker: Ran an die Immobilien und ran an die Privatvermögen.

**Niemand ist vor Enteignungen sicher,
das gilt heute mehr denn je!**

Der Staat wird unzählige Möglichkeiten nutzen, um an die Ersparnisse der Bürger zu gelangen. Bestsellerautor Michael Grandt erklärt auf der Basis von rund tausend Quellen alle Enteignungsgesetze, die heute schon gelten, und hat für Sie zusammengestellt, welche Maßnahmen zu erwarten sind. Herausgekommen ist eine »Horrorkliste der Steuern und Abgaben«. Eine Liste mit 41 denkbaren Wegen der Geldbeschaffung. **Durch diese Liste wissen Sie schon heute, wo der Staat morgen bei Ihnen abkassieren kann.**

Wussten Sie zum Beispiel, dass

- ein »Lastenausgleich« und eine »Vermögensabgabe« bereits im Grundgesetz stehen?
- ganze Wirtschaftsbranchen enteignet werden können?
- Sie auch ohne direkte Enteignung Ihr ganzes Hab und Gut verlieren können?
- man Sie dazu zwingen kann, Ihr Grundstück zu bebauen und sogar ein Darlehen dafür aufzunehmen?
- Behörden leer stehende Wohnungen zwangsvermieten können?

- Ihr Mietrecht enteignet und Sie aus Ihrer Wohnung geworfen werden können?

Michael Grandt beantwortet viele brisante Fragen, über die Sie bewusst nicht aufgeklärt werden:

- Weshalb kennt kaum jemand das wichtigste Finanz-Enteignungsgesetz und warum wird öffentlich darüber geschwiegen?
- Was haben Reichsnotopfer, Wehrbeitrag und Hauszinssteuer mit unserer heutigen Situation zu tun?
- Weshalb ist eine Zwangshypothek auf Ihre Immobilie jederzeit möglich?
- Welches ist der »gefährlichste« Artikel im Grundgesetz?
- Wer ist eigentlich der »Enteignungsminister« der Bundesregierung?
- Wie ist es möglich, dass man mit der verschwiegenen CAC-Klausel Ihre gesamte Altersvorsorge enteignen kann?
- Was bedeuten die »Notstandsgesetze«, die Ihre Grundrechte in unglaublicher Weise einschränken, gerade in der heutigen Zeit?

Bringen Sie Ihr Vermögen rechtzeitig in Sicherheit. Michael Grandt zeigt Ihnen im Detail, was zu tun ist!

Michael Grandt

Vorsicht Enteignung!

Der Griff nach Ihrem Vermögen

KOPP

Michael Grandt: Vorsicht Enteignung!
gebunden • 316 Seiten • Best.-Nr. 981 800 • 22.99 €

MUSIKMASCHINEN

Es werde laut

Musikboxen in Übergrößen – Historische Automaten faszinieren die Hörer selbst im Digitalzeitalter

VON HELGA SCHNEHAGEN

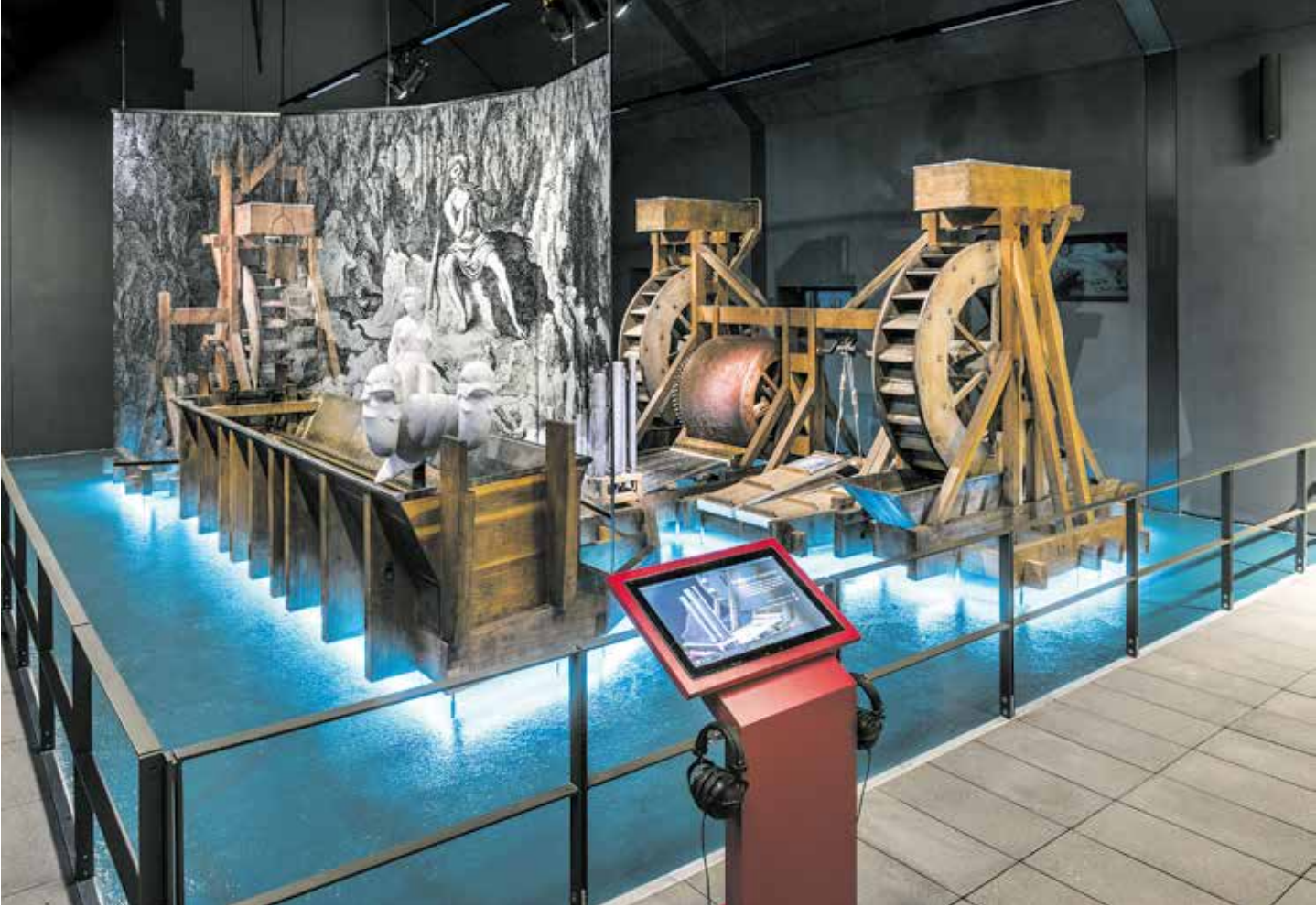
Kloster Michaelstein in Blankenburg im Harz birgt einen besonderen Schatz: einen gigantischen mechanischen Musikautomaten. Erst seit April 2019 ist das Unikum nach zehnjähriger Pause in einem extra neu errichteten Musikpavillon wieder öffentlich sichtbar. Dabei blickt man auf ein technisches Gesamtkunstwerk mit drei gewaltigen Wasserrädern, bewegten Bälgen und klingenden Orgelpfeifen. Durch die Wasserkraft wird nicht nur eine Stiftswalze für italienische Orgelmusik in Bewegung gesetzt, sondern auch die Figur der Galatea bewegt.

Nach Corona-bedingter Pause hätte dieser barocke Schallplattenapparat am 6. Dezember wieder ertönen sollen. Nun muss man sich bis zum Ende der Pandemie-Beschränkungen gedulden, bis die Maschine erst im Frühjahr wieder jeweils am ersten Sonntag eines Monats nachmittags vorgeführt wird.

Erfinder des mechanischen Gesamtkunstwerks war der Franzose Salomon de Caus (1576–1626). Der Gartenarchitekt und geniale Ingenieur stammte aus der Normandie. Ausgedehnte Reisen und Aufträge führten ihn später quer durch Europa. Unter anderem hatte er 1610 vom englischen Thronfolger Henry Frederick Stuart den Auftrag erhalten, in London die Wasserversorgung in den königlichen Gärten zu verbessern. Als sein Auftraggeber zwei Jahre später im Alter von nur 18 Jahren starb, fand er in Kurfürst Friedrich V. von der Pfalz einen neuen begeisterten Dienstherrn. Friedrich V. hatte 1613 Henrys Schwester Elisabeth geheiratet und wollte seiner anspruchsvollen Ehefrau ein standesgemäßes Zuhause bieten.

Daher beauftragte der Kurfürst de Caus schon gleich bei seiner Hochzeit mit der Anlage des berühmten Hortus Palatinus, des Gartens vor seinem Schloss in Heidelberg. Zusammen mit Elisabeth reiste de Caus nach Heidelberg, wo er bis 1620 blieb. Zwar wurde der Schlossgarten nie fertiggestellt – und dann auch noch zerstört, doch sind zahlreiche Entwürfe und Bauanleitungen erhalten, bei denen meist von Wasserkraft betriebene ausgeklügelte Automaten als „magische“ Attraktionen eine wichtige Rolle spielen.

Auch die in seinem Buch „Von Gewalt-samen bewegungen“ beschriebene „Machina, mit welcher eine Galatea in einer



Ein mit Wasserrädern angetriebenes Musikungetüm: Die rekonstruierte Musikmaschine von anno 1615

Foto: Ulrich Schrader

starcken Linie auf dem Wasser durch zween Delphine gezogen und wieder zurück gehet und ein Cyclops auf einer Schalmeyen spielt“ wurde zu dessen Lebzeiten nie gebaut. Erst 1998 haben sie Ingenieure der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen im Rahmen eines Forschungsprojekts nach Plänen des Universalgelehrten angefertigt.

Die kuriose Konstruktion beruft sich auf eine der sagenhaften Geschichten aus der griechischen Mythologie, in welcher der liebeskranke Polyphem die schöne sizilianische Seenymphen Galatea, die Milchweiße, aus dem Geschlecht der Nereiden verfolgt. Während Letztere von Delphinen gezogen über die Wogen des Meeres vor der Liebe des einäugigen Zyklopen flieht, tröstet sich dieser mit sentimentalem Flötenspiel.

Das Phonola der Villa Pustebblume

Seit Ende des 19. Jahrhunderts fanden Musikautomaten auch in gut betuchte bürgerliche Kreise Eingang. Insbesondere mechanisch oder elektrisch spielende Klaviere und Klaviervorsatzapparate ge-

hörten fortan ins gepflegte Wohnzimmer. Heute überdauern sie in nicht wenigen Museen. Eine Überraschung ist darunter die kleine, aber feine Privatsammlung der Villa Pustebblume in Wesenberg westlich von Neustrelitz inmitten der Strelitzer Kleinseenplatte. Hier, wo sich Orchestron, Pianola, Walzengrammophone, Polyphone, Drehorgel und so weiter geradezu stapeln, kann man – in normalen Zeiten – die mechanischen Instrumente nicht nur sehen, sondern ihre Klänge und Töne auch hören. Wegen des beengten Raums ist das Museum Corona-bedingt auf unbestimmte Zeit leider geschlossen.

In Wesenberg erfährt man auch Wissenswertes über ihre Verbreitung. So etwa, dass das „Weltadreibuch der gesamten Musikinstrumenten-Industrie“ in seiner Auflage von 1912 nicht weniger als 150 Firmen nennt, die Klaviervorsatzapparate herstellten. Die meisten davon lagen in Deutschland. Oder dass der Phonokatalog mit dem Notenrollenrepertoire aus demselben Jahr immerhin 694 großformatige Seiten umfasste. Und dass ein anspruchsvoller Werbeprospekt Namen

und Rang von ungefähr 220 Käufern des Vorsatzapparates aufzählte, von denen der rangoberste Kaiser Wilhelm II. und der geringste ein Flottenkapitän war.

Blaublütige Käufer waren das wichtigste Verkaufsargument. Um sie als echte Kunden auszuweisen, war folgender Zusatz in einer Phonola-Anzeige mit zahlreichen Adels-Referenzen charakteristisch: „Wie alle unsere Lieferungen an höchste Persönlichkeiten, sind auch die obigen ausnahmslos regelrechte Geschäfte, nicht etwa Schenkungen oder Verkäufe zu außergewöhnlichen Bedingungen.“

Auf prominenter bürgerlicher Seite schreibt der Arzt Ferdinand Sauerbruch (1875–1951) in seinen Lebenserinnerungen: „In meiner Jugend hatte ich Trompete geblasen, das tat ich jetzt nicht mehr, aber ich kaufte mir ein Phonola, auf dem es sich leicht musizieren lässt. Mein Lieblingsstück war die Egmont-Ouvertüre, die spielte ich mir und meinen Gästen mit großem Schwung vor.“

Infos www.kloster-michaelstein.de; www.villa-pustebblume-wesenberg.de

POTSDAM

Skulpturen fürs Stadtschloss

Das Potsdamer Stadtschloss, in dem der Brandenburger Landtag untergebracht ist, erhält ein paar „plastische“ Korrekturen. Nach und nach kehren zehn von ehemals 76 Attika-Skulpturen auf das Gebäude zurück. Dabei wird eine Eurydike-Figur als Original aufgestellt, die anderen als bildhauerische Rekonstruktionen.

Vor allem durch Kriegseinwirkung sind viele Skulpturen beschädigt worden oder gänzlich verloren gegangen. Nahezu komplett erhalten haben sich nur wenige Figuren. Deshalb war vorab zu prüfen, ob der Zustand der originalen Kunstwerke eine dauerhafte Wiederaufstellung im Freien überhaupt zulässt. Bei den meisten ausgewählten Figuren stellte sich heraus, dass die innere Beschaffenheit des Sandsteins wegen Kriegsschäden, Fehlstellen oder früherer Restaurierungen eine Rekonstruktion notwendig machten. Bei der Wiederherstellung des mythologischen Skulpturenensembles halfen in erster Linie historische Abbildungen.

Ermöglicht wurde das Projekt von der Hasso Plattner Foundation, die im Rahmen ihrer Kunst- und Kulturförderung bereits die 2005 beschlossene Rekonstruktion des historischen Zentrums Potsdams mit dem originalgetreuen Wiederaufbau des Palais Barberini maßgeblich voranbrachte. Seit 2017 wird in diesem Zusammenhang auch die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg (SPSG) bei der Restaurierung von Skulpturen des Potsdamer Stadtschlusses unterstützt.

H. Tews



Im Atelier: Kopie der Andromeda

GESCHENKIDEEN

Eine bärige Idee

Warum nicht mal einen Bären häkeln? Wie der Biberbär einer deutschen Künstlerin zum Internetstar und Verkaufsschlager wurde

Um sich im Beruf des Spielzeugmachers zu behaupten, sind gute Ideen von Vorteil. Doch oft genügt das alleine nicht. Eine langjährige Ausbildung steht am Anfang, um die nötige Kompetenz zu erwerben.

Heutzutage teilt man den Beruf in zwei Bereiche ein, den Spielzeughersteller und den Holzspielzeugmacher. Für beide Berufsgänge dauert die Ausbildung drei Jahre und findet sowohl in der Schule als auch in einem Betrieb statt. Dort lernt man die praktischen Dinge und probiert aus, ob das handwerkliche Geschick ausreicht. Wichtig sind gute Kenntnisse in Mathematik und ausreichende Befähigung im Werken, Basteln und Malen.

Der Beruf „Spielzeugmacher“ entwickelte sich aus den Handwerksberufen. Tischler, Drechsler, Schlosser, Gold- und

Silberschmied sowie Töpfer: Sie fertigten in früheren Zeiten nebenbei Spielzeuge für Kinder. Auch entstanden in manchen Gegenden auf diese Weise richtige Zentren der Holzspielzeugherstellung, so in Oberammergau in Bayern, in Thüringen oder dem Erzgebirge in Sachsen. Kaufleute, die durch die Dörfer zogen, sorgten für den Verkauf der Waren in entfernteren Gegenden. So wurde das Spielzeug überall bekannt, sogar in Amerika.

Eine äußerst erfolgreiche Idee hatte auch die Grafik-Designerin Silke Siefert aus Rheda-Wiedenbrück im Kreis Gütersloh. Ihre Zwillingsschwangerschaft zwang sie in gewisser Weise zum Ausruhen. Und so besann sie sich auf eine Tätigkeit, die man gut im Sitzen machen kann: das Häkeln. Ihr Ansinnen war es, für ihre Söhne



Echte Handarbeit: Der Biberbär

einen Teddy zu häkeln. Doch irgendetwas ging schief und der Teddy hatte ein Gesicht wie ein Biber, der sich die Backen vollgestopft hat. Der Bär sah jedoch so zum Knuddeln aus, dass sie ihn richtig lieb gewann und ihm den Namen Mister O'Lui, der Biberbär, gab.

Als die Künstlerin ihn auf einem Instagram-Kanal ins Internet stellte, bekam er rasch eine riesengroße Anhängerschaft. Menschen aus aller Welt waren von Mister O'Lui begeistert. So entschloss sich Siefert, den kleinen Spielkameraden auch für andere Kinder häkeln zu lassen und im Internet zum Kauf anzubieten. Auch die Häkelanleitung zum Selbermachen kann man sich nun im Netz herunterladen.

Inzwischen gibt es viele weitere Freunde, wie die Giraffe oder den Fuchs.

Das Herstellen überlässt Siefert den ausgebildeten Spielzeugmachern, die über Kenntnisse zur Herstellung von kindersicherem Spielzeug verfügen, denn hier sind viele Vorschriften zu beachten, und jedes Kuscheltier muss ein Konformitäts-Kennzeichen CE tragen, um den geltenden Vorschriften der EU zu entsprechen.

Im nächsten Jahr wird es sogar ein Kinderbuch über den Biberbären und seine Freunde geben. Viele Erfolgsgeschichten haben bereits begonnen. Man denke nur an die berühmte Puppenschöpferin Käthe Kruse, die 1905 ebenfalls für ihr Kind, Tochter Maria, eine Puppe kreierte, deren Nachfolgemodelle Weltruhm erlangten.

Silvia Friedrich

Internet www.mister-o-lui.com

FÜR SIE GELESEN

Wissenswertes
über Angeln

Wenn auch die Corona-Krise Reisen und Ausflüge zurzeit so gut wie unmöglich macht, so hindert sie Interessierte doch nicht daran, sich Wissen über mögliche künftige Reiseziele anzueignen. Bei Johannes Callsens Bildband „Kleines Angeln-ABC“ im Kleinformat geht es um die von der Flensburger Förde und der Schlei umgebene Halbinsel Angeln. Callsen stellt die Besonderheiten dieses Landstrichs vor mit seinen eigenen Traditionen und seiner besonderen Form der niederdeutschen Sprache sowie alles, was typisch ist für diese Landschaft. Von A bis Z werden neben bekannten Orten wie Arnis, Glücksburg oder Kappeln besondere Landschaften wie die Geltinger Birk oder die Förde sowie nur in Angeln vorkommende Obstsorten sowie die Bräuche beschrieben. Die zahlreichen farbigen Aufnahmen stammen vom Fotografen Günter Pump. Das Buch ist eine ideale Aufmerksamkeit. *M. Rosenthal-Kappi*



Johannes Callsen:
„Kleines Angeln-ABC“, Husum Verlag, Husum 2020, gebunden, 141 Seiten, 9,95 Euro

ADVENT



Weihnachten für Jung und Alt

27 der schönsten Geschichten zum Vorlesen oder Selberlesen gesammelt in einem Buch

Vorfreude auf Weihnachten verspricht die Sammlung bekannter und beliebter Weihnachtsgeschichten des Insel-Taschenbuchverlags. Das thematisch geordnete und im Inhaltsverzeichnis mit Angaben zur Lesedauer versehe-

ne Buch bietet eine vielseitige Mischung aus Erzählungen von Erich Kästner, Hans Fallada, Ephraim Kishon, aber auch des Arztes und Kabarettisten Eckart von Hirschhausen. Ein ideales Geschenk für die Adventszeit. *MRK*

Gesine Dammel (Auswahl): „Zauberhafte Weihnachtsgeschichten zum Vorlesen“, Insel Verlag, Berlin 2020, Taschenbuch, 190 Seiten, 10 Euro

KLASSIKER DER NACHKRIEGSZEIT

Zettel's
verkürzter Traum

Frischluftezufuhr für angestrengte Leser – Ein Lesebuch führt in das 1300-seitige Hauptwerk von Arno Schmidt ein. Es soll dem „zögernden Leser Mut machen“, sich auf ein Leseabenteuer einzulassen

VON HARALD TEWS

Bei manchen Büchern kommt man sich vor wie der Ochs vorm Berg. Man weiß einfach nicht weiter. Arno Schmidts Mammutwerk „Zettel's Traum“ ist solch ein Solitär in der literarischen Landschaft, ein Achttausender, den man gerne bezwingen möchte, aber bei dem einem schon nach wenigen Seiten die Luft ausgeht.

Eine Art Sauerstoffgerät für Leser, die unbedingt einmal einen Blick vom Schmidt-Gipfel erhaschen wollen, hat nun Bernd Rauschenbach von der Arno-Schmidt-Stiftung herausgebracht. Sein Lesebuch „Arno Schmidts Zettel's Traum“ führt einen etappenweise voran. Aus jedem der acht Kapitel des Riesenwerks finden sich auszugswise Appetithäppchen, denen eine kurze Gourmetanleitung vorangestellt ist, die sich mehr oder weniger auf die Handlung beschränkt.

Handlung? Eigentlich passiert auf diesen 1300 Seiten („Zetteln“ laut Schmidt) des vor 50 Jahren im originalen Schmidtschen DIN-A3-Manuskriptformat erschienenen Werkes nicht viel. Erzählt wird von einem Treffen von vier Personen, ihren Spaziergängen und Gesprächen in der südöstlichen Lüneburger Heide – dort in Bargfeld bei Celle lebte auch Schmidt zurückgezogen bis zu seinem Tod 1979. Als Orientierungshilfe sind diese Handlungseinführungen aber durchaus brauchbar.

Sie helfen aber nicht, dem Leser den Schrecken vor Schmidts eigenwilliger Interpunktion, den an seinem irischen

Schriftstellervorbild James Joyce geschulten Wortspielen oder der phonetischen Umsetzung gesprochener Sprache zu nehmen. Ganz zu schweigen von seiner in „Zettel's Traum“ – der Titel ist nicht nur ein Zitat aus Shakespeares „Sommer-nachtstraum“, sondern auch eine Anspielung auf die Zettelkästen in Schmidts Ein-Mann-Schreibwerkstatt – ausgebreiteten „Etym-Theorie“, mit der er in Freudscher Manier Wortursprünge humoristisch auf die Analyse-Couch legt, sowie seiner extravaganten Auseinandersetzung mit Edgar Allan Poe, die als Literaturtheorie „Zettel's Traum“ zugrunde liegt.

Daneben muss man eine ordentliche Portion Allgemeinwissen aufbringen für Sätze wie diesen: „mußDe äuch noch groß=frag'n : >wieso Die id Schuppm dort verschwandn?< / (>Die Welt als WillLust & Vërstellunc< ...)“. Dabei weckt ein schnodderig gesprochener „Schuppen“ die Assoziation an Schopenhauer und mündet in eine erotisierte Verballhornung des Titels seines philosophischen Hauptwerks.

Neben einem Lesebuch wäre ein eigener Anmerkungsband zu „Zettel's Traum“ fällig. Die Arbeit daran würde wohl Jahrzehnte dauern. Immerhin hat Schmidt selbst Randglossen in sein Hauptwerk eingefügt. Sein DIN-A3-Typoskript umfasst drei Spalten, wobei die mittlere Hauptspalte die eigentliche „Handlung“ wiedergibt. Links und rechts davon finden sich Schmidts Anmerkungen. In Rauschenbachs Kurzfassung von „Zettel's Traum“ entfällt diese Aufteilung. Einige der rechten Randbemerkungen sind im

kleineren Schriftgrad in den Haupttext integriert. Damit kann man gut leben.

Das Lesebuch setzt die Bemühungen einer leserfreundlichen „Zettel's Traum“-Ausgabe fort. Waren lange Zeit nur großformatige Faksimile-Fassungen des Typoskripts mit allen Fehlern und Korrekturen Schmidts auf dem Markt, so erschien 2010 bei Suhrkamp erstmals eine Ausgabe in gesetzter Form (aktuell kostet sie 348 Euro). Das kleine Lesebuch will laut Einleitung „dem noch zögernden Leser Mut machen, sich dem Lektüre-Erlebnis auf kurze Zeit auszusetzen“. Es dient sicher auch als Werbung für den mit viel Aufwand edierten Riesenkoloss von Suhrkamp.

Da aus dem Nachlass Schmidts bereits jeder Rest veröffentlicht ist, nutzt man jede Möglichkeit, um Schmidt weiter zu vermarkten. Positiv ausgedrückt heißt das aber auch, dass dieses Lesebuch uns einen der größten deutschen Nachkriegsautoren in Erinnerung ruft. Wem „Zettel's Traum“ eine zu harte Nuss ist, dem seien Schmidts frühe Prosawerke wie „Die Umsiedler“ empfohlen, in denen er seine Erfahrungen als Flüchtling nach 1945 noch lesbar thematisiert hat.



Bernd Rauschenbach (Hg.): „Arno Schmidts Zettel's Traum. Ein Lesebuch“, Arno Schmidt Stiftung im Suhrkamp Verlag, Bargfeld 2020, Klappenbroschur, 232 Seiten, 25 Euro

ERINNERUNG

Flucht aus Görlitz,
Ankunft in Friesland

Wolfgang Bittner schildert detailliert und liebevoll Kriegs- und Nachkriegserlebnisse in seinem Roman mit autobiografischen Zügen

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Im ersten Abschnitt seines Romans „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen: Ein deutsches Lebensbild“ beschreibt der bekannte Roman- und Sachbuchautor Wolfgang Bittner liebevoll und detailliert das Leben einer Familie in gutbürgerlichen Verhältnissen im oberschlesischen Gleiwitz [Gliwice], beginnend 1941, vor dem Hintergrund des anfangs noch fernen Krieges.

Die häufig eingeblenkten Nachrichten über das Kriegsgeschehen nutzt Bittner, um die unterschiedliche Einstellung der zahlreichen Familienmitglieder, teils mit deutsch-polnischen Wurzeln, zu Hitler und dem Nationalsozialismus herauszustellen. Gleich einem Augenzeugen berichtet er von der Besetzung der Stadt durch die sowjetische Armee Ende Januar 1945, über Plünderung, Vergewaltigung, die Verschleppung des Großvaters, die Vertreibung der jungen Mutter mit ihrem vierjährigen Sohn und ihrer Schwester mit Sohn.

Das Besondere: Der 1941 geborene Autor selbst ist der kleine Sohn, dessen Name nicht genannt wird (er ist „das Kind“, später „der Junge“), und auch die Handlung hat autobiografische Bezüge. Mutter und Sohn gelangen Anfang 1946 in einen abgelegenen Winkel Ostfrieslands, wohin es den Vater nach seiner Kriegsverwundung verschlagen hat. Wenig ereignisreich sind die folgenden Jahre. Bittner schildert in epischer Breite das mühsame, aus Sicht der Mutter trostlose Dasein der kleinen Familie in einer Barackensiedlung



Bei einer Lesung: Wolfgang Bittner

am Rand der kleinen Stadt. Einziger Lichtblick ist für sie und andere bildungs hungrige Barackenbewohner ihr „Salon“, eine offene Gesprächsrunde, die einmal in der Woche in ihrer Wohnküche stattfindet.

Diesen Erzählraum nutzt der Autor, um seine amerikakritische Position zu konkretisieren. Der Junge erkundet die Natur und findet einen Freund, er fühlt sich geborgen in seiner kleinen Welt ohne Krieg. Ein außergewöhnliches, auch für Jugendliche sehr empfehlenswertes Buch.



Wolfgang Bittner: „Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen. Ein deutsches Lebensbild“, Verlag zeitgeist Print & Online, 2. Auflage, Hörn-Grenzhausen 2019, gebunden, 351 Seiten, 21,90 Euro



Kalender Berlin in alten Ansichten 2021
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Berlin. Spiralbindung.
Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1559 Kalender 14,90 €



Kalender Halle an der Saale in alten Ansichten 2021
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Halle an der Saale. Spiralbindung.
Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1548 Kalender 14,90 €



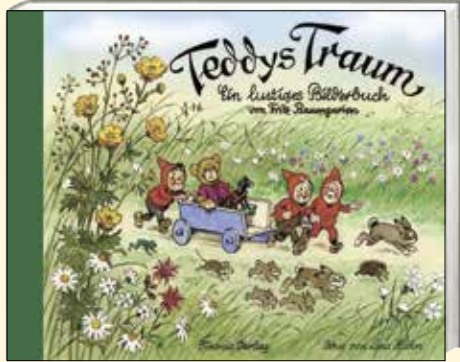
Hans-Ulrich Engel
Pommern – Unvergessene Heimat in 216 Bildern
Der historische S/W-Bildband zeigt Pommern wie es einst war in
216 historische Fotografien. Format 24 x 23 cm
Nr. P 533172 Gebunden 15,95 €



Heinrich Trierenberg
Breslau – Unvergessene Heimat in 216 Bildern
Der historische S/W-Bildband zeigt Breslau wie es einst war in
216 historische Fotografien. Format 24 x 23 cm
Nr. P 533175 Gebunden 15,95 €



Kalender Dresden in alten Ansichten 2021
Mit 12 historischen S/W-Motiven aus Dresden. Spiralbindung.
Wandkalender. Format 29 x 32 cm
Nr. P A1547 Kalender 14,90 €



Fritz Baumgarten
Teddys Traum (Format 26,5 x 21 cm)
Teddy träumt von einem wunderschönen Fest bei den Wichteln mit
Musik und gutem Essen. Der kleine Wichtelmann begeistert Teddy, die
Wichtel und die Tiere des Waldes mit seinen lustigen Schattenspielen.
Ein wunderschönes Bilderbuch mit liebevollen Illustrationen. 24 S.
Nr. P A0795 Gebunden 8,95 €



Max Gallii und Ernst-Otto Luthardt
Reise durch Estland
128 Seiten/211 Abbildungen.
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 531787 8,95 €

Mit einer insgesamt 3.794 Kilometer langen Küstenlinie, mehr als anderthalbtausend Inseln und kaum weniger Seen ist das kleine Land im Norden Europas das Land des Wassers. Ältestes, größtes und bekanntestes Kurbad des Landes ist Pärnu. Der alten Hansestadt ist ein malerischer Strand vorgelagert. Spektakulär vollzieht sich die Vermählung von Land und Meer an der Steilküste des finnischen Meerbusens, die sich bei toila besonders mächtig und bizarr gibt. Bedeutende Kulturdenkmäler zeugen von der langen und wechselvollen Geschichte Estlands. Alte Herrensitze und die Ruinen der einst so stolzen Ordensburgen zeugen von Macht und Reichtum vergangener Zeiten. 211 Bilder zeigen Estland in all seinen Facetten.



Bruno Brehm/Hansgeorg Loebel
Sudetenland – Unvergessene Heimat in 216 Bildern
Der historische S/W-Bildband zeigt Pommern wie es einst war in
216 historische Fotografien. Format 24 x 23 cm
Nr. P 533173 Gebunden 15,95 €



Wolfgang Korall
Ernst-Otto Luthardt
Ostpreußen
160 Seiten im Großformat.
Format 24 x 30 cm.
Gebunden
Nr. P 531700 16,95 €

Ostpreußen, das Land der dunklen Wälder, kristallinen Seen und der weiten Küste, ist wieder zu einem erreichbaren und einzigartigen Reiseziel geworden. Ebenso wie der Zauber seiner Landschaften locken die Städte und Dörfer der Region, deren Kirchen, Burgen, Schlösser und Herrenhäuser von der wechselvollen Geschichte erzählen. Über 260 Fotografien geben ein umfassendes Bild Ostpreußens, von Elbing im Westen bis nach Memel und mit Königsberg im Zentrum. Sechs Specials informieren über den Astronom und Mathematiker Nikolaus Copernikus, den Deutschen Orden, den Oberländischen Kanal, die Wollfschance, die Schlacht von Tannenberg und das Gold Ostpreußens, den Bernstein.



Freyer/Korall und E.-O. Luthardt
Reise durch die Kurische Nehrung
128 Seiten/161 Abbildungen. Geb.
Nr. P 531790 8,95 €

Die Kurische Nehrung ist eine 98 Kilometer lange Halbinsel zwischen Memel und Sarkau, von der heute 52 Kilometer zu Litauen und 46 Kilometer zu Russland gehören. Die Nehrung besteht ausschließlich aus Sand mit riesigen Wanderdünen, die in den vergangenen Jahrhunderten immer wieder Ortschaften unter sich begruben. Die Große Düne bei Nidden, eine der größten Dünen Europas, wird auch die „ostpreußische Sahara“ genannt. Heute ist die Nehrung wieder ein beliebtes Reiseziel geworden, das einst auch von Persönlichkeiten wie Thomas Mann geschätzt wurde. Über 160 Fotos zeigen diese in Europa einzigartige Landschaft mit ihren Naturschutzgebieten und Dörfern von Königsberg bis Memel.



Freyer/Ilg und Schumann
Reise durch Litauen
128 Seiten/181 Abbildungen.
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 531730 8,95 €

Litauen gehört zu den drei baltischen Staaten innerhalb Nordeuropas und lockt nicht nur mit einer abwechslungsreichen Landschaft: Herrliche Sandstrände an der Ostsee mit der Kurischen Nehrung, dichte Wälder, einsame Hochmoore und hügelige Weiden sowie unzählige Seen. In idyllischen Dörfern werden alte Traditionen gepflegt, die Hauptstadt Vilnius prägen barocke Kirchen und verwinkelte Gassen, gemütliche Cafés, Jazzkneipen und Ateliers. Über 180 Bilder zeigen Litauen in seiner ganzen Vielfalt, vier Specials berichten über den Bernstein, das „baltische Gold“, die Sagen- und Mythenvelt, das Naturphänomen der Kurischen Nehrung und die Inselburg Trakai.



Ralf Freyer und Ernst-Otto Luthardt
Reise durch Pommern
140 Seiten/207 Abbildungen.
Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 534106 9,95 €

Pommern, die heute sowohl auf deutschem wie auch auf polnischem Staatsgebiet gelegene alte Kulturlandschaft, ist ein Land am Meer: Die Ostsee umspült auf 515 Kilometern Länge die reizvolle Küste. Und zu Pommern gehört auch das Land im Meer: Hidden-see, Usedom, Rügen und Wollin locken mit ihren altherwürdigen Seebädern und Naturschönheiten. Einen landschaftlichen Kontrapunkt zur Küste setzt die Pommersche Seenplatte, die so genannte „Pommersche Schweiz“. Einzigartige Kultur- und Kunstdenkmäler erzählen von der langen Geschichte. Die ersten Ostseebäder schmückten sich mit glanzvoller Badearchitektur und Strandpromenaden der Jahrhundertwende.



DVD
Der deutsche Osten in alten Bildern
Spielzeit: 65 Minuten
Nr. P A0564 DVD 9,95 €

Eine einzigartige filmische Reise führt uns nach Masurien, Oberschlesien, Pommern, Ostbrandenburg, Bessarabien, Ostpreußen und ins Sudetenland. In zum Teil noch nie gezeigten Filmaufnahmen aus den 20er und 30er Jahren werden Kultur und Tradition dieser Regionen wieder lebendig. Über viele Jahrhunderte haben Deutsche die Landschaft, die Arbeit und das kulturelle Leben geprägt, haben Dörfer und Burgen, Kirchen und Schlösser errichtet. Vor 700 Jahren kamen die deutschen Ordensritter, um das Land zu christianisieren. Ihre stolzen Ordenssitze sind stumme Zeugen dieser längst vergangenen Zeit. Die Filmaufnahmen dokumentieren ein Stück unvergessener deutscher Heimat im Osten und sind zugleich ein Zeugnis für die wechselvolle Geschichte Osteuropas.



Wolfgang Wieder
Karl der Große
Der Schöpfer Europas – eine Biografie
400 Seiten/Kartiert
Nr. P A0908 12,80 €

Karl der Große (747 – 814 n. Chr.) war einer der bedeutendsten Herrscher der Weltgeschichte. Als König der Franken verfolgte er konsequent eine Politik der Einigung und Stärkung des fränkischen Reiches. Er schuf eine effektive Verwaltung und förderte Bildung, Wissenschaft und Künste. Aber er führte auch mit äußerster Härte Kriege mit dem Ziel der Expansion seines Reiches und der Sicherung seiner Reichsgrenzen. Karl der Große gilt, seit dem Jahre 800 römischer Kaiser, als Vater Europas, der in seinem Wirken das antike Erbe mit der christlichen Religion zusammenfügte und damit die abendländische Geschichte bis heute maßgeblich prägte. Wolfgang Wieder ist eine spannend geschriebene Biografie gelungen, die die vielfältigen Facetten der Persönlichkeit beleuchtet.



Reinhard Schmoeckel
Deutschlands unbekannte Jahrhunderte
Geheimnisse aus dem Frühmittelalter
510 Seiten/Gebunden
Nr. P A0881 16,80 €

Was war in unserem Land – Deutschland – vor etwa 1500 Jahren los? Das war die Zeit zwischen dem Ende des Römischen Kaiserreichs und den Kaisern eines „Heiligen Römischen Reichs“, die nun plötzlich aus Mitteleuropa stammten? Gab es da bei uns überhaupt „Geschichte“? Gab es Ereignisse, die vielleicht bestimmend für die weitere Entwicklung der Menschen und des Landes waren? Allerdings glauben die Historiker, davon kaum etwas zu wissen, denn niemand hat ja damals in unserem Land schreiben können. Dr. Reinhard Schmoeckel ist es gelungen, aus einer großen Fülle von Detailuntersuchungen vieler Privatscher, darunter auch seiner eigenen, ein überraschend lebendiges Bild jener Zeit vor anderthalb Jahrtausenden zusammenzustellen, ein Bild, das bisher noch keinen Eingang in die Geschichtswissenschaft gefunden hat.



Hans Graf von Lehnndorff
Die Insterburger Jahre
Mein Weg zur Bekenennenden Kirche
100 Seiten/Taschenbuch
Nr. P A0934 14,95 €

Hans Graf von Lehnndorff, der Autor des berühmten „Ostpreußischen Tagebuchs“, schildert in diesem Bericht seine Begegnung mit der Bekenennenden Kirche in den Kriegsjahren 1941–1944 in Insterburg, wo er Assistenzarzt am Krankenhaus war. In klarer und eindringlicher Art entwirft er ein Bild von den Menschen, mit denen er dort zusammentraf, und die sein Leben und Denken entscheidend prägten. Er berichtet von der Arbeit der Mitglieder in der Gemeinde, den praktischen Hilfen, den abendlichen Veranstaltungen, auch von den Schwierigkeiten mit der „amtlichen Kirche“, die sich den staatlichen Machtverhältnissen zumeist anpasste.



Hans-Jürgen Panitz
Luis Trenker
Ungeschminkt
192 Seiten im Großformat.
Format 24,8 x 27,8 cm.
Gebunden
Nr. P A1448 14,95 €

Luis Trenker prägte mit seinen unvergesslichen Filmen und seiner markanten Medienpräsenz das Bild vom Berg und vom Bergsteigen wie kaum ein anderer. Bis heute zählt er zu den bekanntesten Bergsteigern, obwohl er viel mehr war als „nur“ ein Alpinist. Mit diesem Buch soll an den Bergfilmer und Schriftsteller, Architekten und Maler, Regisseur und Schauspieler, Bergführer, Herzensbrecher und Komödianten, Geschichten-erzähler und Lebenskünstler erinnert werden. Bislang unveröffentlichtes Bild- und Textmaterial, Erinnerungen von Zeitgenossen und Anekdoten aus seinem Leben geben Einblick in eine außergewöhnliche Künstlerbiografie. Damit hält das Buch auf gut gelaunte, unterhaltsame Art und Weise Erinnerungen wach an Sternstunden der Film- und Fernsehgeschichte.



Manfred Alexander und Günther Stökl
Russische Geschichte
944 Seiten
Nr. P A1368 Kart. 9,95 €

Diese verlässliche und äußerst anschaulich geschriebene Darstellung rekapituliert die ereignisreiche russische Geschichte, die seit dem Zerfall der Sowjetunion und den Entwicklungen im Russland der letzten Jahre sehr an Aktualität gewonnen hat. Für die nun vorliegende 7. Auflage hat Manfred Alexander den gesamten Text gründlich überarbeitet, auf den neuesten Stand der Forschung gebracht und bis in die Ära Putin hinein fortgeschrieben. Zahlreiche Zeittafeln wurden in den Text integriert, die den Leser jeweils schon einleitend über die Ereignisse und ihre Protagonisten orientieren und auch die Anzahl der Karten wurde erhöht, um die Verortung der Geschichte zu erleichtern. Ein ausführlicher Apparat mit Stammtafeln, einer umfassenden Zeittafel, einem Literaturverzeichnis, Register und Glossar komplettieren dieses Standardwerk.



Detlef Schnell
Mühlen und Wasserkraftwerke in Pommern
250 Seiten/Kartiert
Nr. P A1315 24,95 €

Neben den Kirchen, Burgen, Schlössern und Herrenhäusern gehören vor allem die Wind- und Wassermühlen zu den prägenden Bauwerken der europäischen Kulturlandschaft, wobei die Wassermühlen, wegen ihrer oft versteckten Lage in einem Bachtal, häufig erst aus der Nähe visuell zur Geltung kommen. Im Gegensatz dazu sorgen ihre flügelbewehrten Vetttern in der Regel schon von weitem für Aufmerksamkeit. Begeben Sie sich mit uns auf eine Entdeckungsreise durch Vor- und Hinterpommern und schenken sie diesen faszinierenden Bauten ihre Aufmerksamkeit. Der Autor erarbeitet eine Übersicht aller noch vorhandenen Mühlen in Pommern, nicht nur die wunderschön erhaltenen, sondern auch wenn nur noch Ruinen vorhanden sind. Somit wird in diesem Buch zum ersten Mal der aktuelle Bestand erfasst, vorgestellt und mit Fotos dokumentiert.



Königsberger
Marzipanherz
Schwermer Marzipanherz einzeln in Cellophanfolie verpackt
30 Gramm gefülltes Marzipan mit Zuckerguss in der Mitte.
Nr. P 5659 Marzipanherz 2,20 €



Rudolf Meyer-Bremen/Jörn Barfod
Frühe Ansichten Ost- und Westpreußens
Die frühen Lithographien aus Ost- und Westpreußen überliefern das Aussehen von Orten und Landschaften dieser östlichen Kernprovinzen des Königreichs Preußen. Das erwachte romantische Interesse an Land und Leuten und die malerischen Qualitäten der damals noch ganz jungen Technik des Steindrucks ergänzen sich in idealer Weise. Viele der Zeichner und Lithographen, die diese Ansichten schufen, gehören zur ersten Generation der durch die gegen 1800 entstandenen staatlichen Kunstschulen in Königsberg und Danzig gegangenen Künstler. 144 Seiten
Nr. P A1229 Kartiert 4,99 €



Heidi Fruhstorfer
Deutsche Filmstars
Meine Begegnungen mit unseren größten Schauspielern
144 Seiten im Großbildbandformat.
Gebunden
Nr. P A1318 9,99 €

Hans Albers, Marianne Hoppe, Curd Jürgens, Elisabeth Flickenschildt, Gustav Knuth, Marika Röck, Therese Giehse, Gustaf Gründgens, Olga Tschechowa, Ernst Fritz Fürbinger, Liesl Karlstadt und Karl Valentin, Rosa Retty und Romy Schneider, Kurt Meisel und Theo Lingens, Maria Schell und Veit Relin, die Stars des deutschen Films – Heidi Fruhstorfer hat sie alle persönlich kennengelernt. Wie lebten Lil Dagover und Peter Lühr in den 60er- und 70er-Jahren? Warum wurden Antje Weisberger und Gert Fröbe Schauspieler? Das und vieles mehr erfährt die Autorin bei diesen aufregenden Begegnungen. Die faszinierenden Fotos ihres Mannes, des Fotografen Georg Fruhstorfer, geben Einblicke in das Alltagsleben und die Karrieren unserer größten Schauspielerinnen und Schauspieler. 144 Seiten im Großbildbandformat.

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg
GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,50*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

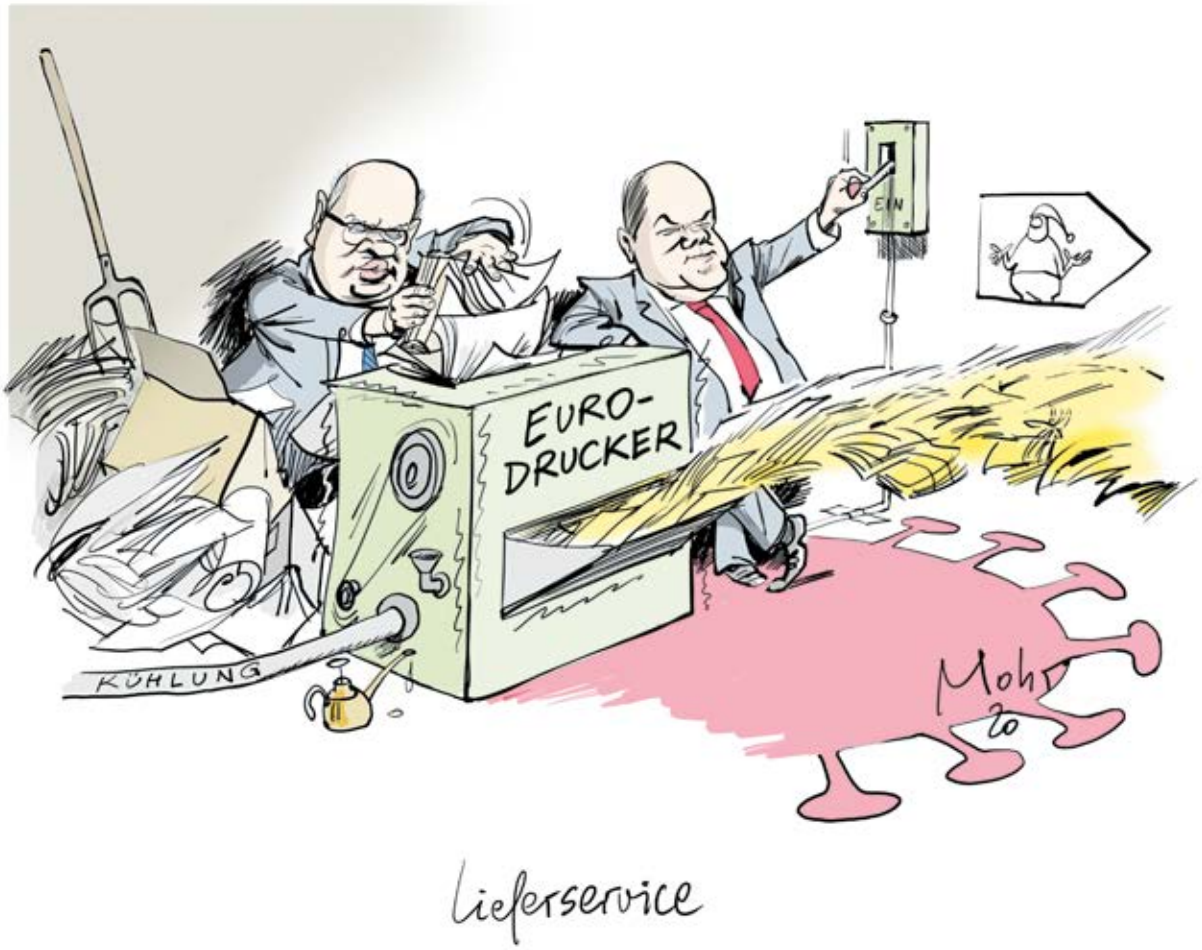
Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname	Name
Straße/Nr.	Telefon
PLZ/Ort	
Datum	Unterschrift

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

● **AUFGESCHNAPPT**

Die absolute Mehrheit der Deutschen, 54 Prozent, findet es richtig, dass eine Mehrheit aus CDU und AfD im Landtag von Sachsen-Anhalt die Erhöhungen der Rundfunkbeiträge ablehnt, nur 20 Prozent sind dagegen. Dies ergab eine INSA-Umfrage. Es reicht, dass ein einzelner Landtag die Erhöhung zurückweist, schon ist sie blockiert. Die Staatssender, die CDU-Zentrale in Berlin und Rot-Rot-Grün üben massiven Druck auf die sachsen-anhaltische Union aus, der Gebührenerhöhung doch noch zuzustimmen. Dabei wird vor allem die Tatsache hervorgehoben, dass die Christdemokraten zusammen mit der oppositionellen AfD abstimmen müssten, um die Erhöhung zu stoppen. Interessant ist, dass laut INSA auch die Anhänger aller übrigen Bundestagsparteien für das Abblocken der Gebührenerhöhung durch CDU und AfD in Magdeburg votieren. Die Staatssender, so wird kolportiert, seien auf das zusätzliche Geld dringend angewiesen, weil sie die Mehreinnahmen bereits als zusätzliche Ausgaben verplant hätten. *H.H.*



● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Der Schauspieler und Regisseur Leander Haußmann („Sonnenallee“) äußert gegenüber der Berliner „B.Z.“ (22. November) Sorgen, wie die Corona-Maßnahmen Deutschland verändern könnten:

„Wer aber Maßnahmen und Regeln diskutieren will, wird oft gern in die Ecke der Corona-Leugner geschoben. Manchmal habe ich das Gefühl, die Leute werden gegeneinander aufgehetzt. Das kann leicht ein Volk von Denunzianten hervorbringen. Angesichts unserer Geschichte mit Nazis und Stasi kann das wohl niemand wollen.“

Matthias Matussek geißelt in der Schweizer „Weltwoche“ (25. November) die falsche Moral deutscher Kirchenfürsten:

„Wie zynisch ist Heinrich Bedford-Strohm, dieser bleiche protestantische Bischof, in seinem Talar, der Schiffe zur sogenannten Seenotrettung im Mittelmeer ausstaffiert. Wohl wissend, dass er mit diesem Show-mäßigen Anreiz viele Unglückliche erst aufs Meer lockt. Und sein Freund auf der Seite der Katholiken, Reinhard Kardinal Marx, nutzt die Kanzel, um Kritiker seiner gleichgelagerten Ideologie öffentlich an den Pranger zu stellen und nach Art der schlimmsten Renaissance-Päpste mit Gottes Vollmacht Politik zu betreiben und AfD-Wählern das Christsein zu bestreiten.“

In der „Bild“-Zeitung (1. Dezember) ärgert sich Philip Piatov darüber, dass die Bundesregierung die Deutschen offenbar bis nach der Bundestagswahl im September 2021 im Unklaren darüber lassen will, was die gigantischen Lockdown-Hilfen den Steuerzahler kosten werden:

„Es sind die Bürger, die Millionen Kurzarbeiter und geschlossene Betriebe finanzieren, die für die Milliarden-Zuschüsse an marode EU-Staaten geradestehen. Und sie haben ein Recht darauf, zu erfahren, wann dafür die Rechnung kommt. Die Bundesregierung muss endlich erklären, wie die Steuerlöcher gestopft und die Milliarden-Schulden zurückgezahlt werden sollen. Nicht erst nach der Bundestagswahl, sondern sofort!“

Manfred Haferburg, einst Oppositioneller in der DDR, fürchtet, auch die Bundesrepublik verwandele sich in einen linken Zwangsstaat. Im Blog von PAZ-Autorin Vera Lengsfeld (30. November) warnt er vor einem falschen Optimismus der Vernünftigen:

„Wer heute meint, dass der Zeitgeist freiwillig auch nur einen einzigen Fußbreit des eroberten Territoriums wieder herausrückt, der wird sich noch wundern. Hoffe nicht auf bessere Zeiten. Mein Vaterland, mir graut für Dich.“

● **WORT DER WOCH**

„Wir sind Konservative, die noch nicht kapituliert haben, wie es in Frankreich oder Deutschland der Fall ist. Das gefällt vielen in Europa nicht.“

Zdzislaw Krasnodebski, Soziologieprofessor und EU-Abgeordneter der polnischen Regierungspartei PiS in der „Welt“ (1. Dezember)

DER WOCHENRÜCKBLICK

Die nächste Welle

Warum es Merkel auch nicht so gut geht, und wieso jetzt schnell gehandelt werden muss

VON HANS HECKEL

Die Kommentatorin einer großen Tageszeitung wirft den deutschen Spitzenpolitikern vor, in der Lockdown-Krise den Kontakt zum Volk verloren zu haben. Die Großkopfer in Berlin machten ihre Arbeit ja ganz normal weiter, merkten dabei also gar nichts von den Schwernissen der Leute draußen im Land, die ständig mit den Lockdown-bedingten Problemen zu kämpfen hätten.

Diesen Vorwurf finde ich ungerecht. Er zielt daneben. Man stelle sich nur mal den Alltag von Angela Merkel in diesen Zeiten vor. Fast alles, was so einem Machtmenschen Freude bereitet, ist ihr genommen: keine glamourösen Staatsbesuche, keine medienwirksamen Gipfeltreffen, keine spektakulären Auftritte vor tausend für wichtig gehaltenen Persönlichkeiten, nichts – alles höchstens „digital“, und das ist ja nun wirklich kein Ersatz. Stattdessen kanzelt sich die Merkel in einem für ihre Verhältnisse mikroskopisch kleinen Kreis von Schleppenträgern durch die grauen Herbsttage. Wie öde!

Aber Merkel wäre nicht Merkel, wenn sie diese tristen Tage der Einsamkeit nicht zu nutzen wüsste. Ihre Zeit läuft ab, wenn sie in zehn Monaten nicht doch noch einmal fürs Kanzleramt kandidieren sollte. Für Merkel kommt es nun darauf an, ihr Erbe zu sichern.

Dabei macht die Regierungschefin große Fortschritte. Wobei Corona durchaus hilfreich ist, was sie über die trübe Glanzlosigkeit einer Regentschaft unter der Corona-Glocke ein wenig hinwegtröstet sollte.

Das Erbe besteht bekanntlich vor allem in einem monumentalen Linksruck, den Deutschland unter Merkel durchlebt hat. Da man nie wissen kann, ob sich dagegen doch noch Widerstand aus dem Volk regen könnte, geht es jetzt darum, aus der Corona-Chance Instrumente zu erschaffen, mit denen man jeden Bürgerprotest im Handumdrehen ersticken kann. Das neue „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz“ bietet da fabelhafte Möglichkeiten. Kernbegriff ist eine „epidemische Lage von nationaler Tragweite“, die eine ganze Palette autoritärer Eingriffe ermöglicht, die wir zusammengefasst unter der Vokabel „Lockdown“ schon kennengelernt haben.

Wann so eine Notlage verkündet wird, ist natürlich eine politische Entscheidung. Anhand der Übersterblichkeit hätte man sie auch schon zur Grippewelle 2017/18 verkün-

den können. Und wenn wir den Maßstab für „Notlage“ nur weit genug verfeinern, findet sich fast immer ein medizinischer Anlass, das Demonstrationsgeschehen per Abstandsregeln auf nahe null zu bringen. Zur Not schiebt die Polizei die Demonstranten mittels gezielter Absperrungen so weit zusammen, dass das mit dem Abstand sowieso nicht mehr geht – und schon können die Uniformierten den Auflauf auseinanderjagen. Haben wir ja gesehen.

Politisch genehme Aufmärsche werden natürlich anders behandelt, wie die Deutschen angesichts der halb maskenlosen und abstandsfreien „Black Lives Matter“-Demos dieses Jahr betrachten konnten. „Epidemisch“ sind eben immer nur die anderen.

Dennoch braut sich, quasi in einem letzten Aufbegehren bürgerlichen Ungehorsams, eine Protestbewegung zusammen, die in den Regierungsetagen für einiges Unbehagen sorgt. Was machen wir mit denen?

Mehr als eine Milliarde Euro will die Regierung in den nächsten Jahren für den Kampf gegen Rechts dazugeben, zahllose linke und muslimische Organisationen werden mit dem Geld überhäuft, um diesen Kampf zum Sieg zu führen. Mit „Querdenken“ sind die Lockdown-Kritiker längst ebenfalls aufs Korn genommen worden.

Anetta Kahane, die sich gewiss schon auf die zusätzlichen Mittel aus dem neuen Kampf-gegen-Rechts-Milliardenprogramm freut, hat es schließlich auf den Punkt gebracht: Lockdown-Kritiker glaubten an „Verschwörungstheorien“, aber unter den „Verschwörungstheorien“ gäbe es auch welche, die gegen Juden gerichtet seien, also sei auch „Querdenken“ per se antisemitisch und damit ein Fall für den Kampf gegen Rechts. So einfach geht das! (Siehe auch Seite 4)

Zwar sorgen sich selbst recht brave Medien, dass das „Dritte Bevölkerungsschutzgesetz“ zur Allzweckwaffe eines kaum gezügelten Verordnungsstaates ausarten könnte. Doch überzeugte Anhänger der Regierung würden dem gewiss energisch widersprechen. Schließlich sei alles genau geregelt, und wir seien schließlich ein Rechtsstaat, in dem sich die Politik auf die einmal fixierten Regeln zu halten habe, fertig, aus.

Stimmt, das war bei anderen epochalen Weichenstellungen, vor denen Schwarzmalerei und Populisten gewarnt hatten mit ihren düsteren Prophezeiungen, ja auch nicht anders. So wurde bei Einführung des Euro für alle

Mit einem neuen Gesetz und weiteren Geldspritzen sichert die Kanzlerin ihr Erbe, den Linksruck



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de